erhalten Vikarinnen und Vikare Unterstützung, und die einzelnen Gemeinden sind aufgerufen, die reichhaltigen Angebote des Evangelischen Bundes zu nützen.

Der Evangelische Bund ist heute ein fixer Bestandteil des evangelisch-kirchlichen Lebens in Österreich; namens der Kirchenleitung danke ich den zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Arbeit und wünsche dem Evangelischen Bund in Österreich auch in Zukunft ein segensreiches Wirken.

Herwig Sturm
Bischof

I. ZUR GESCHICHTE DES EVANGELISCHEN BUNDES IN ÖSTERREICH

Karl-Reinhart Trauner

„Auf Vorposten!"

Die Arbeit des österreichischen Evangelischen Bundes von seiner Gründung bis zum Ende des Dritten Reiches (1903–1945)

„Auf Vorposten!" – so lautet der Titel einer Schrift von Friedrich Hochstetter, dem Obmann des österreichischen Evangelischen Bundes von 1910 bis 1917, aus dem Jahre 1927. Der Titel weist darauf hin, dass er offenbar seine Arbeit als Los-von-Rom-Geistlicher in Österreich und damit auch als Vertreter des reichsdeutschen wie auch des österreichischen Evangelischen Bundes als Kampfzeit empfand. Glaubt man den Quellen, verstand sich der österreichische Evangelische Bund im gesamten behandelten Zeitraum wesentlich in einer Kampfsituation. – Als Spätgeborener kann man das bis zu einem gewissen Grad als subjektives Selbstverständnis nachvollziehen; das verbindet sich aber auch mit der Frage, mit welchen Motiven, Zielen, Mitteln und Methoden gekämpft wurde. „Auf Vorposten!" – auf welchem?

I. KONSOLIDIERUNG (1903–1918)

Die Evangelische Bewegung in Österreich und der reichsdeutsche Evangelische Bund

Die Entstehungsgeschichte des Evangelischen Bundes in Österreich ist nicht verständlich, setzt man sie nicht in Beziehung zu den gesellschaftspolitischen Vorgängen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.[1] Der Neoabsolutismus hatte spä-

[1] Vgl. zum gesamten I. Abschnitt meinen Aufsatz „Vom Antikatholizismus zur Sorge um den evang. Gemeindeaufbau".

Die Wartburg.

Deutsch-evangelische Wochenschrift.

Amtliche Zeitschrift des Deutsch-evangelischen Bundes für die Ostmark.

Herausgeber: Superintendent D. Meyer in Zwickau, Sachsen (für das Deutsche Reich), Rechtsanwalt und Reichsratsabgeordneter Dr. Eisenkolb in Aussig a. d. E., Böhmen (für Oesterreich).

Schriftleiter: Pfarrer Eckardt in Windischleuba, S.-Altenbg. (für das Deutsche Reich), Vikar Fr. Hochstetter in Trebnitz, Deutschböhmen (für Oesterreich).

Zusendungen sind zu richten für die Schriftleitung in reichsdeutschen und allgemeinen Angelegenheiten an Pfarrer Eckardt in Windischleuba (S.-A.), in österreichischen Angelegenheiten an Vikar Fr. Hochstetter in Trebnitz (Deutschböhmen), für die Verwaltung (Bezug, Anzeigen u. Beilagen) an J. F. Lehmanns Verlag, München, Heustr. 20.

Preis vierteljährlich durch die Post oder den Buchhandel 1 Mk., in Oesterreich bei der Post 1 K 20 h, bei den Niederlagen 1 K. Direkt unter Kreuzband vom Verleger fürs Deutsche Reich Mk. 1.40, für Oesterreich 1 K 80 h, fürs Ausland Mk. 1.65 vierteljährlich. — Einzelne Nummern 10 Pf. = 10 h. — Anzeigenpreis 40 Pfg. für die 4gespaltene Petitzeile.

Postzeitungspreisliste für Bayern Nr. 881, fürs Deutsche Reich Nr. 8278, für Oesterreich Nr. 4387.

Nr. 47. München, 20. November 1903. II. Jahrgang.

Wochenspruch.

Petrus war der erste im Bekennen, nicht in der Ehre, im Glauben, nicht im Range. Nicht von Petrus nach dem Fleische sondern vom Glauben heißt es, daß die Pforten des Todes ihn nicht überwältigen sollten. Der hl. Ambrosius, de incarn. 32. u. 54. Auslegung von Matth. 16, 18 ff.

Deutsch-Evangelischer Bund für die Ostmark.

Verzage nicht, du Häuflein klein! Ein' feste Burg ist unser Gott!

Liebwerte Volks- und Glaubensgenossen!

Heute am Geburtstage des großen Reformators, in dessen leuchtender Gestalt deutscher und evangelischer Geist sich tiefer als je miteinander durchdrungen und vermählt haben zur innigsten Gemeinschaft, treten wir an Euch heran mit der herzlichen Einladung, Euch mit uns zu gemeinsamer Arbeit für deutsches Volkstum und evangelisches Glaubenstum zu vereinigen in dem kürzlich begründeten Deutsch-Evangelischen Bund für die Ostmark.

Die Aufgaben und Ziele, die wir uns in diesem Bunde gestellt haben, sind aus dem auf der folgenden Seite abgedruckten Auszuge aus den Bundessatzungen ersichtlich. Es ist weder unsere Absicht, uns politisch zu betätigen, noch wollen wir in den Kampf der Parteien und Persönlichkeiten eingreifen. Der Deutsch-Evangelische Bund für die Ostmark will vielmehr eine Vereinigung aller derer bilden, die — ohne Unterschied der kirchlichen oder politischen Parteistellung — ehrlich in Luthers Geiste eintreten für evangelisches Christentum, für die sittliche Erziehung und geistige Erneuerung unseres deutschen Volkes in der Ostmark.

Er will zu diesem Zwecke den Gliedern der evangelischen Gemeinden das evangelische Bewußtsein stärken, die Suchenden innerlich fördern, den Schwachen und Vereinzelten mit Schutz und Rat zur Seite stehen.

Zu solcher gemeinsamen Arbeit, liebwerte Volks- und Glaubensgenossen, laßt uns in Einigkeit und Treue unsere Kräfte zusammenfassen im Deutsch-Evangelischen Bunde, ohne Menschenfurcht, zu Gottes Ehre und zum Heile unseres Volkes, uns mit Luther der frohen Glaubenszuversicht hingebend:

Das Reich muß uns doch bleiben!

Wien, an Luthers Geburtstage 1903.

Der Deutsch-Evangelische Bund für die Ostmark.

Julius Antonius, evang. Pfarrer, Wien, III., Schützeng. 13, (Vorstand).
Karl Armbrecht, Gaswerkdirektor, Wien, (Aufsichtsrat).
Dr. Ernst Bareuther, Reichsratsabg., Wien, (Vorstand-Stellvertreter).
Josef Beck, evang. Pfarrer, Wien.
Dr. Angelo von Crippa, Rechtsanwalt, Linz, (Ersatzmann).
Karl Eckardt, evangel. Pfarrer, Graz.
Dr. Anton Eisenkolb, Rechtsanwalt u. Reichsratsabgeordneter, Aussig a./E.
Friedrich Förster, Gutsbesitzer, Wien, (Aufsichtsrat).
Eduard Förster, cand. med., Wien, (Schriftf.-Stellvertreter).
Karl Fraiß, städt. Beamter, Graz.
Albert Gummi, Superintendent, Aussig a./E.
Karl Harlos, Hauptlehrer a. d. evang. Lehrerbildungs-Anst. Bielitz, (Ersatzmann).
Friedrich Hochstetter, evang. Vikar, Trebnitz, (Schriftführer-Stellv.).
Richard Wilhelm Honetz, Druckereibesitzer, Wien, VIII., Piaristengasse 12, (Zahlmeister).
Ludwig Jahne, Bergwerksdirektor, Klagenfurt, (Vorstand-Stellv.).
Max Koffmahn, Fabrikant, Wien, (Aufsichtsrat).
Rupert Krenn, städt. Beamter, Salzburg, (Ersatzmann).
Dr. Julius Krickl, Rechtsanwalt, Wien.
Wilhelm Mühlpforth, evang. Pfarrer, Olmütz, (Ersatzmann).
Franz Öhler, evang. Schulleiter, Wien, (Ersatzmann).
Dr. Ernst Plutzar, Rechtsanwalt, Wien.
Paul Pogatschnigg, k. k. Postoffizial, Triest.
Dr. Arthur Schmidt, evang. Pfarrer, Bielitz, (Aufsichtsrat.)
Philipp Schott, Fabriksvertreter, Wien, (Zahlmeister-Stellvertreter).
Dr. Rudolf Sommer, Professor, Olmütz.
Benjamin Stäbelin, Vereinssekretär, Wien, (Aufsichtsrat).
Erich Stöckl, evang. Pfarrer, St. Pölten, (Ersatzmann).
Otto Stosch, Buchhalter, Wien, VI., Mollardgasse 39, (Schriftführer).
D. Dr. Paul von Zimmermann, evang. Pfarrer, Wien.

Die Gründungsanzeige in der Zeitschrift „Die Wartburg“

testens seit der Verfassungsgebung 1867 ein Ende gefunden, die Katholische Kirche verstand sich aber im Zuge des Ultramontanismus zunehmend als politische Kraft. Dieser konservative politische Katholizismus, verbunden mit Wissenschaftsfeindlichkeit, weckte nicht nur die Gegnerschaft der liberalen Kreise, sondern auch der deutsch-freiheitlichen. Dazu kam die Stellung des Protestantismus in Österreich. „Der Protestantismus stand in diesem Habsburgerreich nie hoch im Kurs, er galt eigentlich immer als habsburgkritisch, weil das Haus Österreich überhaupt erst durch seine entschiedene Parteinahme für die Römisch-katholische Kirche und für die Gegenreformation zu seiner providenziellen Stellung gefunden hatte.“[2]

Seit der Revolution 1848 sind – bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts – wellenartig immer wieder Austrittsbewegungen aus der Katholischen Kirche zu bemerken, die sich üblicherweise gleichzeitig als Übertrittsbewegungen zur Altkatholischen, besonders aber Evangelischen Kirche, die gerade erst nach langem Hin und Her durch das Protestantenpatent des Jahres 1861 auf eine neue, sicherere Rechtsgrundlage gestellt worden war, gestalteten. Im Jahre 1895 kamen Nachrichten über diese im Großen gesehen zaghafte Übertrittsbewegung in Österreich zum Evangelischen Bund, dem größten evangelischen Verein des Deutschen Reiches mit rund einer halben Million Mitglieder. – Diese Bewegung wurde hier alsbald als Evangelische Bewegung bezeichnet.

Die politischen Implikationen waren von Anfang an unübersehbar; konkret handelte es sich um das Naheverhältnis zu den radikalen Nationalen. „Im Sommer 1897 hatte der den Alldeutschen nahestehende Münchener Verleger Julius Lehmann dem Evangelischen Bund über die Evangelische Bewegung in Österreich berichtet und ihn aufgefordert, Österreich zu evangelisieren. Derselbe Vorschlag aus religiösen Motiven war dem Bund von dem Wuppertaler Kaufmann Adolf Schlechtendahl nahe gebracht worden, der auf seinen Geschäftsreisen den Eindruck gewann, daß Österreich für eine Erweckung reif sei. Doch der Bund verhielt sich diesen Vorschlägen gegenüber noch zurückhaltend, weil ihm die politi-

[2] K. Schwarz: Der Untergang der Donaumonarchie, 31.

sche Verflechtung zu stark erschien. Er beschloß, der Sache weiter nachzugehen."[3] Einige Wochen später hielt Schlechtendahl bei der Generalversammlung in Krefeld einen Vortrag über die Lage in Österreich.

Diese Bewegung in Österreich passte ausgezeichnet in das Arbeitsprogramm des Evangelischen Bundes, der 1886 gegründet worden war und mit seinem vollen Namen „Evangelischer Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen" hieß.[4] Hand in Hand mit einem betont protestantischen – im Zeitalter des Ultramontanismus antikatholischen – und nationalen Programm ging aber auch ein deutliches Bekenntnis zum Evangelium und zur Herrschaft Christi. Der programmatische Gründungsaufruf „An unsere Glaubensgenossen in ganz Deutschland" vom 15. Jänner 1887 macht dies unmissverständlich klar.[5] In der im Gründungsaufruf angesprochenen Zweiseitigkeit der Aufgaben liegt die ganze Spannung der Arbeit des Evangelischen Bundes begründet, die in Österreich dann voll zum Tragen kommen wird.

Denn ungefähr zeitgleich mit dem wachsenden Interesse des Evangelischen Bundes an der Evangelischen Bewegung initiierten die Alldeutschen um Georg Ritter von Schönerer und seinen damaligen Parteifreund Karl Hermann Wolf – unabhängig und sicherlich ohne Wissen um das Interesse des Evangelischen Bundes – die Los-von-Rom-Bewegung. Damit wurde jedoch indirekt die Evangelische Bewegung politisch vereinnahmt und instrumentalisiert.

Als Auslöser des politischen Aufrufes, sich von der katholischen Kirche loszusagen, wirkte die Sprachenverordnung des Ministerpräsidenten Kasimir Felix Graf Badeni vom April 1897, die für die böhmischen Länder das Tschechische dem Deutschen gleichstellte und von nahezu allen Beamten in Böhmen und Mähren die Kenntnis beider Sprachen erwartete. Die römisch-katholische Kirche hatte diese Entwicklung in ihrer betont übernationalen Haltung gefördert, war doch im Klerus der Anteil der Tschechen überproportional groß. Auslöser war das Ausbringen der Kampfparole „Los-von-Rom!" am deutschen Volkstag am 12. Dezember 1897 in Wien durch den Mediziner Georg Theodor Rakus.

Aber noch ein paar Tage zuvor, am 8. Dezember 1897, gab es bereits eine vertrauliche Besprechung mit Vertretern des Evangelischen Bundes in Dresden, an der von österreichischer Seite Karl Eckardt und Paul von Zimmermann teilnahmen. Eckardt erklärt dort zur Übertrittsbewegung: „Unsere Aufgabe muss es sein, dieses unklare Streben in klare und zwar bewusst evangelische Bahnen zu lenken."[6] – „Darmit war die Strategie des Evang[elischen] Bundes im Kern angelegt, die Los-von-Rom-Bewegung ‚hin zum Evangelium' zu lenken und die österreichischen Protestanten mit Theologen zu unterstützen."[7]

Die Motive des Austrittes, um den es den Alldeutschen primär ging – und nicht um eine Hinwendung zu einer anderen Konfession –, waren in den meisten Fällen rein politischer Natur. Der oft geübte Übertritt zum Protestantismus war nirgends gefordert, wurde aber durch die Deutsch-Nationalen gefördert; aus der Evangelischen Bewegung drohte ein reines Politikum zu werden. Das alles bedingte einen klaren Handlungsbedarf beim Evangelischen Bund, wollte man nicht aus einer Evangelischen Bewegung eine reine „Los-von-Rom!"-Bewegung werden lassen.

Der Wetzdorfer Pfarrer Paul Braeunlich und Hans Georg Schmidt tätigten Reisen in die österreichische Reichshälfte der Doppelmonarchie, um die Lage zu prüfen und „um bei den deutsch-österreichischen Politikern zu erkunden, was sie denn genauerhin wollten, und um sodann bei österreichischen evangelischen Pfarrern Rat einzuholen, wie die Vorgänge zu beurteilen seien."[8] Am 28. Dezember 1898 kam es zur Bildung des „Ausschusses zur Förderung der evangelischen Bewegung in Österreich".[9] Diesem Ausschuss gehörten u.a. Schlechtendahl und Braeunlich an, den Vorsitz übernahm Su-

[3] Zangerl: Der „Evang. Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen", 95f.
[4] Vgl. u.v.a. Fleischmann-Bisten/Grote: Protestanten auf dem Weg, 14.
[5] Vgl. Fleischmann-Bisten/Grote: Protestanten auf dem Weg, 14 u. 15 (Faksimile).
[6] Eckardt: Lebenserinnerungen I, 292; zit. nach: Rampler: Pfarrer, 347.
[7] Rampler: Pfarrer, 348.
[8] Fleischmann-Bisten/Grote: Protestanten auf dem Weg, 34; vgl. auch Zangerl: Der „Evang. Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen", 96.
[9] Vgl. Albertin: Nationalismus und Protestantismus, 21.

1934

Strich drunter und neu beginnen!

(Ein Aufruf zur religiösen Lage der Gegenwart.)

Unser Volk in Österreich hat im Laufe seiner Geschichte oft und oft ein mächtiges Suchen und Finden in Glaubensfragen erlebt.

Auch in der jüngsten Gegenwart sind ungezählte unserer Volksgenossen zu der Erkenntnis gekommen, daß sie ihre Stellung zum Herrgott und zur christlichen Kirche irgendwie in Ordnung bringen müssen. Viele Tausende von ihnen haben jahre- oder jahrzehntelang gemeint, ohne Gott und Kirche auskommen zu können; viele andere wieder waren der Kirche, in der sie geboren wurden, längst entfremdet und gehörten ihr seit langem nur mehr zum Schein an. Die Welle der Besinnung aber, die durch unser ganzes Volk geht, hat auch sie erfaßt und sie wissen heute, daß sie über kurz oder lang eine **Entscheidung** treffen müssen. Zehntausende haben diese Entscheidung schon getroffen und sind im letzten Jahr — besonders aber seit den letzten Wochen — evangelisch geworden. Tausende aber zweifeln und schwanken noch. Sie wollen und können nicht mehr zurück; sie wissen wohl, daß für ihr bisheriges Leben der Augenblick gekommen ist, wo es heißen muß: Strich drunter! Damit allein aber ist es nicht getan. Wenn sie in Hinkunft ein neues, starkes, ein wahrhaft **christliches** Leben führen wollen, so muß es für sie alle heißen: **Neu beginnen!** Zu diesem Neubeginn möchte dieses Flugblatt vielen Volksgenossen hilfreiche Hand bieten; es möchte ihnen ein Anlaß sein, lebensstarke, glaubensfrohe **evangelische Christen zu werden.**

Es wird jedem ohneweiters klar sein, daß man mit dem rechtlich vollzogenen Eintritt in die evangelische Kirche*) noch lange kein evangelischer Christ im vollen Sinne des Wortes **ist.** Aber **werden** kannst und sollst Du es von Tag zu Tag mehr. Sagt doch schon Martin Luther: Ein Christ ist nicht im **Wordensein,** sondern im **Werden;** darum, wer da sagt: „Ich **bin** ein Christ", der ist **kein** Christ!

Mancherlei kann dazu **helfen,** ein rechter evangelischer Christ zu werden.

Da ist zunächst einmal und zu allererst die **Bibel,** die „Heilige Schrift", vor allem die des Neuen Testamentes. Sie ist die alleinige schriftliche Grundlage des evangelischen Glaubens. Williges Lesen und freudiges Vertrautwerden mit dem Wort Gottes in der Heiligen Schrift war in alten Zeiten und ist heute noch Kraft und Stolz echt evangelischer Frömmigkeit. Für ihren **Bibelglauben** haben unsere Vorfahren in Österreich zu tausenden ihre Heimat und oft genug auch ihr Leben geopfert; die Bibel ist und bleibt uns darum ein heiliges Buch. Wer sie mit ehrlichem Wollen und unverbildetem Denken liest, wird heute wie einst in ihr den Weg finden können zu allem, was für Leben und Sterben nottut. Wer in die Glaubensschätze der Bibel tiefer eindringen will, wird in den Bibelstunden, die in allen evangelischen Gemeinden abgehalten werden, wertvolle Förderung finden.

Neben das Glaubensgut der Heiligen Schrift tritt der bedeutsame Reichtum wahrhaft frommer, christlicher Gedanken und Empfindungen, der in unserem evangelischen **Gesangbuch** enthalten ist, und die abschließende Formung und einprägsame Deutung christlicher Glaubenssätze, wie sie in Martin **Luthers** „Kleinem **Katechismus**" (bzw. für das reformierte Bekenntnis im „**Heidelberger Katechismus**") dargeboten wird. Dieses vornehmste „Dreigestirn" — Bibel, Gesangbuch und Katechismus — müßte darum in jedem evangelischen Haus seinen Ehrenplatz haben und von jung und alt fleißig gebraucht werden.

Mancherlei Einrichtungen der evangelischen Kirche wollen darüber hinaus helfen zu frohem und starkem Wachstum in christlicher Glaubensüberzeugung und frommer, evangelischer Lebensführung. Vor allem sollen eure **Kinder im Religionsunterricht, Kindergottesdienst** und **Konfirmandenunterricht** zielbewußte und verständnisvolle Führung für Glauben und Leben erhalten. Euch **Erwachsene** rufen **Sonntagsgottesdienste** und **Abendandachten** zu gemeinsamer Anbetung Gottes, zu Stärkung, Trost und Aufrichtung. In der Feier des **Heiligen Abendmahles** sollt Ihr lebendigste Gemeinschaft mit Gott in Jesus Christus finden. In allen diesen Ordnungen gibt es für den evangelischen Christen keinen Zwang, sondern nur freudige Freiwilligkeit.

*) Wie dieser Eintritt rechtsgiltig zu vollziehen ist, kann in jedem evangelischen Pfarramt erfragt werden.

Eines der erfolgreichsten Flugblätter des Evangelischen Bundes in Österreich: „Strich drunter" von Otto Beck (1934) Foto: Archiv EB-Ö

perintendent Friedrich Meyer aus Zwickau.[10] Er war es, der als Mentor der Evangelischen Bewegung die Unterstützung für Österreich organisierte und in weiterer Folge die wichtige Aufgabe übernahm, die Vikare zuzuteilen. Die Zielvorgaben des Ausschusses wurden im Jänner 1899 folgendermaßen abgesteckt: „Wir möchten [...] die staatlich-volkstümliche Bewegung in religiösen Bahnen leiten und den Geistern, die protestantisch werden wollen, aus der bloß kirchlichen Negation zu einer festeren religiösen Position verhelfen. Dem Streitruf ‚Los von Rom!' muß ein Friedensruf ‚Hinein ins Evangelium' zur Seite treten, sonst entbehrt die ganze Bewegung ihrer Weihe und verfehlt ihr Ziel."[11]

Zwischen Evangelischer Bewegung und Los-von-Rom-Bewegung

Von Anfang an litt die Evangelische Bewegung unter einer Identifizierung mit der Schönerer-Partei durch die Öffentlichkeit.[12] „Beide Seiten hatten oft Mühe, eine klare Abgrenzung vorzunehmen, obwohl die Evangelische Bewegung stets ihren konfessionellen Charakter und der ‚Alldeutsche Verband' seinen überkonfessionellen, nationalen Standpunkt betont hat."[13]

Ständig war die sog. Österreichhilfe des Evangelischen Bundes dem Vorwurf politischer Einmischung ausgesetzt. „Im Frühjahr 1899 schon wurde der stellvertretende Vorsitzende des Rheinischen Hauptvereins Otto Everling polizeilich aus Österreich ausgewiesen. Im Sommer des nächsten Jahres wurde Braeunlich ‚wegen politischer, nationaler und religiöser Umtriebe' aus Brünn ‚abgeschafft' und ‚für immer' des Landes verwiesen. Der Polizeipräsident gab ihm das Bemerken mit auf

[10] Vgl. von der Heydt: Gute Wehr, 94f. Zu Meyer vgl. u.v.a. Müller-Dreier: Konfession in Politik, 177ff.; Trauner: Los-von-Rom-Bewegung, 342ff.

[11] Nach: Fleischmann-Bisten/Grote: Protestanten auf dem Weg, 35.

[12] Zur Los-von-Rom-Bewegung insgesamt vgl. Trauner: Los-von-Rom-Bewegung.

[13] Zangerl: Der „Evang. Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen", 97, vgl. dazu auch Albertin: Nationalismus und Protestantismus, 99–111.

den Weg, man solle ‚den Chinesen und Afrikanern, aber nicht den österreichischen Deutschen, die nach evangelischer Erkenntnis verlangen, diese bringen'."[14] Das waren die ersten Geistlichen des Evangelischen Bundes, die ausgewiesen wurden; andere sollten noch folgen.

Die Übertrittsbewegung, die 1899 dadurch mit voller Stärke eingesetzt hatte, dass sie Schönerer auf seine – politischen – Fahnen geschrieben hatte, erhielt eine so hohe Dynamik, dass neben dem Österreich-Ausschuss des Evangelischen Bundes noch die Gründung einer Reihe anderer Vereine in Österreich initiiert wurde; dazu gehörte auch der 1903 gegründete „Deutsch-Evangelische Bund für die Ostmark".

Die Gründung des österreichischen Evangelischen Bundes

Die Gründung des österreichischen Evangelischen Bundes steht im Spannungsfeld zwischen Politik und Kirche. Bei der Gründungsversammlung führte ein deutsch-nationaler Politiker, der Reichsratsabgeordnete Anton Eisenkolb aus Aussig, den Vorsitz, und die Rede hielt ein evangelischer Pfarrer: Julius Antonius aus Wien. Eisenkolb war Proponent des Vereines und erledigte die notwendigen vereinsrechtlichen Schritte, Antonius wurde nach erfolgter Gründung erster Obmann des „Deutsch-evangelischen Bundes für die Ostmark". Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass man sich sogar auf ministerieller Ebene mit der Gründung des Vereines beschäftigt.[15]

Auch der Name des Vereines ist charakteristisch: Man wählt nicht „Österreich", sondern „Ostmark". Ohne in jenen Tagen die fürchterlichen Erfahrungen Österreichs als „Ostmark" während des Dritten Reiches nur zu ahnen, war doch die Wahl genau jenes Namens eine programmatische. Der Verein, so führt der 1. Satz der Satzungen[16] aus, „hat seinen Sitz in Wien

[14] Fleischmann-Bisten/Grote: Protestanten auf dem Weg, 35.

[15] ÖStA-AVA: Vereinsindex z. d. Jahren 1900–1904: Abt. 15/2, ist der Index noch vorhanden, so sind die betreffenden Dokumente jedoch fast vollständig verloren.

[16] Die eingereichten Satzungen des Deutsch-Evangelischen Bundes für die Ostmark, gez.: Wien, am 25. Mai 1903 von Dr. Anton Eisenkolb im Archiv d. EB-Ö: Fasc. 1903–1918.

und erstreckt seine Thätigkeit auf alle im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder", wie man Cisleithanien – also die österreichische Reichshälfte der Doppelmonarchie – bezeichnete.

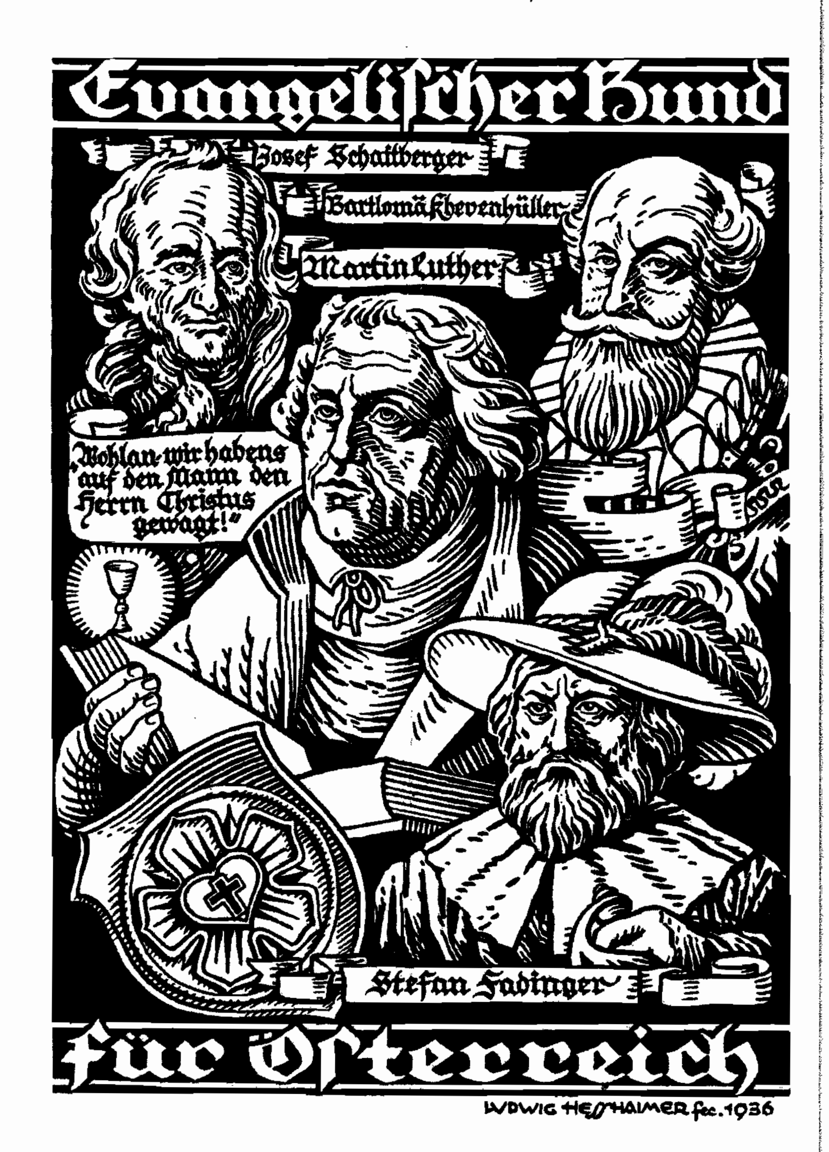
Der Zweck des Vereines (2. Satz) unterscheidet sich nicht wesentlich von jenem des reichsdeutschen Evangelischen Bundes. Im 3. („Mittel zur Erreichung des Vereinszweckes"), aber v.a. im 4. Satz („Mitglieder des Bundes") wird die Stoßrichtung des Bundes deutlich, nämlich „dass der Bund ein fester Hort des deutschen Protestantismus in Österreich werde".[17]

Die Gliederung des Bundes (9. Satz) sieht vor, dass „der Bund als Ganzes durch die Bundesleitung vertreten (wird) und [...] aus einer unbeschränkten Anzahl von Ortsgruppen (besteht)", die eine eigene Leitung wählen und relativ selbständig sind.

Schon in der ersten Zeit erlebte der Bund einen regen Aufschwung, die Zahl der Mitglieder stieg bereits ein Jahr nach seiner Gründung auf fast 2.500. Im Jahr 1905 verdoppelte sich die Mitgliederzahl auf nahezu 5.000, um dann ab 1907 wieder zurückzugehen. Nicht zuletzt wegen der hohen Vereinseintritte gerade am Beginn und wohl auch durch ein stürmisch-ungestümes Vorgehen seitens der Verantwortlichen wird es die ersten Probleme bei Ortsgruppenanmeldungen und durch die „klerikale Presse" gegeben haben, die durch markige Werbemittel – Othmar Muhr nennt Ansichtskarten mit dem Bild „Luther verbrennt die Bannbulle", eine Ansichtskarte mit der Wartburgansicht und ein Abzeichen mit einem schwarz-rot-goldenen Emailwappenschild mit versilbertem Lutherkopf – auf den Plan gerufen worden sein wird. „Die Mittel reichen nicht zur Arbeit", subsummiert die Chronik des Evangelischen Bundes die Lage im Jahr 1904.

Der Bund beginnt also mit einer massiven Öffentlichkeitsarbeit, die auch zur Gründung eines Presseausschusses führt, der sicherlich nicht nur „zur Abwehr von Angriffen durch die gegnerische Presse" dient. Außerdem wird mit Emil Rüdiger dem Schriftführer eine Hilfskraft beigestellt. Er gehört dem „Verein deutsch-evangelischer Theologen Wartburg" an, der –

[17] So Dr. Viktor Capesius sen., der Vater des späteren Präsidenten des Oberkirchenrates. Zit. nach: Chronik z. J. 1903.



Mit Ludwig Hesshaimer konnte ein bekannter Künstler für die Arbeit des EB-Ö gewonnen werden. Hier eine Postkarte aus dem Jahre 1936
Foto: *Archiv* EB-Ö

1885 gegründet – als farbentragender Studentenverein der Sammelpunkt evangelischer Theologiestudenten der Wiener Fakultät war und alle bewusst evangelischen Studenten mit deutsch-nationalem Standpunkt zusammenfasste. Die Ideen der Wartburg waren denen des Evangelischen Bundes in manchen Bereichen sehr ähnlich, was auch zu personellen Verflechtungen dieser beiden Vereine führte. Zahlreiche führende Mitglieder des österreichischen Evangelischen Bundes gehörten der Wartburg an.

Die Ideen des Evangelischen Bundes werden auch darin deutlich, dass die Bundeshauptversammlungen der ersten Jahre allesamt in deutschen Sprachinseln abgehalten werden, also in Gebieten, in denen sich die nationale Frage in ganz besonderer Weise stellte und wo die Alldeutsche Partei im Normalfall zahlreiche Sympathisanten hatte.

Neben der Öffentlichkeitsarbeit wurde durch den enormen Aufschwung des Vereines eine stärkere informelle Vernetzung notwendig. Man entschloss sich, die „Wartburg" als Bundesorgan zu bestellen. Die Wartburg war 1902 als „Deutsch-evangelische Wochenschrift" gegründet worden, wurde von dem Superintendenten Meyer in Zwickau und dem Juristen Eisenkolb in Aussig herausgegeben, die Schriftleitung für Österreich hatte Friedrich Hochstetter. Die Wartburg, „getragen von evangelischem Geiste, zu evangelischer Glaubenstiefe, Weltdurchdringung und Sittlichkeit leitend", hatte erklärterweise die Aufgabe, die Übergetretenen „tiefer in die evangelische Lebensauffassung einzuführen" und die „nach Klarheit Ringenden zu gewinnen", indem sie „das geistliche Amt ergänzt".

Zwischen alldeutscher Vereinnahmung und katholischer Herabwürdigung

Die gesellschaftliche Grundposition des Evangelischen Bundes ist ein Ergebnis eines deutlich national gefärbten Kulturprotestantismus, der von einer unaufgebbaren Verbindung zwischen religiöser Überzeugung und nationaler Identität ausging; dabei vertrat man eine durchaus tief erlebte Frömmigkeit mit klarer konfessioneller Prägung. Eine solche Position musste sowohl politisch also auch kirchlich gerade im Vielvölker-

und Vielreligions- und konfessionsstaat Österreich eine besondere Brisanz entwickeln und neue Fragen auch für das eigene konfessionelle Selbstverständnis aufwerfen. Hauptthema der Evangelischen Bewegung war auf politischem Gebiet die Nationalitätenfrage.

Friedrich Hochstetter referierte 1907 über „Unser Verhältnis zu den nichtdeutschen Evangelischen in Österreich": „Es gehört zu den Grundforderungen des Protestantismus, daß das Recht jedes Volkes auf sein Volkstum und seine Muttersprache im kirchlichen Leben unbedingt anerkannt werde." Und er zieht daraus den entscheidenden und schwerwiegenden Schluss: „Die geschlossene Volkskirche, in der Volkstum und Kirchengemeinschaft sich deckt, bildet das Ideal des Protestantismus."[18] Das ließ Hochstetter aber für alle Nationalitäten gelten.[19] – Damit ist aber auch der Weg hin zu einer gesamtdeutschen evangelischen Kirche angelegt.

Die 4. o. Bundeshauptversammlung 1907 erklärte dementsprechend auch „die Trennung der evang[elischen] Kirche Österreichs in eine solche deutscher und tschechischer Nationalität nicht nur für ein Gebot gesunden Volksgefühls und kirchlicher Klugheit, sondern auch für eine sittliche Notwendigkeit zur Wahrung kirchlichen Friedens."[20] Damit zeichnete man den Weg der Nationalkirchen vor, wie er dann nach dem 1. Weltkrieg in den Nachfolgestaaten seine Realisierung fand.

Eine solche Position brachte dem Evangelischen Bund immer wieder den Vorwurf der politischen Betätigung ein. Die 3. o. Bundesversammlung stellt demgegenüber fest: „Der deutsch evang[elische] Bund für die Ostmark bleibt im Rahmen des deutsch evang[elischen] Gedankens neutral gegenüber den einzelnen deutschen Parteien", was aber – schon allein durch die Nennung des „deutsch evangelischen Gedankens" – charakteristisch eingeschränkt wird, wie die Chronik weiter ausführt, dass der Evangelische Bund außerdem bestrebt sei, „sich Angehörige aller Parteien, soweit sie jene Gedanken vertreten [!], in seiner Mitte zu vereinigen". Also an eine allgemeine politische Neutralität dachte man keineswegs. Man war aber auch trotz aller Affinitäten zu Schönerer bestrebt, die Evangelische Bewegung nicht parteipolitisch vereinnahmen zu lassen. Was man unter politischer Neutralität verstand, war überdies, dass es keine eigene evangelische Partei gab, ähnlich der Christlichsozialen Partei auf katholischer Seite.

[18] Hochstetter: Unser Verhältnis zu den nichtdeutschen Evangelischen in Österreich, 6.

[19] Vgl. Hochstetter: Unser Verhältnis zu den nichtdeutschen Evangelischen in Österreich, 6.

[20] Nach: Chronik z. J. 1907.

Ihren Ausdruck fand katholische politische Ethik im Klerikalismus. Evangelischerseits verstand man darunter „ein weltlich-politisches System, das unter dem Deckmantel der Religion und unter Verquickung mit Religion weltlich-politische, irdisch-materielle Herrschafts- und Machtbestrebungen verfolgt"[21]. Ein Vorwurf des Klerikalismus an den Protestantismus wäre unmöglich, denn „er hat keinen Klerus. [...] Die Pfarrer haben ein Amt, aber sie bilden keinen besonderen Stand; sie stehen nicht über der Gemeinde, zwischen der Gemeinde und Gott, sondern in der Gemeinde, und mit der Gemeinde Gott gegenüber."[22]

Die Annäherung zwischen Alldeutschen und Evangelischer Bewegung fand ihr Widerspiel deshalb in der krassen Ablehnung durch die junge christlich-soziale Bewegung mit ihrer kämpferischen, betont katholischen Grundhaltung, deren bedeutendster Proponent der Wiener Bürgermeister Karl Lueger war. Auf den regelmäßig abgehaltenen Katholikentagen wurden immer wieder auch Kampfparolen gegen die Evangelische Bewegung wie auch den Protestantismus insgesamt ausgebracht, die wiederum den heftigsten Widerspruch des Evangelischen Bundes hervorriefen.

Die Los-von-Rom-Bewegung, so verwahrte sich Friedrich Hochstetter in einer politischen Flugschrift, wäre auf keinen Fall von einer politischen Partei ins Leben gerufen worden: Auf die Frage: „Wer hat die Los von Rom-Bewegung ins Leben gerufen, kann einmal und immer nur die Antwort gegeben werden: Rom selbst, der Klerikalismus."[23] D. h.: Nicht um einen Kampf gegen römisch-katholische Dogmatik oder Glaubenslehre geht es in erster Linie, sondern um den Kampf gegen politischen Katholizismus, gegen den Klerikalismus, der Einfluss auf den Staat zu nehmen zum Ziel hat. In polemi-

[21] Protestantismus und Klerikalismus, 1.

[22] Protestantismus und Klerikalismus, 2.

[23] Hochstetter: Los von Rom-Bewegung, 8.

schen Ton verfallend geht Hochstetter auf den 5. Katholikentag ein: „Und im November dieses Jahres [1906] wurde ein gewaltiges Thing nach Wien einberufen, allgemeiner österreichischer Katholikentag genannt, mit der edlen Aufgabe, den Protestantismus zu zerschmettern."[24] – Über die Übergetretenen gab der Wiener Bürgermeister Karl Lueger eine klar negative Beurteilung aus seiner Sicht ab: ... „das war eine Menschenschicht, daß uns nicht gerade besonders leid zu sein braucht. Das ist, wie man so sagt, Pofelware."[25]

„Vom österreichischen Kriegsschauplatz" – Interessenskonflikte

Unter diesem Haupttitel der „Jahresrückschau über 1907" wurde über die Ergebnisse der Los-von-Rom-Bewegung berichtet. Durchschnittlich vier- bis viereinhalbtausend Übertritte hatte die Evangelische Kirche Österreichs zu verzeichnen; für das Jahr 1908 rechnet man das Überschreiten der Fünfzigtausend-Grenze.[26]

Das bedeutete umgekehrt eine große Aufbautätigkeit neuer Gemeinden mit allem, was dazugehörte: Kirchenbau, Gemeindeleben, Pfarrerbestellung usw. In der Arbeit in Österreich ergab sich weithin ein „arbeitsteiliges Vorgehen zwischen dem Gustav-Adolf-Verein, der für Bauten sorgte, und dem Evangelischen Bund, der aus Deutschland entsandte Vikare besoldete, Stipendien bereitstellte, Bibeln, Gesangbücher, geistliche Schriften und theologische Literatur beschaffte und die Bewegung durch Vorträge und Agitationshefte voranbrachte."[27]

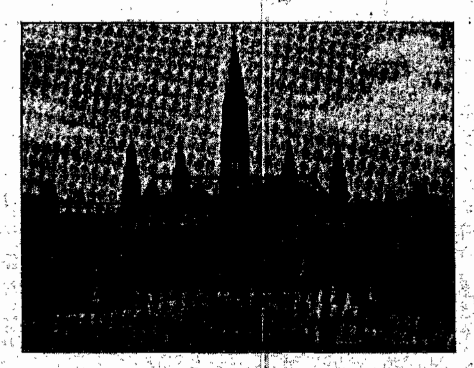
[24] Fr. Hochstetter: Los von Rom-Bewegung, 9.
[25] Nach: Hochstetter: Los von Rom-Bewegung, 14.
[26] Vgl. Vom österreichischen Kriegsschauplatz, 3.
[27] Fleischmann-Bisten/Grote: Protestanten auf dem Weg, 34. Es mag aber auch hier wieder charakteristisch erscheinen, dass ein Teil der „Agitationshefte" recht handfester politischer Natur waren wie mache Reichsratsreden, die in Halle a. d. Saale verlegt und in Österreich verbreitet wurden, dazu gehört aber auch eine ganze Reihe an „Wegweisern für Übertretende" u.ä., in denen in sehr platt-polemischer Weise Kontroverstheologie betrieben wird – es muss aber nicht extra angefügt werden, dass die römisch-katholische Seite gerade auf diesem Gebiete den Protestanten um nichts nachstand.

Durch seine aggressive Arbeitsweise bekam der Evangelische Bund bald nicht nur mit der katholischen Öffentlichkeit Schwierigkeiten, sondern auch mit dem Staat: Einerseits durch Nichtbestätigung zahlreicher reichsdeutscher Vikare,[28] die nach Österreich gekommen waren – man hat hier mit über 100 Geistlichen bis 1910 zu rechnen –,[29] die durch die Los-von-Rom-Bewegung neu entstandenen schwierigen Gemeinden aufzubauen und seelsorglich zu betreuen, sondern auch die Strafverfolgung Evangelischer wegen Verweigerung der Ehrenbezeugung vor dem auf dem Versehgange befindlichen römisch-katholischen Priester.[30]

Weitere Problemkreise beschäftigen sich mit der Frage der Bestattung evangelischer Toter auf von römisch-katholischer Seite beanspruchten Friedhöfen,[31] mit der Frage um gerichtliche Verfolgung Geistlicher[32] und das weite Feld der konfessionsverschiedenen Ehen.[33] Selbst der gesetzlich selbstverständlich mögliche Übertritt zur Evangelischen Kirche wurde behindert;[34] und zwar aus einem bezeichnendem Grund. Aus Graz wurde ein Geheimerlass bekannt, der richterlichen Beamten den Übertritt verböte, „da dieser eine ‚politische Demonstration' bedeute"[35].

Ein wesentlicher Bereich der Auseinandersetzungen war das Schulwesen. Trotz des offiziellen interkonfessionellen Charakters des öffentlichen Schulwesens hatte dieses dennoch eine starke katholische Prägung. Friedrich Hochstetter hielt bei der 2. o. Bundeshauptversammlung 1905 einen Vortrag zum Thema: „Die rechtliche Stellung der Evangelischen in Österreich", in dem er auch diese Problematik anspricht: „Betreten wir einmal das Gebäude einer solchen interkonfessionellen öf-

[28] Vgl. Rampler: Pfarrer, 355ff.; Trauner: Los-von-Rom-Bewegung, 487ff.
[29] Vgl. Fleischmann-Bisten/Grote: Protestanten auf dem Weg, 34; Trauner: Los-von-Rom-Bewegung, 488f.
[30] Vgl. als Darstellung aus der Zeit: Ausweisung und Nichtbestätigung; sowie Trauner: Los-von-Rom-Bewegung, 628ff. und auch die immer wiederkehrende Behandlung des Themas auf den Generalsynoden.
[31] Vgl. Trauner: Los-von-Rom-Bewegung, 622ff.
[32] Vgl. Trauner: Los-von-Rom-Bewegung, 626ff.
[33] Vgl. Trauner: Los-von-Rom-Bewegung, 619.
[34] Vgl. Trauner: Los-von-Rom-Bewegung, 620ff.
[35] Hochstetter: Rechtliche Stellung, 4.



Wiener Rathaus

42. Generalversammlung des Evangelischen Bundes

in Wien

vom 24. bis 28. August 1939

Die 42. Generalversammlung des Evangelischen Bundes wurde in Wien ausgerichtet. Der Kriegsbeginn fiel genau in die Veranstaltungszeit.
Foto: Archiv EB-Ö

fentlichen Volksschule. Es ist sozusagen römisch kirchlicher Boden, denn es ist römisch-kirchlich geweiht, und manchmal wird aus diesem Grunde die Benützung eines Schulsaals zu evangelischem Gottesdienste abgeschlagen, während die Benützung zu römisch-katholischem Gottesdienste nicht versagt wird. [...] Der Schuldirektor, der uns begrüßt, ist Katholik; Evangelischen ist [...] der Zutritt zu dieser Stellung in mehr als 99 Prozent aller Fälle gesetzlich unmöglich gemacht. Eine winzige Zahl von Orten ist übrig, wo die Evangelischen die Mehrzahl bilden, und wo demgemäß ein evangelischer Schulleiter angestellt werden müßte."[36] Neben diesen Schwierigkeiten beschäftigte man sich seitens des Evangelischen Bundes deshalb auch bereits 1904 mit der durchaus zukunftsweisenden Idee, ein evangelisches Gymnasium zu errichten, was aber aus Geldmangel zurückgestellt werden musste.

Hatte Hochstetter 1905 in einer konfessionell neutralen Schule das Ideal gesehen, so sah man jedoch seitens des österreichischen Evangelischen Bundes zunehmend „in der deutsch evang[elischen] Gemeindeschule das Schulideal der Gegenwart", wie die Chronik des Evangelischen Bundes z. J. 1906 berichtet.

Ein anderes Thema ist die Stellung der Evangelisch-Theologischen Fakultät, die die einzige in Österreich war und – bis 1922 – außerhalb der Universität stand. „Es liegt auf der Hand, daß diese Zurücksetzung der Theologie einer staatlich anerkannten, der katholischen völlig gleichberechtigten Kirche den Protestantismus in Österreich außerordentlich schädigt. [...] Wir sprechen die Erwartung aus, daß dieser gerechte Wunsch auf Einverleibung der evangelisch-theologischen Fakultät in die Universität, dessen Erfüllung schon vor 56 Jahren ein k.k. Minister zugesagt hat, nun endlich bewilligt werde."[37]

[36] Hochstetter: Rechtliche Stellung, 13.
[37] Hochstetter: Rechtliche Stellung, 22. Die Anspielung auf die Zusage eines k.k. Ministers auf Einverleibung der Fakultät bezieht sich auf die Zusage aus dem Revolutionsjahr 1848 des Unterstaatssekretärs Frh. von Feuchtersleben.

Vom Antikatholizismus zum Gemeindeaufbau

In der „Jahresrückschau über 1907“ musste der Berichterstatter Friedrich Hochstetter beunruhigt feststellen, dass immer mehr Ausgetretene nicht mehr einer anderen Kirche zugingen, sondern konfessionslos blieben.[38] 1912 musste Hochstetter dann missmutig feststellen, dass die Alternativen im Selbstverständnis der Zeit „hie Romanismus – hie Atheismus“ waren. „Hat zwischen ihnen der Protestantismus, der Frömmigkeit und Freiheit vereinigen will, so wenig Platz, daß man ihn selbst nicht sieht, nicht findet, wenn man ihn nicht gerade direkt übersehen will?“[39], fragte Hochstetter und erkannte nicht, dass hier wohl die in der Anfangszeit der Evangelischen Bewegung gemachten Fehler einer zu hohen Politisierung und des zu stark betonten Antikatholizismus/Antiklerikalismus auf die gesellschaftliche Situation zurückfiel. „Wir müssen dafür sorgen, daß die Öffentlichkeit sich vom Dasein des Protestantismus in Österreich überzeugt.“[40]

Und er umreißt mit Weitblick in seiner Schlussfolgerung die zukünftige schwerwiegende Tätigkeit des Evangelischen Bundes, wenn er ausführt: „Es wird mehr und mehr unsere ernste und schöne Aufgabe, gerade solchen Kreisen gegenüber die Sache eines Christentums der Innerlichkeit, der Wahrheit und der Freiheit zu vertreten. Wir haben schon manchen schönen Ansatz dieser Arbeit zu verzeichnen. Sie wird dazu beitragen, daß für manchen [...] die Konfessionslosigkeit nur ein Durchgangsstadium bedeutet.“[41] Das musste sich aber auch wohl auf die religiöse Indifferenz innerhalb der Kirche beziehen.

Und noch eine andere Beobachtung wirkte ernüchternd und weist in ihren Schlussfolgerungen in genau die oben benannte Richtung: der Mitgliederstand des Evangelischen Bundes sank, und zwar um rund 15 Prozent.[42] Im Jahr 1910 sank der Mitgliederstand gar unter die 4.000-Grenze;[43] der Rückgang wich aber bald danach einer Stagnation.[44]

[38] Vgl. Vom österreichischen Kriegsschauplatz, 3.
[39] Hochstetter: Jahresbericht d. Deutsch-Evang. Bundes f. d. Ostmark der 9. o. Bundes-Hauptversammlung, 4.
[40] Hochstetter: Jahresbericht d. Deutsch-Evang. Bundes f. d. Ostmark der 9. o. Bundes-Hauptversammlung, 7.
[41] Vom österreichischen Kriegsschauplatz, 3.

Ebenfalls zur Sorge gestaltete sich die „mißliche Finanzlage“ des Bundes. Ein Ansuchen an den deutschen Evangelischen Bund um Darlehen wurde genauso wie schon 1904 abgelehnt, doch gelang schließlich durch Entgegenkommen des dem (reichsdeutschen) Evangelischen Bund nahe stehenden Verlegers Lehmann in organisatorischen Fragen und durch Aufnahme eines Darlehens bei fünf Herren der Bundesleitung eine Sanierung der Finanzlage.[45]

Die Wahrmund-Affäre des Jahres 1908 zeigte die Brüchigkeit der noch immer vertretenen Positionen. Gegen eine Rede des katholischen Innsbrucker Professors Ludwig Wahrmund[46] über die Frage nach dem Verhältnis zwischen Glauben und Wissen – die Rede wurde bezeichnenderweise dann bei Lehmann in München verlegt – machte noch einmal der Ultramontanismus mobil; es kam zu massiven Spannungen im gesamten Universitätsbetrieb der gesamten Habsburgermonarchie.

Die vom Evangelischen Bund heraufbeschworene Intensivierung der Los-von-Rom-Bewegung wirkt in ihrer Argumentation abgeschmackt; alte Argumente wurden wiederholt und hatten weitgehend an Stoßkraft verloren. Wieder einmal traten die alten Proponenten der Bewegung wie z. B. Paul Braeunlich mit den alten Argumenten auf. Wahrmund konvertierte auch nicht zur Evangelischen Kirche.

[42] Nach: Jahresbericht erstattet bei der Hauptversammlung in Marburg a. d. Drau 1907, o.S.
[43] Vgl. Hochstetter: Jahresbericht erstattet bei der 7. o. Bundeshauptversammlung, 7.
[44] Trotz gleich bleibender Mitgliederzahlen war manche Ortsgruppe der Sistierung nahe bzw. musste geschlossen werden, wie 1912 bspw. die Ortsgruppe in Bruck a. d. Mur, Marburg oder Leoben, wo der äußerst aktive Pfr. Spanuth tätig war und wo noch 1910 die 7. o. Bundeshauptversammlung stattgefunden hatte. Vgl. Jahres-Bericht d. Deutsch-Evang. Bundes f. d. Ostmark erstattet in der 10. o. Bundes-Hauptversammlung, o.S.
[45] Vgl. dazu Jahresbericht erstattet bei der Hauptversammlung in Marburg a. d. Drau 1907, o.S.; außerdem die Chronik z. JJ. 1904 u. 1907.
[46] Zur Wahrmund-Affäre vgl. Trauner: Die Wahrmund-Affäre.

— 56 —

Amtsblatt

für die Evangelische Kirche A. u. H. B. in Oesterreich

Jahrgang 1939 | Ausgegeben am 14. August 1939 | 13. Stück

107.

Gruß der Evangelischen Kirche A. u. H. B. in Oesterreich an den Evangelischen Bund

Die Evangelische Kirche A. u. H. B. in Oesterreich entbietet dem Evangelischen Bund anläßlich seiner 42. Generalversammlung vom 24. bis 28. August 1939 in Wien, seinem Zentralvorstand unter der Führung von Professor D. Bornkamm, allen Mitgliedern der Hauptvereinsleitungen, den Abgeordneten und durch sie der gesamten Mitgliedschaft ihren herzlichen Gruß.

Dieser Gruß ist der Ausdruck

1. aufrichtigen Dankes für alle unserer Kirche in materieller und geistiger Hinsicht geleistete Hilfe,
2. dankbaren Gedenkens an den Führer und Reichskanzler, der in dem Zusammenschluß aller Deutschen in einem herrlichen Vaterland die Voraussetzung auch für diese Tagung geschaffen hat,
3. pietätvollen Erinnerns an alle schon heimgegangenen Gründer und Mitarbeiter des Bundes im Altreich und in der Ostmark,
4. herzlicher Bitte um weitere Hilfe für unsere kleine Kirche,
5. innigen Wunsches, daß die Tagung ein machtvolles, glaubenstärkendes und wegweisendes Bekenntnis zur alten und immer neuen Losung werde:

Deutsch-Evangelisch!

In einem Grußwort anlässlich der 42. Generalversammlung des EB wird die Solidarität des Wiener Oberkirchenrates mit der Bundesarbeit zum Ausdruck gebracht Foto: Archiv EB-Ö

Die Diskussion um Wahrmund und sein Engagement für die Freie Schule brachte den Evangelischen Bund in eine schwierige Situation und zeigte, dass einfache Frontstellungen und populistische Positionierungen so einfach nicht mehr waren; denn stellte man sich auf die Seite der Antiklerikalen – hier verkörpert in Wahrmund – dann trat man gleichzeitig für eine Schule ohne christliche Inhalte ein, und auf die Seite der klerikalen Position konnte man sich schlecht stellen ...

Durch das Programm „Hinein ins Evangelium" bzw. „Hin zum Evangelium", oder – wie es Hochstetter in der Sprache der Zeit ausdrückt, „Auf dem Banner des Protestantismus steht die Inschrift: ‚Frömmigkeit und Freiheit, keines ohne das andere'"[47] – trat zu der alten Frontstellung gegenüber Rom noch eine zweite – unerwartete – hinzu: „Kämpfen wir gegen Rom, so müssen wir uns – und vielleicht aus dem eigenen Lager – als Verbündete des Unglaubens schelten lassen; bezeugen wir die freie und doch fromme christliche Weltanschauung gegenüber Atheismus und Materialismus, der sich wohl auch Monismus nennt, so sind wir Finsterlinge und Reaktionäre und der Schlachtruf ‚Pfaff ist Pfaff' erklingt."[48]

Die Reaktionen auf die Wahrmund-Affäre – noch dazu auf dem Hintergrund der politisch brisanten Lage durch die Annexionskrise um Bosnien-Herzegowina, die fast zum Ausbruch eines europäischen Krieges geführt hätte – hatte unverkennbar werden lassen, dass die Los-von-Rom-Bewegung ihre Zugkraft endgültig verloren hatte und damit nicht mehr grundlegendes Programm des Evangelischen Bundes sein konnte.

In seiner Rede auf der 21. Generalversammlung des Evangelischen Bundes 1908 in Braunschweig machte Friedrich Meyer klar, dass das Ziel der Österreicharbeit eindeutig die Verkündigung des Evangeliums sei.[49] Die Änderung des Arbeitsprogramms des österreichischen Evangelischen Bundes wird auch daran deutlich, dass die Bundeshauptversammlung 1909 in Wien und nicht mehr in einer gemischtnationalen

---

[47] Hochstetter: Jahresbericht d. Deutsch-Evang. Bundes f. d. Ostmark der 9. o. Bundes-Hauptversammlung, 5.

[48] Hochstetter: Jahresbericht d. Deutsch-Evang. Bundes f. d. Ostmark der 9. o. Bundes-Hauptversammlung, 5f.

[49] Vgl. Meyer: Die Förderung der evang. Bewegung in Österreich, 9.

Gemeinde abgehalten wurde; und es mag auch bezeichnend sein, dass u.a. die Ortsgruppe in Cilli aufgelöst werden musste.[50] Der Jahresbericht spricht von den „Friedenswerken und Friedensaufgaben",[51] die nun wahrgenommen werden müssten.

Es wuchs dabei die Erkenntnis, dass es „mehr und mehr unsere Aufgabe werden (wird), in die Behandlung schwerwiegender Probleme einzutreten und dazu zu helfen, dass in der Gärung unserer Zeit nicht verwirrende Schlagworte [!] das Feld behalten, sondern klare, nüchterne Erkenntnis."[52] – Das klingt wie eine Distanzierung von der eigenen Politik, auch wenn die Kontinuität gewahrt bleiben sollte. „Die Stellung des Protestantismus in diesen Kämpfen blieb die alte: Abwehrend, um seine Rechte kämpfend, für die geistige Vertiefung des oft etwas radauhaften [!] Kampfes gegen den Klerikalismus eintretend."[53] – Die konfessionelle Situation wurde also immer differenzierter betrachtet und fand aus ihrer destruktiven Polarisierung heraus!

Die Kalmierung der konfessionellen Kampfsituation galt im Übrigen auch für den Katholizismus. Hochstetter kann der 10. o. Jahreshauptversammlung 1913 berichten, „die Lage auf dem Kriegsschauplatz des Kulturkampfes hat in den letzten Jahren kaum eine Veränderung erfahren. Der Schulkampf trat etwas zurück, da die wirtschaftlichen Sorgen der Lehrerschaft in den Vordergrund traten."[54]

Ebenfalls einen Einblick in die reale Situation in Österreich gibt ein Vortrag Friedrich Meyers auf der 23. Generalversammlung des Evangelischen Bundes 1910 in Chemnitz zum Thema: „Zur Förderung der evangelischen Kirche in Österreich". Meyer schreibt auch den „konfessionellen Frieden" auf seine Fahnen, ohne jedoch eigene Grundlagen aufgeben zu wollen, denn: „Konfessioneller Friede – das kann nicht

[50] Hochstetter: Jahresbericht erstattet bei der 6. o. Bundeshauptversammlung, 7.
[51] Hochstetter: Jahresbericht erstattet bei der 6. o. Bundeshauptversammlung, 3.
[52] Hochstetter: Jahresbericht erstattet bei der 6. o. Bundeshauptversammlung, 8.
[53] Hochstetter: Jahresbericht erstattet bei der 6. o. Bundeshauptversammlung, 6.
[54] Hochstetter: Jahresbericht erstattet vom Bundesobmanne 1913, 6.

heißen, als solle Auseinandersetzung zwischen katholischer und evangelischer Anschauung vermieden werden, das wäre geistiger, religiöser Tod. Der Fortschritt der Entwicklung geht aus dem geistigen Ringen der Gegensätze hervor, aus dem Kampf um Wahrheit."[55]

Und auch mit derjenigen Partei, die die Los-von-Rom-Bewegung ins Leben gerufen hatte, scheint man in Konflikt geraten zu sein, was bei einem Bericht Hochstetters anklingt: „Im Anfang der Bewegung rückte die Alldeutsche Partei mit ins Feld unter der Losung: Soll das Deutschtum obenauf bleiben, so muß es sich von Rom lösen. Sie stellte den nationalen Beweggrund obenan [...]. Aber wir haben uns unsere eigene Bahn gelegt; falsche Religion kann nicht durch Politik, sondern nur durch wahre Religion überwunden werden; alle Freiheit, auch das Los von Rom, muß innerlich fundiert sein; wir haben das Evangelium und die evangelische Kirche, nichts anderes [!] pflegen und fördern wollen. Politische Parteien sind unzuverlässige Weggenossen."[56]

Damit wird die Hauptaufgabe des Evangelischen Bundes in eine ganz andere Richtung gelenkt! Es ging jetzt um die Evangelisierung der neuen Gemeinden, um die Eingliederung der sog. Neuprotestanten, die allerorts in einer für die Evangelische Kirche in Österreich nicht unbeträchtlichen Zahl auftraten, – immer wieder werden jährliche Übertrittszahlen von rund Fünftausend genannt.[57]

In diesem Zusammenhang sei auf eine programmatische Schrift vom Pfarrer in Mährisch-Schönberg, Friedrich Ulrich, verwiesen, der sich in durchaus praxisnaher und seriöser – nicht polemischer – Form mit dem Umgang und der Gewinnung der Neuprotestanten beschäftigt: „Unsere Neuprotestanten und was wir ihnen schuldig sind". Mittel zur Erbauung sieht Ulrich vornehmlich in Äußerlichkeiten: In der ansprechenden Ausgestaltung des Kirchenraumes, einer reicheren Form des Kultus, evangelischer Musik im Gottesdienst und einer entsprechenden Predigt.[58] Auffällig ist eine deutliche

[55] Meyer: Zur Förderung der evang. Kirche, 28.
[56] Meyer: Zur Förderung der evang. Kirche, 23.
[57] Vgl. Meyer: Zur Förderung der evang. Kirche, 25.
[58] Vgl. Ulrich: Unsere Neuprotestanten, 9-11.

Öffnung gegenüber einem römisch-katholischen Erbe. Ein Beispiel dafür ist der Marienkult: „Ich glaube [...], daß wir in dieser Marienliebe der neuprotestantischen Frauen ein Edelmetall haben, das nur zu reinigen wäre von Unrat."[59] Ein Problem sei die Bibellektüre, denn zahlreiche Übergetretene hätten damit Probleme. Ein stufenweises Hinführen, bei Bedarf auch in intimem Kreis gehaltener Bibelvorträge durch den Pfarrer, solle den Neuprotestanten die Heilige Schrift erschließen.[60] Entscheidend sei aber das kirchliche Gemeinschaftsgefühl, das bspw. durch einen Gemeindeausflug oder die Herausgabe eines gedruckten Jahresberichtes geweckt werden könne, so wie auch österreichweit durch Bezug der „Wartburg" oder des „Ev. Gemeindeboten für Österreich" des Steyrer Pfarrers Waitka.[61]

Abschließend beurteilt Ulrich die Los-von-Rom-Bewegung in einer ganz neuen Form, wenn er sie auch als „Zeit ernstester Prüfung für uns" bezeichnet: „Liegt nicht in der Los-von-Rom-Bewegung auch eine Gefahr für die evangelische Kirche verborgen?", lässt er einen Schüler fragen.[62] Und er definiert auch die neue Hauptaufgabe der Evangelischen Bewegung: „Nicht Übertritte erzielen, ist unsere eigentliche Arbeit, sondern die Übergetretenen innerlich neu gestalten."[63] Und er beendet die Schrift in ganz ungewohnter Weise: „Was sind wir unsern Neuprotestanten schuldig? Drei Worte seien zuletzt meine Antwort darauf: Liebe deinen Nächsten!"[64]

Hand in Hand damit ging eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit, die zukunftsweisend für die gesamte Kirche wurde. Grundlegend für diesen wichtigen Bereich war ein Vortrag von Hans Hartmeyer mit dem Titel: „Der Protestantismus und die Tagespresse" aus dem Jahre 1913. Hartmeyer geht von der zentralen Frage jeder Pressearbeit aus: „Weiß das Volk, was für Leute wir Evangelischen eigentlich sind, was wir wollen, worauf wir hoffen, was wir glauben?" Und er gibt darauf eine realistische, aber v.a. nach über zehn Jahren Evangelischer Bewegung ernüchternde und auf die Bewegung ein schlechtes Licht werfende Antwort: „Nein und noch einmal nein!"[65] Dabei müsse man sich hüten, nicht von der Kanzel Pressearbeit oder gar Politik zu betreiben! Das täte doch der Ultramontanismus, und das kritisiere man an ihm. „Wir wollen keine ‚evangelische' Presse. [...] Eine solche Presse widerspricht dem innersten protestantischen Wesen, das sich nicht in geistige Mauern einschließen lassen kann und will."[66] Man solle sich in der freien Presse Gehör verschaffen. Dafür bedürfe es aber einer entsprechenden Organisation, „eine Zentralstelle, an der sie sich vereinigen und von der aus sie einheitlich geleitet werden kann."[67]

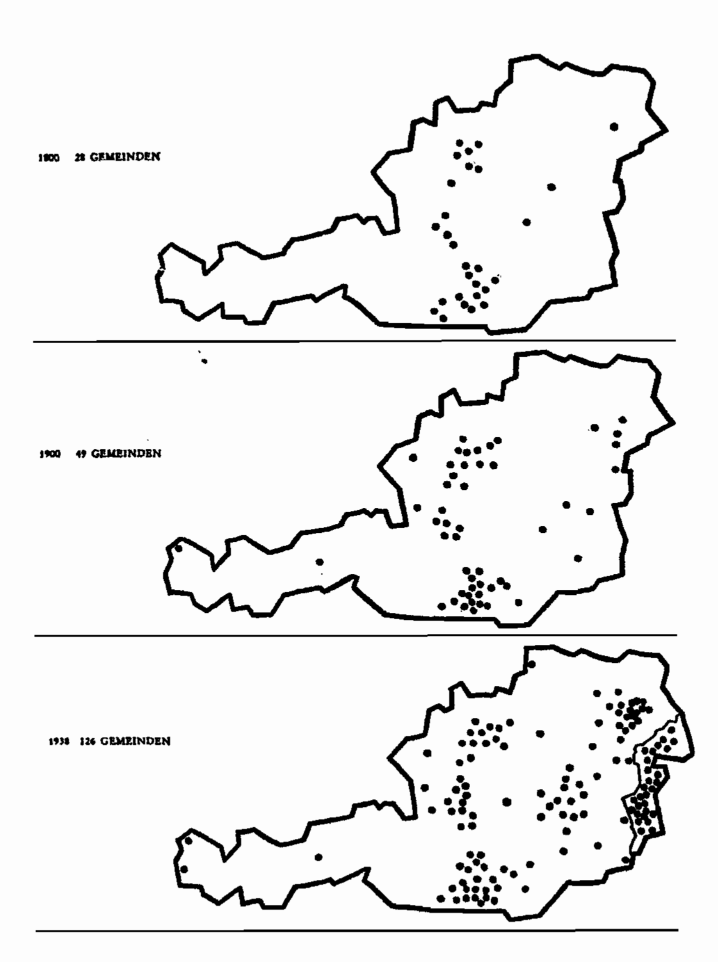
Die Zeit des Weltkrieges

Bald nach Aufnahme des Betriebes des neuen Theologenheimes in Wien wurde die Habsburgermonarchie und damit auch die Evangelische Kirche durch die Schüsse von Sarajewo massiv erschüttert.[68] Es wirkte wie ein Schock in der allgemeinen Kriegsbegeisterung, dass bereits 1914 Theodor Zöckler aus Stanislau mit 200 Waisenkindern aus seiner diakonischen Anstalt auch nach Wien kam, und auch zahlreiche evangelische Gemeinden sich nun „in Feindeshand" befanden.[69] 1916 musste Elvine Gräfin de la Tour mit ihren Anstalten der Inneren Mission ebenfalls flüchten und fand bei Treffen in Kärnten eine neue Heimat.[70] Nahezu alle evangelischen Theologiestudenten meldeten sich in der allgemeinen Kriegsbegeisterung freiwillig zum Dienst.[71]

---

[59] Ulrich: Unsere Neuprotestanten, 14.
[60] Vgl. Ulrich: Unsere Neuprotestanten, 13.
[61] Vgl. Ulrich: Unsere Neuprotestanten, 16–18.
[62] Ulrich: Unsere Neuprotestanten, 18.
[63] Ulrich: Unsere Neuprotestanten, 18.
[64] Ulrich: Unsere Neuprotestanten, 19.

[65] Alle drei Zitate: Hartmeyer: Der Protestantismus und die Tagespresse, 4.
[66] Hartmeyer: Der Protestantismus und die Tagespresse, 21.
[67] Hartmeyer: Der Protestantismus und die Tagespresse, 22.
[68] Zur österreichischen Evang. Kirche im Ersten Weltkrieg vgl. u.a. das Kapitel „In und nach dem Weltkriege" in: Loesche: Geschichte, 674–744.
[69] Vgl. Chronik z. J. 1914.
[70] Vgl. Chronik z. J. 1916.
[71] Vgl. Barton: Evangelisch, 159f.; Chronik z. J. 1915. Vgl. auch pars pro toto das sehr persönlich von einem Beteiligten verfasste Kapitel „Legende 1914–1954" in: Koch: Kyr Theodor, 95–103.



Die Gegenüberstellung zeigt das rasche Wachstum der Evangelischen Kirche Österreichs nicht zuletzt durch die Übertrittsbewegungen
Foto aus: Gerhard May (Hg.): Die Evangelische Kirche in Österreich, Göttingen 1962, S. 22

Trotz der Kriegssituation ging die Tätigkeit des Evangelischen Bundes dennoch recht rührig weiter. Das betraf v.a. die Gründung und den Ausbau einer eigenen Öffentlichkeitsarbeit, wie es Hartmeyer angeregt hatte. Bereits 1914 gab der durch den österreichischen Evangelischen Bund ins Leben gerufene Pressverband zwei Nummern der „Mitteilungen des deutschen evang[elischen] Bundes für die Ostmark" heraus.[72] Als 1917 Friedrich Hochstetter eine Pfarrstelle in Berlin übernahm und deshalb den Vorsitz des Evangelischen Bundes niederlegen musste, konnte sein Nachfolger, Otto Riedel, herausstreichen, dass in seiner Amtszeit ein evangelischer Verlag verbunden mit einer Buchhandlung sowie ein Pressverband – beides in Wien – gegründet werden konnte.[73] Das bekannteste Produkt des bundeseigenen Evangelischen Pressverbandes war dann die „Vorzeitung", deren erste Folgen bereits 1918 heraus kamen.[74]

Der Zusammenbruch der Monarchie war auch ein Zusammenbruch der Kirche – die Grenzen hatten sich grundlegend geändert, zahlreiche Theologen waren im Felde geblieben.[75] Seine Aufgabe des Gemeindeaufbaus versucht der Evangelische Bund dadurch zu verfolgen, dass man sich nun angesichts des Mangels an Geistlichen massiv für die Ausbildung weiblicher Hilfskräfte für den Gemeindedienst einsetzte.[76]

Das Waffenbündnis zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich hatte das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl noch weiter verstärkt. Die 11. o. Bundeshauptversammlung des österreichischen Evangelischen Bundes 1915 sprach bereits die Hoffnung aus, „dass nach der Beendigung des Weltkrieges, der die innere und äussere Gemeinschaft des deutschen Reiches und Österreichs in so herrlicher Weise gezeigt und besiegelt hat, auch ein innigeres Verhältnis zwischen der evang[elischen] Kirche Österreichs und den evangelischen

[72] Vgl. Chronik z. J. 1914.
[73] Vgl. Chronik z. J. 1917.
[74] Vgl. Chronik z. J. 1918.
[75] Eine Liste der gefallenen Theologen in: Bericht über die I. o. Generalsynode der evang. Kirche A. B. in der Republik Österreich (1925), verf. von Rieger/Kirchert […], 22.
[76] Vgl. Chronik z. J. 1917.

Kirchen im deutschen Reich in der Art hergestellt werde, dass der österr[eichische] evang[elische] Oberkirchenrat Sitz und Stimme im Allgemeinen Kirchenausschuss (Eisenacher Konferenz) erhalte".[77]

II. STAGNATION (1918–1933)

Das neue Österreich nach 1918

Das Ende des Weltkrieges brachte auch das Auseinanderbrechen des Vielvölkerstaates und die Neukonstituierung eines klein gewordenen Österreichs auf republikanischer Grundlage. Die Geschicke der sog. Ersten Republik sind wechselvoll: Ende Oktober 1918 war die Monarchie unter dem Einfluss der „Vierzehn Punkte" des US-amerikanischen Präsidenten Wilson, in denen nationale Selbstbestimmung versprochen wurde, zerfallen. Als aber das Bestreben des restösterreichischen Reichsrates ebenfalls zur Gründung einer Republik Deutsch-Österreich als Teil einer Deutschen Republik durch die Alliierten unterbunden wurde, kam es zur Gründung des „Staats, den keiner wollte".[78] In den ersten Jahren der neuen Republik (1918–1920) wurde Österreich durch eine Koalition zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen unter dem Sozialdemokraten Karl Renner regiert. Ab 1920 stellten die Christlichsozialen eine Alleinregierung. Der Ruf nach einem Anschluss an die Deutsche Republik – entsprechend den 14 Punkten Wilsons – war seit den ersten Tagen der Republik Österreich massiv vorhanden. Interessanterweise zog er sich quer durch alle Parteien. Führend waren gar die Sozialdemokraten (Karl Renner, Otto Bauer, Friedrich Adler, ...); Otto Bauer schloss sogar als Außenminister einen geheimen Anschlussvertrag, und Karl Renner begrüßte noch 1938 den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich. Die österreichischen Kommunisten erklärten in den Zwanzigerjahren deutlich ihre sozialistische Motivation in einer großdeutschen Revolution und Aufrichtung eines gesamtdeutschen Sowjetstaates. Die entschiedensten Gegner waren interessanterweise die Monarchisten, darüber hinaus fanden sich Gegner noch am ehesten bei den Christlichsozialen.

Bei den Auseinandersetzungen im Anschluss an die Gebietsabtretungen waren auch evangelische Geistliche beteiligt; allen voran Ludwig Mahnert in Marburg a. d. Drau, ein Propagandist des Evangelischen Bundes. Bei Straßenkämpfen waren auch Evangelische gefallen, bei deren Begräbnis Mahnert die Trauerpredigt unter Anspielung auf Rudolf Majster, den slowenischen Kommandanten von Marburg a. d. Drau, zu Mt 23,8 hielt und dabei sagte: „Einer ist ein Meister aller Majster." Mahnert wurde daraufhin festgenommen, aber wieder freigelassen; knapp danach aber wegen seines Buches „Die Hungerglocke" zu zwei Monaten schweren Kerkers verurteilt. Er konnte jedoch nach Österreich fliehen, wo er Pfarrer in Mürzzuschlag wurde.[79]

Nach den Bestimmungen des Staatsvertrages von St. Germain (Sept. 1919) gehörte Österreich als Nachfolgestaat Österreich-Ungarns zu den Verliererstaaten und wurde als am Krieg schuldig bezeichnet. Harte Bestimmungen durchzogen den Friedensvertrag, der von den Zeitgenossen als „Schandvertrag" bezeichnet wurde. Nur wenige hielten dabei das neue, kleine Österreich für lebensfähig.

Zahlreiche Evangelische empfanden den Zusammenbruch als Befreiung, „und sie wurde in zahlreichen Versammlungen an der Basis (in Wien, aber auch in Wels und in Villach) in sogenannten Gemeindetagen artikuliert". Hier stellte der Evangelische Bund in vielen Fällen die Infrastruktur zur Verfügung; „solcherart demonstrierend, dass der Neubau der Evangelischen Kirche nicht unbedingt von der Kirchenleitung zu erwarten war".[80] Denn diese vertrat unter Sektionschef Dr. Wolfgang Haase, dem Präsidenten des Oberkirchenrates, die

---

[77] Zit. nach: Chronik z. J. 1915.

[78] Vgl. Andics: Der Staat, den keiner wollte.
Am 11. November 1918 verzichtete der seit 1916 regierende Kaiser Karl „auf den Anteil an den Regierungsgeschäften"; er legt damit eigentlich die Krone nicht nieder, am 12. November 1918 wurde die „Republik Deutschösterreich" ausgerufen: „Art. 1.) Deutschösterreich ist eine demokratische Republik. Art. 2.) Deutschösterreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik.".

[79] Vgl. Chronik z. J. 1919.

[80] beide Zitate: K. Schwarz: Politischer Diskurs, 171.

Fortführung der Situation der Monarchie, und verhinderte damit einen Neubau der Kirche. Eine heftige Kontroverse über die Rechtsstellung der Kirchenleitung war die Folge, die von Pfarrer Friedrich Ulrich aus Graz, einem engagierten Mitarbeiter des Evangelischen Bundes, vorangetrieben wurde.[81] – Diese Spannung sollte sich bis zu den Verfügungen nach dem Anschluss an Hitlerdeutschland hinziehen ...

Die Übertrittsbewegung setzte sich auch nach dem Zusammenbruch der Monarchie wie in nahezu allen Nachfolgestaaten auch im neuen Österreich fort. Die Ergebnisse, die weiter vorhandenen Übertrittszahlen, täuschten eine Kontinuität der Bewegung vor, die keineswegs gegeben war. Selbst der Evangelische Bund setzte seine Arbeit ungeachtet des neuen Charakters der Bewegung ohne wesentliche Veränderungen fort.[82] Dennoch wandelte sich unter den neuen Rahmenbedingungen die Los-von-Rom- bzw. Evangelische Bewegung grundlegend. Aus einem Vielvölkerstaat war ein Deutsch-Österreich geworden, der Nationalitätenkonflikt war nicht mehr aktuell.[83] Dafür traten andere Fragestellungen in den Vordergrund, die zu mehreren Übertrittswellen führten. Die Weiterverwendung des Begriffes „Los-von-Rom-Bewegung" – auch wenn er von den Zeitgenossen teilweise weiterverwendet wurde – kann deshalb nicht statthaft sein.

Der Nachklang der Los-von-Rom-Bewegung: Die Übertrittsbewegung aus nationalen Gründen (1918–1925)

Zwischen 1919 und 1925 kam es zu mehr als 25.000 Eintritten in die Evangelische Kirche. Grund für diese Welle der Übertrittsbewegung ist die herrschende öffentliche Meinung,

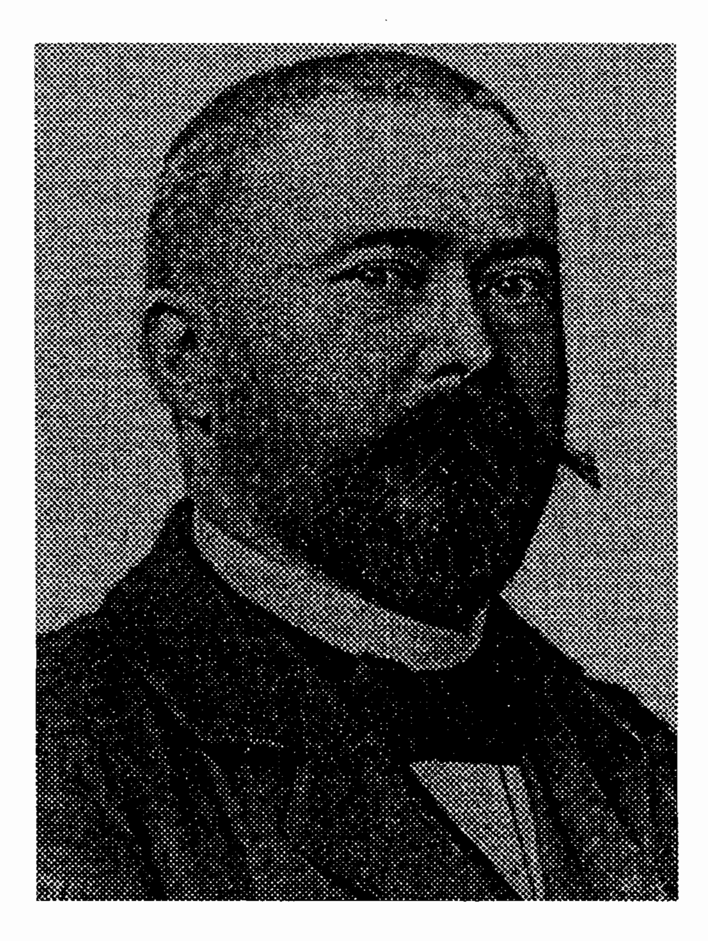
[81] Vgl. Reingrabner/Schwarz: Quellentexte, Nr. 3–5: 37ff. Vgl. zusammenfassend jüngst K. Schwarz: Politischer Diskurs, 171f.
[82] Vgl. Friedrich Hochstetter: Art. 8. Bericht über die Sitzung der österreichischen Hilfsausschüsse Königsberg, 26. 6. 1925; in: Vorstandsbl. d. EB 5/1925, 131ff., v.a. 132f.
[83] 1938 wird O. Muhr diesen Sachverhalt so ausdrücken: „Das Nachkriegsösterreich schaltete für den Evangelischen Bund den Kampf gegen das Slawentum aus, Österreich war ein rein deutscher Staat geworden." (O. Muhr, EB-Ö, 234).

dass nicht zuletzt die Katholische Kirche für die gegenwärtige missliche Lage Österreichs, die durch das alliierte Anschlussverbot nicht verbessert wurde, verantwortlich zu machen sei; die Zukunft Österreichs, und das war allgemeine Meinung, konnte man sich nur im Rahmen des Deutschen Reiches vorstellen. Dagegen hatte sich aber immer die Katholische Kirche gewehrt, es war eine alte Forderung der Alldeutschen, die diese mit der Los-von-Rom-Bewegung in Verbindung gebracht hatten.[84] Insoferne ist diese erste Übertrittsbewegung noch in einem deutlichen Zusammenhang mit der eigentlichen Los-von-Rom-Bewegung der ausgehenden Habsburgermonarchie. Charakteristische Unterschiede dürfen aber nicht übersehen werden, die der Evangelischen Kirche Österreichs wie auch dem Evangelischen Bund ein neues Gesicht gaben. Der Nationalitätenkonflikt, der in den letzten Jahrzehnten die große wie auch kleine Politik der Habsburgermonarchie bestimmt hatte, war durch die Bildung eigener Nationalstaaten auf dem Gebiet des Vielvölkerstaates obsolet geworden.

Im Sinne des nationalstaatlichen Gedankens, mehr aber noch aufgrund des Wegfalls des Nationalitätenkonfliktes trat der großdeutsche Gedanke in den Vordergrund; das geschah staatspolitisch mit der Gründung der Republik Deutsch-Österreich als Teil der Deutschen Republik, im Bereich der Evangelischen Kirche parallel dazu durch die gesuchte Eingliederung in gesamtdeutsche Strukturen. Wurden diese Bestrebungen staatspolitisch durch die Siegermächte unterbunden, konnte dieser Gedanke innerhalb der Evangelischen Kirche weitergeführt werden. Kirchenpolitisch untermauert wurden diese Bestrebungen durch jenes Gedankengut, das in der ausgehenden Monarchie ausgebildet worden war. Man sah hier trotz des verlorenen Krieges die Möglichkeit einer positiven Vorwärtsentwicklung in Erfüllung alter Ideen, wie bspw. dem Näherrücken zum Kernland der Reformation.

Es nimmt deshalb nicht wunder, wenn der Evangelische Bund auf seiner 14. o. Bundeshauptversammlung Mitte November 1918 die Gründung Deutsch-Österreichs als Teil der

[84] Vgl. zu den kirchlichen Vorstellungen einer „Deutschen Volkskirche" am Beginn der Ersten Republik: Loesche: Geschichte, 721f.



Pfarrer Paul Braeunlich war der wichtigste Förderer der Evangelischen Bewegung in Österreich in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts seitens des reichsdeutschen Evangelischen Bundes Foto: Archiv EB-Ö

Deutschen Republik begrüßte,[85] und die dann erfolgte Untersagung des Anschlusses an die Deutsche Republik bedauert, nicht zuletzt deshalb, weil selbst die kleine Evangelische Kirche sich jetzt zu klein vorkam, und in der Anbindung an gesamtdeutsche Strukturen neue Kraft erhoffte. Die Evangelische Kirche war insgesamt auf rund ein Drittel geschrumpft, und der Evangelische Bund war von 96 Ortsgruppen auf 37 verkleinert.[86] Immerhin lag die Mitgliederzahl der Evangelischen Kirche 1920 noch immer bei über 195.000.[87] – Weite Teile der österreichischen Gesellschaft hielten dieses neue Österreich aber für nicht lebensfähig. Im Zusammenrücken verwandter Bereiche sah man gesamtgesellschaftlich eine Lösung.

Der Zusammenschluss zwischen [reichs]deutschem und österreichischem Evangelischen Bund wurde dabei von beiden Seiten aus betrieben. Die Satzung des Hauptvereines des „Evangelischen Bundes für Österreich", wie der Evangelische Bund jetzt offiziell hieß, sah eine Eingliederung in den „Evangelischen Bund zur Wahrung deutsch-protestantischer Interessen" vor. Auf der Eisenacher Tagung wurde 1922 die Angliederung des österreichischen Hauptvereines an den Evangelischen Bund beschlossen.[88] Bei der Festveranstaltung anlässlich des 25-Jahr-Jubiläums des österreichischen Evangelischen Bundes 1928 drückte man diese Gedanken in einer Entschließung aus: „Durch die Zerstückelung des alten Österreichs hat seine [des Evangelischen Bundes] Arbeit beklagenswerte Verluste erlitten, aber er hat organisatorischen Anschluß gefunden an den großen Bruderbund im deutschen Reich, weiß sich mit ihm getragen von der Kraft deutsch evang[elischen] Geistes und dankt ihm Herzen für alle äußere und innere Stütze, die er von ihm hat erfahren dürfen."[89] Die endgültige Eingliederung erfolgte dann allerdings erst 1933.[90]

---

[85] Die Entschließung in: Reingrabner/Schwarz: Quellentexte, Nr. 2: 35–37, hier: 35.
[86] Vgl. Chronik z. J. 1919.
[87] Vgl. Chronik z. J. 1921.
[88] Vgl. Chronik z. J. 1922.
[89] Zit. nach: Chronik z. J. 1928.
[90] Vgl. Wolfer: 70 Jahre EB, 5.

Paralleles ereignete sich auch bei der Landeskirche: Nach dem Zusammenbruch 1918 war eine Neuordnung der Evangelischen Kirche notwendig, die sich allerdings schwieriger gestaltete, als das einschätzbar war. Immer wieder wurden seitens des Evangelischen Bundes Klagen und Mahnungen über den „mangelnden Eifer um den Neubau der Kirchenverfassung“[91] laut; die Kirchenverfassung wurde vom sog. „Kirchentag“, d. h. von der Generalsynode, dann 1931 beschlossen, allerdings vom Staat niemals ins Kraft gesetzt. Der Evangelische Bund forderte dabei immer wieder ganz im Sinne des Zeitgefühles eine Kirchenunion zwischen lutherischer und reformierter Kirche.[92] Im Entwurf der Kirchenverfassung fand sich dann das Modell einer „Verwaltungsgemeinschaft“ zwischen den beiden evangelischen Kirchen. 1925 beschloss die Generalsynode den Anschluss der österreichischen Evangelischen Kirche an den Deutschen Evangelischen Kirchenbund, der dann im Mai bzw. Dezember 1926 erfolgte [93], was seitens des Evangelischen Bundes sehr begrüßt wurde.[94]

„Politischer Kampf zwischen schwarz und rot, beide den Evangelischen nicht wohlgesinnt“

Die Geschichte der Ersten Republik Österreich war „geprägt von materiellen Mangelerscheinungen, stockendem Wirtschaftsleben, scharfen sozialen Gegensätzen, Fortsetzung der Lagerbildung, mangelnder nationaler Integration“.[95] Eine Völkerbundanleihe (Genfer Protokolle) des Jahres 1922 konnte die Inflation nicht eindämmen; die wirtschaftlichen

[91] Hier z.B. Chronik z. J. 1924.
[92] So der Beschluss auf der 14. o. Bundeshauptversammlung 1918, vgl. Reingrabner/Schwarz: Quellentexte, Nr. 2: 35–37, hier: 37; aber auch z. B. noch auf der 23. o. Hauptversammlung im Jubeljahr des 25-jährigen Bestandes des EB 1928; vgl. Chronik z. J. 1928.
[93] Vgl. Chronik z. J. 1926. Der Anschluss der evang. Kirchen A.B. und H.B. an den Deutschen Evangelischen Kirchenbund und die Mitteilung der Vereinbarung zwischen dem Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses und dem OKR-Präsidenten erfolgte mit Erl. des OKR Z. 2720 v. 7. 12. 1926.
[94] Vgl. Chronik z. J. 1925.
[95] Bruckmüller: Sozialgeschichte, 503.

Schwierigkeiten bedingten eine sehr hohe Arbeitslosigkeit. Die zweite Hälfte der Zwanzigerjahre war innenpolitisch durch eine zunehmende Radikalisierung und Kampfbereitschaft zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen gekennzeichnet; beide Parteien organisierten paramilitärische Kampforganisationen, die Sozialdemokratie den Republikanischen Schutzbund, die Christlichsozialen die Heimwehr.

Eine bestimmende Rolle spielte noch immer der politische Katholizismus, vornehmlich bei den Christlichsozialen; Ignaz Seipel war als Prälat und Spitzenpolitiker selber leuchtendes Beispiel dieser Geisteshaltung. Die Christlichsozialen waren „die Vorfeldorganisation des katholischen Klerus, der verlängerte Arm der [Katholischen] Kirche im politischen Agitationsfeld.“[96] Seipel bestimmte die Parteilinie, trat in seiner antimarxistisch eingestellten Politik für eine Stärkung der Autorität des Staates ein und sah in einer christlichen Ständeordnung den besten Schutz gegen die Auswüchse des Kapitalismus. „Obwohl die früheren Machtinstrumente Monarchie, Adel und Militär durch den Umsturz [1918] beseitigt worden waren und obwohl die Republik alle aus der Monarchie überkommenen Verhältnisse tiefgreifend verändert hatte, die Stellung der Kirche blieb unangetastet.“[97] In der Regierung des Prälaten Ignaz Seipel (1926–29 Bundeskanzler) zeichnete sich der katholische Ständestaat vorab.

Mit dieser politischen Konstellation hatten es die Evangelischen, vornehmlich der Evangelische Bund schwer: Bereits die Chronik zum Jahr 1924 rafft die Situation: „[...] politischer Kampf zwischen schwarz und rot, beide den Evangelischen nicht wohlgesinnt [...].“[98] Das äußerte sich z.B. in der nach wie vor unbefriedigenden Situation in den Schulen,[99] die sich

[96] K. Schwarz: Politischer Diskurs, 172.
[97] Sertl: Freidenkerbewegung, 129.
[98] Chronik z. J. 1924.
[99] Im Schulbereich ergab sich eine Verbesserung der Lage erst 1930 durch einen Entscheid des Verfassungsgerichtshofes, dass der § 48 des Reichsvolksschulgesetzes, der die Befähigung des Schullehrers zur subsidiaren Erteilung des Religionsunterrichts der Mehrheit der Schulkinder festlegte, was de facto einer Ausschließung evang. Lehrer vom Direktorenamt gleichkam, durch den Friedensvertrag von St. Germain außer Kraft gesetzt sei. Aufgrund dieses Urteils wurden relativ rasch evang. Lehrer auch zu Schulleitern bestellt. Vgl. Chronik z. J. 1930.

seit der Monarchie nicht geändert hatte, oder in der verworrenen Ehegesetzgebung.

Sich selber positionierte man wie ehedem ganz in nationalem Blickwinkel „im Südosten deutscher Kultur auf einem Vorposten, der von vielen Gefahren umbrandet ist. Atheismus und Klerikalismus bedrohen deutsch evang[elisches] Leben."[100] – Trotzdem ist es sicherlich mehr als ein Zeichen, wenn sich der Verein 1921 in „Evangelischer Bund für Österreich [!]" umbenennt.

Eine zweite Übertrittsbewegung aus ehegesetzlichen Gründen

Die Haltung der Christlichsozialen ist an der Haltung in der Ehegesetzgebung erkennbar, die zu einer zweiten Phase der Übertrittsbewegung führte. Spätestens seit 1922 – unter Aufnahme der heftigen Diskussion in der Monarchie – beriet man auch seitens des Evangelischen Bundes die Frage des Eherechts.[101] 1925 sprach man gar von den „Verwirrungen des gesamten Eherechtes durch die verschiedene Handhabung der politischen Behörden je nach Parteienstellung".[102] Der Staat hatte durch Festhalten am kanonischen Eherecht über 200.000 Menschen in illegitime Verhältnissen gezwungen. Eine Neuregelung dieses Bereiches stand seit 1918 dringend aus,[103] wurde aber immer wieder hinausgeschoben. In den ersten Jahren der Republik kamen rund 51.000 Mitglieder in die Evangelische Kirche, weil sie kirchlich getraut werden wollten; damit betrug der Zuwachs aus diesem Bereich der Übertrittsbewegung rund ein Fünftel der Gesamtzahl der Evangelischen in Österreich.

[100] Zit. nach: Chronik z. J. 1928.
[101] Vgl. Chronik z. J. 1922.
[102] Chronik z. J. 1925.
[103] ... wobei im neu zu Österreich dazugekommenen Burgenland das kein Problem darstellte, weil das alte ungarische Ehegesetz zivilrechtlich ausgerichtet war. Daher war die Wiederverheiratung Geschiedener zivilrechtlich und teilweise auch im kirchlichen Rahmen durchaus legal. Vgl. K. Schwarz: Sever-Ehen, v.a. 147–149.

Die Zahl derer, die bis 1925 aus politischen Gründen die Religion wechselten, war erheblich geringer als die Zahl derer, die auf Grund der Dispenspraxis zur Evangelischen Kirche stießen. Diese zweite Übertrittsbewegung brachte also die Querelen um die Scheidung bzw. Wiederverheiratung; hier erkennt man den Motivationswechsel der Übertrittsbewegung im Gegensatz zur Los-von-Rom-Bewegung überdeutlich![104]

Eine Austrittsbewegung aus den Kirchen

Interessant für die gänzliche Umorientierung der Kirchenaustrittsbewegung in der Zwischenkriegszeit ist die jetzt verstärkt auftretende Freidenkerbewegung. Sie schloss an Bestrebungen an, wie sie bereits in der Wahrmund-Affäre und bei der Einrichtung einer „Freien Schule" laut geworden waren. Auch der Evangelische Bund hatte bereits in den Tagen der Monarchie feststellen müssen, dass immer mehr bloß aus der (Katholischen) Kirche aus-, aber nicht in eine andere, v.a. die Evangelische Kirche eintraten. „Um die Mitte der Zwanzigerjahre erreichte die Freidenkerbewegung in Österreich ihren Höhepunkt. Zählt man die Mitgliederzahlen der Vereine zusammen, die einer freigeistigen Ideologie anhingen, so kommt man, selbst bei Berücksichtigung von Doppelmitgliedschaften, auf eine Größenordnung von 300.000 Personen, allein an organisierten Freidenkern. Diese waren in den Großstädten und in Industriegebieten konzentriert; auf dem ‚flachen Land' konnte die Bewegung nicht Fuß fassen. In dicht organisierten Gebieten, wie z.B. in Steyr, war jeder dritte erwachsene Mann Mitglied in einem Freidenker-Verein."[105] Dabei war „die österreichische Freidenkerbewegung [...] überparteilich ausgerichtet",[106] doch die Affinität zur Sozialdemokratie war unübersehbar.[107]

Die politische Konstellation der Ersten Republik führte bald zu massiven innenpolitischen Auseinandersetzungen. Schwere Kämpfe Anfang Jänner 1927 zwischen einer rechts-

[104] Vgl. K. Schwarz: Sever-Ehen, v.a. 147–149.
[105] Sertl: Freidenkerbewegung, II.
[106] Sertl: Freidenkerbewegung, 269.
[107] Vgl. Sertl: Freidenkerbewegung, 233.



Der Jurist und Reichsratsabgeordnete Anton Eisenkolb war einer der Gründungsväter der Evangelischen Bundes in Österreich *Foto: Archiv EB-Ö*

gerichteten Frontkämpfervereinigung und Angehörigen des Republikanischen Schutzbundes im burgenländischen Schattendorf forderten Blutopfer auf Seiten der Sozialdemokratie. Im daran anschließenden Prozess wurden die Angeklagten für „nicht schuldig" befunden. Schwere Streiks waren die Folge. Einen Tag nach der Urteilsverkündung, am 15. Juli 1927, brannte in Wien der Justizpalast nach Brandstiftung; schwere Straßenkämpfe, polizeiliche Maßnahmen mit Bewilligung durch Bundeskanzler Seipel und zahlreiche Tote waren die Folge. Der Weg zu einer autoritären Staatsform zeichnete sich ab.

Als Folge dieser Ereignisse kam es spontan zu einer verstärkten Kirchenaustrittsbewegung; die Zahl der Konfessionslosen lag 1928 bereits bei rund 210.000![108] In erster Linie betraf die Kirchenaustrittsbewegung natürlich die Katholische Kirche, aber es ist in der Literatur bislang kaum reflektiert, dass diese Strömung auch die Evangelische Kirche betraf. Zwischen 1916 und 1933 sind allein in Wien über 15.000 Personen aus der Evangelischen Kirche ausgetreten, wobei die Bewegung in erster Linie die Städte betraf.[109] Hier konnte die Evangelische Kirche nicht nur ihre Rolle als Auffangbecken für ausgetretene Katholiken nicht erfüllen, sondern war durch eine Austrittsbewegung selbst betroffen.

Kontinuierliche Weiterführung der Bundesarbeit

Inhaltlich hatten sich bei der Bundesarbeit durch den Wegfall des Nationalitätenkonflikts und der Stärkung des großdeutschen Gedankens zwar Verschiebungen ergeben, methodisch bewegte man sich aber in den alten Bahnen. Den vielfältigen neuen Herausforderungen hatte man seitens des österreichischen Evangelischen Bundes keine neuen Arbeitskonzepte gegenüberzustellen.

Anlässlich des 25-Jahr-Jubiläums des Evangelischen Bundes 1928 reflektierte der Bundesobmann Otto Riedel in einem Rückblick diese Veränderungen: es ging „nicht [um] politische

[108] Vgl. Sertl: Freidenkerbewegung, 235.
[109] Vgl. Unterköfler: Zwischen zwei Welten, 350.

Betätigung, sondern Stärkungen des evang[elisch] kirchlichen Bewusstseins." Und Riedel nennt auch die Schwierigkeiten bei der Arbeit, die „Bedenken gegenüber der L[os] v[on] R[om] Bewegung auch bei Evangelischen." Aber er nennt auch die eklatante Veränderung gegenüber der Situation in den ersten Jahren der Los-von-Rom-Bewegung: „die zuerst von Politikern geführte L[os] v[on] R[om] Bewegung in Versammlungen durch Vorträge und durch Zeitungen und Schriften ist einer ruhigeren Art der Betätigung gewichen."[110] Das hing u.a. auch damit zusammen, dass die Generation von Politikern und Agitatoren der (ersten) Los-von-Rom-Bewegung nicht mehr tätig oder sogar gestorben waren: 1921 war Georg Ritter von Schönerer gestorben, 1929 starb Georg Theodor Rakus, der 1897 den Los-von-Rom-Ruf ausgebracht hatte. Und es ist sicherlich auch programmatisch zu verstehen, wenn sich der Verein auch in seiner Namensgebung auf Österreich bezieht,[111] und nicht mehr auf die „Ostmark".

Trotz der neuen Situation gab es eine kontinuierliche Weiterarbeit im Rahmen der Evangelischen Bewegung. Hierher gehört v.a. die nun endgültig erfolgte Gründung des Pressverbandes knapp nach Kriegsende im Jänner 1919.[112] Der Pressverband wurde als selbständig arbeitender Verein konstituiert, der allen kirchlichen Institutionen offen stand. Er gab deshalb nicht nur die „Vorzeitung" heraus, sondern verstand sich auch als Organ anderer evangelischer Organisationen wie der Inneren Mission, des Gustav Adolf-Werkes oder des Evangelischen Lehrerbundes neben dem Evangelischen Bund. Er „bereitete dem jetzt bestehenden [1925 gegründeten] Evangelischen Preßverband für Österreich den Weg".[113] Ein wichtiger Arbeitsbereich waren weiterhin die Flugblätter, wobei thematisch jedoch auffällig ist, dass sich wohl infolge der Freidenkerbewegung das Schwergewicht eindeutig von einer Austritts- hin zu einer Eintrittspropaganda verlagert hatte.

[110] Zit. nach: Chronik z. J. 1925.
[111] So nach den Satzungen 1921.
[112] Vgl. Chronik z. J. 1919.
[113] Flugblatt des Evangelischen Bundes, ohne nähere Bezeichnung – Überschrift: Allen Bundesfreunden und, die es es werden sollten, zum Gruß; in: Archiv/EB-Ö: Fasc. 1903–1918.

Obwohl sich die finanzielle Lage des Evangelischen Bundes trotz der Kriegswirren einigermaßen stabil darstellte, warfen die Probleme der Zwischenkriegszeit schon ihre Schatten auch auf die Bundesarbeit voraus, wenn mit Ende 1920 aus finanziellen Gründen der Sekretär Robert Stanfel gekündigt werden musste.[114]

Parallel dazu geschah eine rege Reise- und Vortragstätigkeit; der Vorsitzende Otto Riedel besuchte regelmäßig die verschiedenen Ortsgruppen, Ludwig Mahnert hielt an verschiedenen Orten Kärntens und der Steiermark Vorträge. Zusätzlich absolvierten regelmäßig auch Vertreter reichsdeutscher Hauptvereine Vortragstätigkeit.[115] – Das Bild, das man dabei bekam, scheint wechselvoll gewesen zu sein. Denn gerade in der Vortragstätigkeit sah man ein breites und wichtiges Betätigungsfeld für den Evangelischen Bund im Sinne der Stärkung einer evangelischen Identität. Auf der 18. o. Hauptversammlung 1923 beschloss man nicht nur die Ausarbeitung zu zeitgemäßen Themen als Unterlage für Vorträge und zur Verteilung, sondern auch die Anstellung von Wanderrednern zur Belebung der Ortsgruppen.[116] Regelmäßig wurden weiterhin Familienabende abgehalten, und bei Festveranstaltungen wurden immer wieder Schauspiele unter der rührigen Leitung von Hans Frauengruber gegeben.

In den nächsten Jahren wurde dieses Arbeitsprogramm konsequent weitergeführt; „Flugblätter zu Werbezwecken" wurden breiter verteilt, und das Mitgliedsblatt ging allen Mitgliedern zu.[117] Die Arbeit scheint durchaus Früchte getragen zu haben, denn immer wieder kann von Neugründungen von Ortsgruppen berichtet werden. Hatte man nach dem Krieg nur mehr 37 Ortsgruppen zu verzeichnen[118], so konnte hier

[114] Vgl. Chronik z. J. 1921.
[115] Z. B. hielt 1931 Dr. Stiewer an 13 Orten einen Lichtbildervortrag zum Thema „Was erzählen uns die Lutherstätten", und der Generalsekretär des EB Thiel hielt an 26 Orten Vorträge zu den Themen Konkordat, Kirchenverfassung und Dienst am öffentlichen Leben der Kirche. Vgl. Chronik z. J. 1931.
[116] Vgl. Fleischmann-Bisten/Grote: Protestanten auf dem Weg, 94; für den EB-Ö: vgl. Chronik z. J. 1923.
[117] Vgl. Chronik z. J. 1929.
[118] Vgl. Chronik z. J. 1919.

eine gewisse Konsolidierung eingeleitet werden. 1929 bestanden zwar nur noch 33 Ortsgruppen, zu diesen kamen allerdings noch 36 angeschlossene Gemeinden und Vereine.[119] Ende der Zwanzigerjahre setzte eine regere Entwicklung ein: Ein Jahr darauf – 1930 – zählte man bereits 41 Ortsgruppen, 35 angeschlossene Gemeinden sowie acht angeschlossene Vereine.[120]

Immer stärker traten auch soziale Aufgaben in den Vordergrund der Bundesarbeit wie der gesamten kirchlichen Arbeit.[121] Die Chronik des Evangelischen Bundes gibt sie schlagwortartig wieder; und es wird das Ausbleiben einer Verbesserung deutlich: zum Jahr 1924 heißt es „Wohnungsnot, Beamtenabbau",[122] zum Jahr 1928 „Kriegszeit mit ihren Opfern und Aufgaben. Rechtsschutz. Stellenvermittlung. [...] Flüchtlingssorge. Siedlungstätigkeit"[123]. 1931 wurde aufgrund der von der Hauptleitung beschlossenen Satzungen die Gründung einer Siedlungsstelle „Heimstatt" initiiert.[124] 1932 erfolgte dann deren Gründung unter der Leitung von Karl Fraiß.[125] Fraiß erklärte auf der Hauptversammlung 1932 die „Aufgaben" dieser Stelle „in der Erhaltung und Stärkung des evang[elischen] Bauernbesitzes und in der Vermehrung desselben".[126] Es gab hier – ähnlich wie im Deutschen Reich – eine Konkurrenz zum Tannenbergbund, in dessen Gedankengut – geprägt vom Ehepaar Ludendorff – eine „Gottgläubigkeit" präfiguriert hatte.

1935 rief Othmar Muhr zur Gründung einer evangelischen Genossenschaft auf, die u.a. die Aufgabe einer Stellenvermittlung wahrnehmen sollte;[127] diese Genossenschaft, bei der auch Franz Hamburger führend beteiligt sein sollte, konnte aller-

[119] Vgl. Chronik z. J. 1929.
[120] Vgl. Chronik z. J. 1930.
[121] Vgl. Nitsche: Kirchengeschichte im Spiegel der Presse, 10ff.; 43ff.
[122] Chronik z. J. 1924.
[123] Chronik z. J. 1928.
[124] Vgl. Chronik z. J. 1931.
[125] Vgl. Chronik z. J. 1932.
[126] 27. ordentliche Hauptversammlung des Hauptvereines des EB-Ö in Bad Aussee, 30/31. Juli 1932 [Protokoll], 2; in: Archiv/EB-Ö: Fasc. Verschiedenes 1918–1938. Initiativen zum Erhalt des Bauernstandes wurde auch von anderen Organisationen ebenfalls durchgeführt.
[127] In: Reingrabner/Schwarz: Quellentexte, Nr. 65: 208–211.

dings der herrschenden Wirtschaftslage wegen nicht realisiert werden.[128] Die materielle Not machte sich aber auch in politischer Unzufriedenheit Luft.[129]

Die Wirtschaftskrise hatte ihre massiven Auswirkungen. Eine besondere Initiative ging von Paul Spanuth aus, dem es besonders darum ging, in Verhandlungen mit den Presbyterien und dem Hilfswerk des Evangelischen Bundes[130] „die kümmerlichen Gehälter der evangelischen Geistlichen, ob Pfarrer oder Vikar, auf ein und dasselbe Gehaltsschema zu bringen und zwar auf dieselbe Höhe des am schlechtesten gestellten österreichischen Staatsbeamten, und dies war der Gymnasiallehrer!"[131] – Um 1930 war dieses Ziel ungefähr erreicht. Trotz eigener Wirtschaftsrezession wurde der österreichische Evangelische Bund 1932 vom Gesamtbund mit der beachtlichen Summe von 120.000 RM unterstützt;[132] 1937 überwies der Evangelische Bund 160.000 RM nach Österreich,[133] obwohl der neue Bundesdirektor, Fritz von der Heydt, die Kassenlage des reichsdeutschen Evangelischen Bundes als „sehr schlecht" bezeichnete[134] und deshalb die Zuschüsse um rund 20 Prozent kürzen musste.[135] Die Mitgliederzahl des gesamten Evangelischen Bundes lag 1936 nur mehr bei rund 150.000 Mitglie-

[128] Reingrabner: Franz Hamburger, in: Eine Wolke von Zeugen – Glaube und Heimat 1995, 40–42, hier: 41.
[129] Vgl. zum Umschwung in den kirchlichen Medien u.a. Nitsche: Kirchengeschichte im Spiegel der Presse, 14ff.
[130] Vgl. zum Hilfswerk Fleischmann-Bisten/Grote: Protestanten auf dem Weg, 151f. und u.v.a. das Manuskript von Brauneck: Das Hilfswerk des Ev. Bundes und die evangelische Bewegung in der Ostmark; in: Archiv/EB-Ö: Fasc. Vorstand 1940 (Beil. z. Sitzung v. 8. April 1940).
[131] Spanuth: Lebenserinnerungen II, 110; zit. nach: Rampler: Pfarrer, 27.
[132] Vgl. Chronik z. J. 1932.
[133] Vgl. Reingrabner: Protestanten in Österreich, 269 – Neben dem EB übersandte das GAW im gleichen Jahr die Summe von 370.000 RM nach Österreich; vgl. ebd.
[134] Schreiben Fr. von der Heydt an O. Muhr v. 1. Febr. 1937; in: Archiv/EB-Ö: Fasc. Hauptleitung 1937 (Beil. z. der Sitzung v. 15. Febr. u. 28. Febr. 1937).
[135] Vgl. Sitzung der Hauptleitung am 5. April 1937 (Protokoll) bzw. das Schreiben Fr. von der Heydt an O. Muhr v. 3. April 1937, in dem in Aussicht gestellt wird, dass es sich bei der Kürzung nur um eine „vorübergehende Maßnahme" handelt; beide Dokumente in: Archiv/EB-Ö: Fasc. Hauptleitung 1937.



Pfarrer Friedrich Hochstetter war seit der Gründung des Evangelischen Bundes in Österreich Vorstandsmitglied; in den turbulenten Jahren zwischen 1910 und 1917 war er sogar dessen Obmann Foto: Archiv EB-Ö

dern.[136] Insgesamt hat der Evangelische Bund bis 1936 rund acht Millionen RM nach Österreich transferiert.[137] – 1928 bekam Paul Spanuth die goldene Luthermedaille des Evangelischen Bundes.

Bei aller Ideologisierung der Arbeit warnte man seitens des Evangelischen Bundes jedoch wie eh und je vor der „Politisierung der Jugend", wie man auch zur „Wertung ev[angelischer] Jugenderziehung und ev[angelischen] Schulwesens" aufrief.[138] Der nationale Standpunkt wurde vom Evangelischen Bund – wie von vielen Deutschnationalen – nie als politischer Standpunkt im engeren Sinne verstanden, sondern als weltanschauliche Grundkonzeption. Man distanzierte sich auf jeden Fall damit sehr deutlich von einer kirchlichen Politik, wie sie – unter katholischen Vorzeichen – Prälat Seipel als österreichischer Spitzenpolitiker vertrat, oder wie sie dann im katholischen Ständestaat einen Höhepunkt fand. In diesem Zusammenhang ist auch die Diskussion um das Konkordat zu sehen, die ab dem Ende der Zwanzigerjahre gerade auch beim Evangelischen Bund nicht mehr verstummte.[139] In einer Entschließung der Hauptleitung des Evangelischen Bundes wurde, nachdem grundsätzliche Bedenken gegen diese Art von Verträgen gemacht wurden, gefordert, dass dieses Konkordat sich auf folgende Punkte beschränken sollte: die Regelung der kirchlichen Vermögensangelegenheiten, die Besetzung der höheren kirchlichen Ämter und die Sicherstellung des Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen. Die Ehegesetzgebung sei – nach reformatorischem Verständnis – allein Sache des

---

[136] Vgl. So Fr. von der Heydt in seinem ersten Rundschreiben v. 30. Dez. 1936, 3; in: Archiv/EB-Ö: Fasc. Hauptleitung 1937 (Beil. z. der Sitzung v. 15. Febr. u. 28. Febr. 1937).

[137] Vgl. Fleischmann-Bisten/Grote: Protestanten auf dem Weg, 152f.

[138] Chronik z. J. 1925.

[139] Vgl. z.B. 27. ordentliche Hauptversammlung des Hauptvereines des EB-Ö in Bad Aussee, 30/31. Juli 1932 [Protokoll], 3; in: Archiv/EB-Ö: Fasc. Verschiedenes 1918–1938. Vgl. auch den Vortrag des Vorsitzenden des Evangelischen Bundes in den Jahren zwischen 1928 und 1934, Oberlehrer August Kirchert, der seine Sicht der Dinge bei der evangelischen Tischgenossenschaft Fünfhaus-Meidling im Vortrag über „Das österreichische Konkordat" deutlich machte. Vgl. den Bericht darüber in: Der Gemeindebote April 1933, 36; zit. nach: Nitsche: Kirchengeschichte im Spiegel der Presse, 27.

Staates. Sollte aber dennoch verhandelt werden, so insisitierte der Evangelische Bund darauf, dass mit den berufenen Vertretern der Evangelischen Kirche gleichermaßen über dieselben Punkte gemäß der verfassungsmäßig gewährleisteten Gleichberechtigung verhandelt werde.[140]

Trotz mancher gelungener Neuansätze und trotz der kontinuierlichen Übertrittszahlen darf man bei alledem nicht übersehen, dass es sich in den Jahren nach dem Krieg bezogen auf die Bundesarbeit um eine Phase der Stagnation handelt; es wurden trotz eines neuen Bedarfsprofils kaum neue Ansätze entwickelt und methodische Umorientierungen eingeschlagen. Der Evangelische Bund war hier keine Ausnahme – dasselbe Urteil kann für die Geschichte der gesamten Evangelischen Kirche in der Zwischenkriegszeit getroffen werden: „Tatsächlich ist das beeindruckende Wachstum der evangelischen Kirche in Österreich geeignet, vergessen zu machen, daß das evangelische Credo in Österreich in der Kultur nach 1918 bis auf wenige Bereiche von einer deutlichen Stagnation geprägt war, die nach 1930 zunehmend defensiven Charakter annahm."[141]

III. VERIRRUNGEN (1933–1938)

Der politische Kollaps der Ersten Republik

Der politischen Lage wegen und der Vorkommnisse rund um den Justizpalastbrand stieg die Bedeutung der Heimwehr noch mehr an. Im Korneuburger Eid des Jahres 1930 bekannte sie sich zu einer autoritären Staatsführung unter den Christlichsozialen. Engelbert Dollfuß bildete daraufhin 1932 mit anderen konservativen Parteigruppierungen die Regierung. Sein Programm zur wirtschaftlichen Besserstellung durch eine neuerliche Völkerbundanleihe (Lausanner Anleihe) brachte allerdings kaum Veränderungen. Die innenpolitische Situation, die auf einen katholisch-autoritären Staat gegen die Sozialdemokratie hinlief, wurde noch durch die Position des Heiligen Stuhles angeheizt. Die Enzyklika ‚Quadragesimo anno' vom 15. Mai 1931 postulierte nicht nur die Unmöglichkeit, Katholik und Sozialist zu sein, sondern legte auch den Grundstein für den katholischen Ständestaat.

Die innenpolitische Lage verhärtete sich Anfang der Dreißigerjahre ins Unerträgliche. Das Parlament schaltete sich im März 1933 selbst aus. Die Christlichsozialen übernahmen nun endgültig selbstverantwortlich die Regierungsgeschäfte unter Engelbert Dollfuß. Damit endete die demokratische Phase der Ersten Republik, und die Christlichsozialen regierten autoritär auf Grund eines Notstandsparagraphen, der noch aus der Monarchie stammte. Ein Bürgerkrieg des Republikanischen Schutzbundes der Sozialdemokraten gegen die regierenden Christlichsozialen und ihre Heimwehr, der am 12. Februar 1934 ausbrach, erschütterte Österreich. Die Sozialdemokratische Partei wurde als eine Folge des Aufstandes ebenso wie die Gewerkschaften verboten; die NSDAP war in Österreich schon 1933 verboten worden. Dies alles führte zu einer weiteren massiven Verhärtung der innenpolitischen Situation. Als Folge des Bürgerkrieges installierten die Christlichsozialen unter der Führung Dollfuß' auch verfassungsrechtlich den Ständestaat auf christlicher, d.h. katholischer Grundlage, in dem alle Parteien und parteilichen Organisationen aufgehoben (inkl. der Christlichsozialen und der Heimwehr) und in der neu gegründeten Vaterländischen Front (VF) zusammengeführt wurden.

Der Ständestaat verstand sich dabei auch als Bollwerk gegen den aufkommenden Nationalismus und die Politik Hitlerdeutschlands. In einem nationalsozialistischen Aufstand vom Juli 1934 wurde Bundeskanzler Dollfuß ermordet. Sein Nachfolger war Kurt von Schuschnigg. Durch die Installation des Ständestaates verschoben sich aber auch die außenpolitischen Beziehungen. V. a. die Beziehung zum Deutschen Reich unter der Führung Hitlers wurde schicksalhaft für das Österreich der Zwischenkriegszeit. Im Juliabkommen zwischen dem Deutschen Reich und Österreich (1936) übte Hitler auf Schusch-

[140] Vgl. Lichter der Heimat 5/1931, 36; zit. nach: Stoffers: „Lichter der Heimat", 17.

[141] Unterköfler: Zwischen zwei Welten, 349, der ebd. fortführt: „Wohl hat sich die Zahl der evangelischen Glaubensangehörigen in Österreich von 100.767 im Jahre 1897 (unter Ausschluß des Burgenlandes) bis 1938 mehr als verdreifacht, doch blieb dieses Wachstum weitgehend unbewältigt."

nigg massiven Druck aus. Das Juli-Abkommen kam faktisch einer Kapitulation Österreichs gleich; die NSDAP wurde als Partei in Österreich wieder geduldet. Das Deutsche Reich mischte sich darin direkt in die inneren politischen Vorgänge Österreichs ein, obwohl es Österreichs Souveränität offiziell anerkannte. – Die Westmächte akzeptierten dieses Vorgehen Hitlers.

Der endgültige Schlussstrich unter die Erste Republik folgt dann zwei Jahre später: In der Konferenz von Berchtesgaden im Februar 1938 diktierte Hitler die Vorgehensweise zum Anschluss der „Ostmark" an das „Altreich". Eine von Schuschnigg angesetzte Volksabstimmung sollte zwar noch die Selbständigkeit Österreichs gegenüber dem Deutschen Reich untermauern, aber so weit kam es nicht mehr. Am 13. März 1938 überschritten reichsdeutsche Truppen die nicht verteidigte österreichische Grenze und vollzogen den „Anschluss". Die jetzt aus Propagandazwecken „nachgeholte" Volksabstimmung ergab 99,73 Prozent Stimmen für den Anschluss. Die Weltöffentlichkeit reagierte kaum darauf – lediglich die UdSSR, China, Mexiko, Chile und die spanische Exilregierung legten beim Völkerbund einen offiziellen Protest ein.

Neue Übertrittsbestimmungen (1933)

Am 16. August 1933 wurde eine Verordnung des Staates veröffentlicht, die Austritte erschweren bzw. unmöglich machen sollte;[142] jeder Austrittswillige sollte von der Behörde auf seinen Geistes- und Gemütszustand hin überprüft werden. Dieser Verordnung folgte am 25. August d. J. ein nicht veröffentlichter Durchführungserlass.[143] Obwohl das nirgendwo speziell genannt war, so wurde doch deutlich, dass sich diese neuen Bestimmungen gegen die Evangelische Kirche richteten. Durch diese neue Übertrittsordnung wurde eine Wartezeit von mindestens drei Monaten bei Konfessionswechsel

[142] Vgl. u.v.a. G. P. Schwarz: Ständestaat und Evang. Kirche, 21ff.; zur Aufnahme der neuen Bestimmungen in der evangelischen Presse vgl. u.a. Nitsche: Kirchengeschichte im Spiegel der Presse, 30ff.
[143] Vgl. u.v.a. Bärnthaler: VF, 179f.

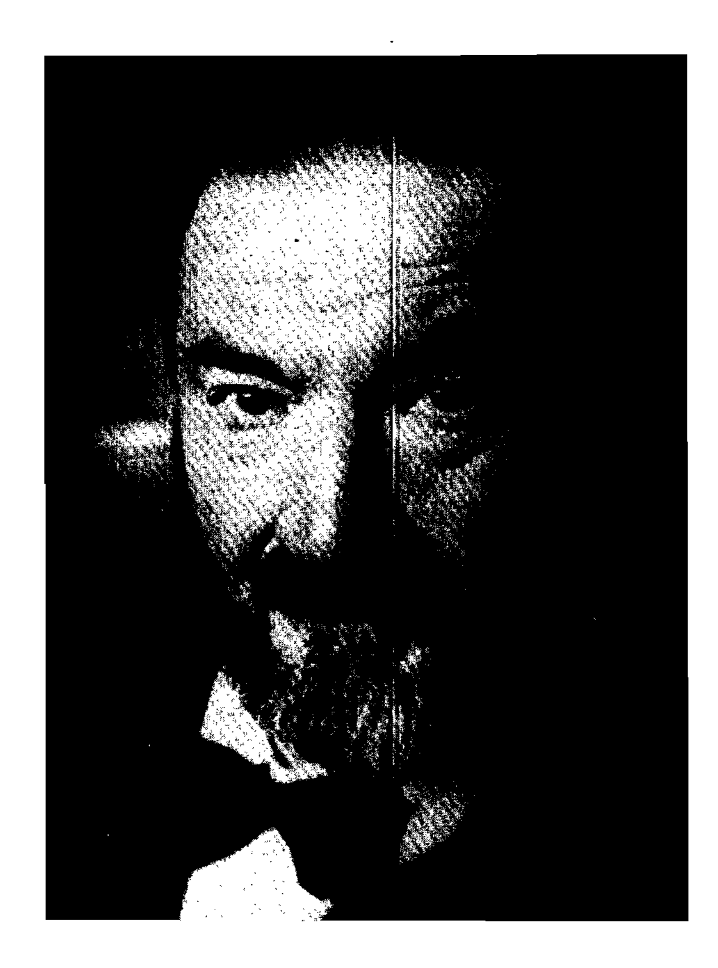
festgelegt.[144] Bekannt geworden ist der Fall Otto Hansmanns, der 1935 bis zum Bundesgerichtshof in Wien ging, weil die Bezirks- und Landesbehörden von Bad Aussee seinen Übertritt ablehnten.[145] In Salzburg kam es im Herbst zu Verhaftungen von zwölf Personen, die ihren Übertritt in die Evangelische Kirche meldeten, sonst aber nicht auffällig waren. Man berief sich auf die Tatsache, dass sie durch ihren angezeigten Übertritt „demonstrativ politisches Verhalten im Sinne einer verbotenen nationalsozialistischen Tätigkeit" an den Tag gelegt hätten.[146]

Der Ständestaat kriminalisierte damit alle Übergetretenen unbeschadet ihrer Motivation als Sympathisanten der Sozialdemokratie oder v. a. der NSDAP und ergriff Maßnahmen, um die Übertritte von der Katholischen in die Evangelische Kirche einzudämmen. Die offiziösen Schriften „A.E.I.O.V." von Richard Kralik und das „Goldenen Buch der vaterländischen Geschichte" von Joseph A. Lux – beide 1934 erschienen – beinhalten Angriffe gegen den Protestantismus, gegen die sich auch der Evangelische Bund zur Wehr setzen wollte.[147]

Die neue konfessionelle Situation bewirkte einen massiven politischen Druck des Alltags. Der schweizerische „Freidenker" berichtete 1934: „Arbeit in öffentlichen Betrieben oder in solchen, die für den Staat oder die Gemeinde arbeiten, erhalten Bewerber nur durch die Stellenvermittlung der Vaterländischen Front. Wer aber nicht christlichen Bekenntnisses ist, wird aber in dieselbe nicht aufgenommen und bleibt dem Hunger ausgeliefert."[148] Höhere Staatsbeamte mussten Katholiken sein.

Am 1. Mai 1934 wurde dann in Österreich die neue Verfassung verabschiedet; am gleichen Tag wurde auch das Konkordat in Kraft gesetzt. Eine zeitgenössische katholische Publi-

[144] Vgl. K. Schwarz: Der konfessionelle Übertritt, 274; ders.: Kirche zwischen Kruckenkreuz und Hakenkreuz, 109 u.ö. Zum Missbrauch der neuen Vorschriften vgl. u.a. den Art. „Glaubensfreiheit" in Österreich, in: D.E.K. 28/1934, 1f.
[145] Vgl. Aebi (u.a.) = R. Kauer: Gegenreformation, 126; Chronik z. J. 1935.
[146] Vgl. Achs: Evang. Kirche, 96.
[147] Chronik z. J. 1935.
[148] Der Freidenker, Organ der Freigeistigen Vereinigung der Schweiz, Bern, v. 15. 4. 1934; zit. nach: Sertl: Freidenkerbewegung, 301.



Superintendent Johannes Heinzelmann, der 1930 Ehrenmitglied des Evangelischen Bundes in Österreich wurde, ging die schwierige Gratwanderung zwischen einer vehementen Verteidigung einer evangelischen Position in Österreich gegenüber dem Ständestaat und dem Abgrenzen gegenüber dem Nationalsozialismus
Foto aus: Gustav Reingrabner/Karl Schwarz (Hg.): Quellentexte zur österreichischen evangelischen Kirchengeschichte zwischen 1918 und 1945 (= JGPrÖ 104+105/1988+1989), Wien 1988/89, S. 839

kation sieht in ihr und dem Konkordat den „Beweis der Abkehr vom Geist des Staatsliberalismus und einer falschen Demokratie und der Rückkehr zu den Grundfesten eines christlichen autoritären Staates. Dollfuß hat Österreich wieder auf alte, durch eineinhalb Jahrtausende erprobte österreichische Straßen zurückgeführt. Es ist also durchaus richtig, wenn von der gegenwärtigen Staatsführung wiederholt betont wurde, der christliche Kurs sei der typisch österreichische Kurs."[149] – Damit ergab sich auch ein Kampf gegen die „Entchristlichung Österreichs, die ihren krassesten Ausdruck in der ‚Los-von-Rom'-Bewegung fand".[150]

Die von Robert Kauer[151] kommentierte Zusammenstellung der „Gegenreformation in Neu-Österreich" – so der Titel des Werkes aus dem Jahre 1936 – gibt einen guten Einblick in die evangelische Gegenposition; Der Begriff „Gegenreformation" stammte allerdings aus dem Sprachgebrauch des Ständestaats selbst.[152] Mit dem Begriff „Gegenreformation" konnte man überdies an Themen des Evangelischen Bundes im Deutschen Reich anschließen, der ebenfalls eine Gegenreformation ortete,[153] und in Österreich einen besonderen Fall der Gegenreformation erblickte, der wiederum den reichsdeutschen Bund für die Interessen des österreichischen Evangelischen Bundes unkritisch empfänglich machte.

Eine dritte Übertrittsbewegung aus den Reihen der Sozialdemokratie

Das Jahr 1934 brachte 25.140 Übertritte; unter ihnen 17.551 bisher konfessionslose Sozialisten, die nach dem missglückten Februarputsch und den konfessionspolitischen Zwangsmaßnahmen der Regierung Dollfuß lieber evangelisch als katho-

149 Hollnsteiner: Kirche Österreichs, 16.
150 Hollnsteiner: Kirche Österreichs, 15.
151 Das Werk erschien unter dem Pseudonym eines Autorenkollektivs („K. Aebi u.a.); es steht jedoch R. Kauer als dessen eigentlicher Verfasser nach den Arbeiten von K. Schwarz fest. Vgl. Reingrabner/Schwarz: Quellentexte, 9.
152 Vgl. u.v.a. K. Schwarz: Politischer Diskurs, 174f.
153 Vgl. Fleischmann-Bisten/Grote: Protestanten auf dem Weg, 108.

lisch wurden. „Diese Sozialisten haben während des Nationalsozialismus der Kirche durchschnittlich besser die Treue gehalten als die aus dem nationalsozialistischen Lager.“[154]

Die konservative katholische Politik des Ständestaates hatte zur Folge, dass viele Menschen, darunter eben auch viele Arbeiter und sozialistisch gesinnte Menschen, als Protest gegen das Regime sich vom Katholizismus abwandten. Die zunehmend betriebene christliche Linie des Ständestaat-Österreich und die Konfessionalisierung staatlicher wie halbstaatlicher Einrichtungen während des Austrofaschismus machten die evangelischen Gemeinden zu Zufluchtsstätten politisch Andersdenkender,[155] ob es sich nun um Sozialdemokraten oder Nationalsozialisten handelte.

Eine vierte Übertrittsbewegung aus den Reihen der Nationalsozialisten

Bereits seit den ersten Tagen des Ständestaates wurde die Evangelische Kirche – und namentlich auch der Evangelische Bund – als staatsgefährdend betrachtet; das hängt sicherlich mit den politischen Affinitäten zusammen, aber auch mit der Kritik am 1934 geschlossenen Konkordat, das Hand in Hand mit dem Bekenntnis zu einer gesamtdeutschen Evangelischen Kirche ging.[156] Immer wieder wurden profilierte Evangelische als „Staatsfeinde“ bezeichnet;[157] das steigerte sich v. a. in den Tagen des Juliputsches 1934. Viele Nationalsozialisten fanden – v. a. nach dem Scheitern des nationalsozialistischem Putsches – in der Evangelischen Kirche eine neue Heimat und sahen in ihr die Möglichkeit, sich weiterhin gesellschaftspolitisch zu betätigen.

Spätestens seit den Tagen der Los-von-Rom-Bewegung ist eine „tiefliegende Konnotation von Protestantismus und Preußen“ (K. Schwarz) feststellbar, die zu einer Affinität zwi-

[154] May: Kirche im Wandel der Gegenwart, 23; vgl. auch Unterköfler: Zwischen zwei Welten, 349.
[155] Vgl. K. Schwarz: Der konfessionelle Übertritt, 252.
[156] Vgl. Chronik z. J. 1933.
[157] Vgl. Chronik z. J. 1933, 1934 u.ö.

schen Deutschnationalen und Evangelischen führte.[158] Vor allem in den Jahren des Ständestaates verband sich diese Position mit einem militanten Antikatholizismus.[159] Hat die ideologische Ausrichtung, die jetzt Einzug hielt, und wie sie auch der Evangelische Bund vertrat, die Evangelische Kirche zwar nicht direkt in die Arme des Nationalsozialismus geführt, so begünstigte sie doch, dass sich die Evangelische Kirche regierungskritisch verhielt, und sogar der Opposition als Sprachrohr diente und sich damit dem Nationalsozialismus annäherte.[160]

Verstand man seitens des Evangelischen Bundes seine nationale Gesinnung erklärterweise nie als politischen Standpunkt, sondern immer als weltanschauliche Grundeinstellung über die Parteigrenzen hinweg,[161] so erfolgte jetzt umgekehrt aufgrund der politischen Konstellation eine massive Politisierung des nationalen Standpunktes. Viele der Nationalen glaubten, ihre nationale Grundposition am ehesten in der Bewegung des Nationalsozialismus politisch realisiert zu sehen.

Die Bewertung der Übertritte

Eine Bewertung der Übertritte v. a. aus den Reihen der Nationalsozialisten muss von der Erkenntnis getragen sein, dass die politische Konstellation bei allem dennoch die religiöse bestimmte.[162]

Der Ständestaat seinerseits bezeichnete den Zustrom in die Evangelische Kirche als das Ergebnis einer „zügellosen

[158] Vgl. K. Schwarz: Wie verzerrt, 2. Als Beispiel führt K. Schwarz (Ebd., 2f.) die konfessionelle Verteilung in Bezug auf die Parteienzugehörigkeit in der zweiten Legislaturperiode (1920–1922) des Österreichischen Nationalrates an: 23 Abgeordnete zum Nationalrat waren evang.; sieben hätten dem Gesamtdurchschnitt entsprochen. Von diesen 23 Abgeordneten waren aber zwölf Deutschnationale; innerhalb ihrer Fraktion machten diese zwölf Evangelischen fast die Hälfte aus, gegenüber 14 katholischen Abgeordneten – nach dem österreichischen Gesamtdurchschnitt hatte es 25:1 statt 14:12 aussehen müssen.
[159] Vgl. K. Schwarz: Wie verzerrt, 12.
[160] Vgl. K. Schwarz: Nazikirche?, 166.
[161] Vgl. z.B. Chronik z. J. 1925.
[162] Zur Bewertung vgl. u.a. K. Schwarz: Politischer Diskurs, 175f.

demagogischen Propaganda" und wollte diese Übertritte unbedingt eindämmen.[163] Manche Pfarrer der Evangelischen Kirche weigerten sich zuzusehen, wie im Zuge der politischen Ereignisse die Kirche als Sammelbecken politisch Unzufriedener ausgenützt wurde. So protestierte 1933/34 der Ramsauer Pfarrer Jakob Ernst Koch gegen den Zustrom. Viele sahen allerdings in den Übertretenden auch „Wahrheitssuchende".[164]

Der Evangelische Bund unterstützte die Übertrittsbewegungen mit verstärkten Anstrengungen.[165] Fritz von der Heydt wandte sich aber noch 1938 (!) stellvertretend für den Evangelischen Bund gegen jede politische Vereinnahmung der Bewegung. „Die Bewegung ist zu keiner Zeit von einer politischen Partei begonnen oder gefördert worden. Auch die NSDAP hat keine Kirchenpolitik getrieben oder die Übertrittsbewegung gefördert. Die evangelische Kirche hat umgekehrt niemals politische Ziele verfolgt."[166] – Auch wenn dies durchaus richtig argumentiert ist, beschönigt es doch den geschichtlichen Werdegang der Bewegung genauso, wie diese Position blind gegen politische und religiöse Vernetzungen war. „Die Übertrittsbewegung des Jahres 1934 bedeutete eine erhebliche Zunahme ‚politisch Mißvergnügter', die das Wort von der ‚Nazi-Kirche' entstehen ließ – und zwar sowohl in dem positiven werbenden, als auch negativ verurteilenden Sinn."[167]

Von offiziellen evangelischen Kirchenvertretern gab es immer wieder Proteste gegen Übertritte aus rein völkischen Gründen. Der letzte diesbezügliche öffentliche Aufruf ist der Neujahrshirtenbrief von Johannes Heinzelmann aus dem Jahre 1938; Heinzelmann war im Jahre 1930 Ehrenmitglied des österreichischen Evangelischen Bundes geworden[168] und nahm immer wieder an den Aktivitäten des Bundes teil.

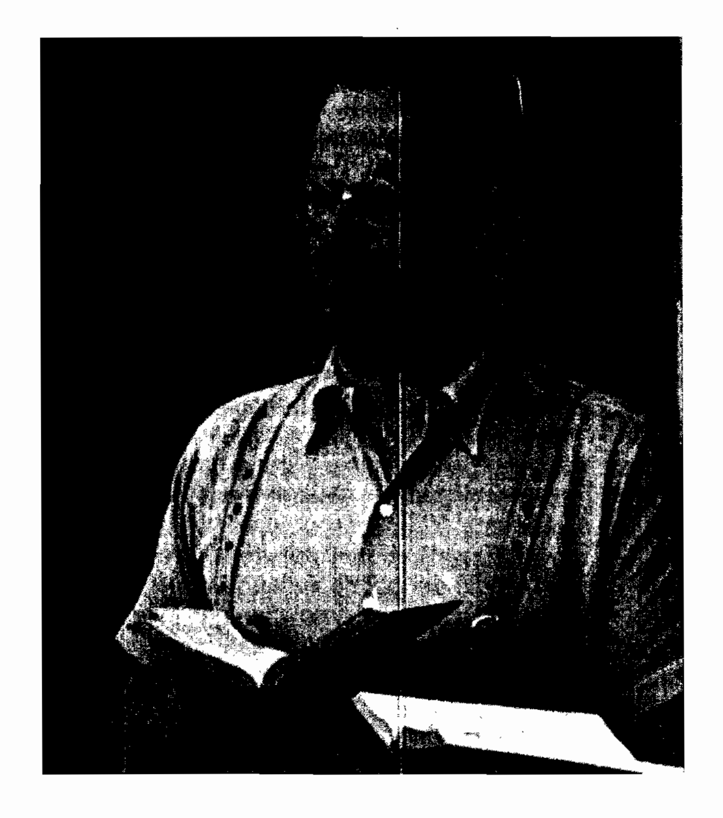
[163] K. Schwarz: Der konfessionelle Übertritt, 118.
[164] Vgl. Gamsjäger: Evang. Kirche, 39.
[165] Vgl. Heinz Dungs: Art. „Wie organisierten wir unsere Hilfsarbeit für die neuaufgebrochene 'Los von Rom-Bewegung'? Referat vor dem rheinischen Hilfsausschuß für Österreich"; in: Vorstandsbl. d. EvB – Beilage: Mitteilungen des Zentralausschusses für Österreich 1/ 1934, 1–8.
[166] von der Heydt: Evangelium in Österreich, 14.
[167] K. Schwarz: Wie verzerrt, 14.
[168] Vgl. Chronik z. J. 1930.

Gerade an seiner Person wird deutlich, dass eine Differenzierung bei der Behandlung der Verhältnisse Not tut und eine nationalsozialistische Etikettierung des Evangelischen Bundes nicht so einfach getroffen werden kann: Noch im Jahre 1936 verabschiedete der Evangelische Bund eine Vertrauenskundgebung für Superintendent Heinzelmann.[169] Das ist deshalb von besonderem Interesse, weil Heinzelmann eine besondere Stellung innerhalb der Evangelischen Kirche innehatte. Während der Oberkirchenrat in Fortführung der Situation vor 1918 eine staatliche Behörde darstellte, sah die 1931 beschlossene, aber staatlicherseits nicht bestätigte Kirchenverfassung das Amt eines Bischofs vor. 1934 war man seitens der Evangelischen Kirche aber so weit, dass man den als staatliche Behörde fungierenden Oberkirchenrat gewissermaßen als „Einfallstor staatspolitischen Dirigismus" (K. Schwarz)[170] empfand. Deshalb wurde der Superintendent der Wiener Diözese – mit Sitz in Villach – zum „Vertrauensmann der Superintendenten" ernannt, wofür die Nachwelt dann die Bezeichnung „Notbischof" aufbrachte.[171]

Aber auch Pfarrer, die durchaus deutschnational dachten, lehnten Übertritte aus rein äußerlichen Gründen ab, wie z.B. Pfarrer Gerhard Fischer. Trotzdem kann nicht übersehen werden, dass bereits seit dem Verbot der Partei 1933 viele Nationalsozialisten zur Evangelischen Kirche stießen. Eine zeitgenössische Publikation drückt das in einen kolportierten Ausspruch über den Gottesdienst aus: „Alles deutsch, alles so ehrlich und klar."[172] Dass die rein äußerliche Motivation zur Evangelischen Kirche weiten Raum gegriffen hatte, zeigt die Austrittsbewegung nach dem Anschluss 1938.

Aber selbst in dieser politisierten Situation bemühten sich – auch durchaus politisch positionierte – Pfarrer und Gemeindeleitungen um eine kirchliche Sozialisierung der Übergetretenen. In Leoben beschäftigte sich Kurator Wilhelm

[169] Vgl. Bericht über die Hauptversammlung 1936 in Klagenfurt; in: D.E.K. 29/1936, 1–3, hier: 3; Chronik z. J. 1936.
[170] K. Schwarz: Kirche zwischen Kruckenkreuz und Hakenkreuz, 110.
[171] Vgl. K. Schwarz: Kirche zwischen Kruckenkreuz und Hakenkreuz, 110, 114 u.ö.
[172] Nach: Florey: Der Kampf in Salzburg; in: Endesfelder: Evang. Pfarrer im völkischen Freiheitskampf, 45–54, hier: 46.



Der spätere Wiener Superintendent Georg Traar war in der Zwischenkriegszeit Jugendpfarrer, Vorsitzender der „Kreuzfahrer" und als langjähriges Vorstandsmitglied des Evangelischen Bundes in Österreich für die Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich *Foto: Archiv EB-Ö*

Dantinesen. mit der Gestaltung von Übertrittsunterricht und -vorträgen, und verwendete dazu u.a. die Übertrittsbroschüre „Evangelisches Christentum" (1935), an der u.a. auch sein Sohn Wilhelm Dantine jun. mitgearbeitet hatte. „Die Broschüre ist nicht zuletzt bemerkenswert, weil sie die politischen Gründe für eine Konversion zum Protestantismus a limine abweist."[173]

Die Bundesarbeit zwischen evangelischer Verkündigung ...

Auf der Hauptversammlung in Leoben 1934 berichtete Othmar Muhr über eine Versammlung in Prag. „Diese Eintrittsbewegung hat den Evang[elischen] Bund – Berlin veranlasst, ihr besonderes Augenmerk zu widmen. Zur persönlichen Berichterstattung wurden [Hans] Koch, Traar, Florey, Fleischmann (war verhindert), Frais [recte: Fraiß], Dr. Steinbrecher und Muhr am 6. April [1934] nach Prag berufen, wo im Sitzungszimmer der evang[elischen] Gemeinde mit Bundesdirektor D. Fahrenhorst, Lic. von der Heydt und D. Hochstetter eine 3-stündige Beratung stattfand. 4 Übertritsausschüsse wurden ins Leben gerufen: Für Wien, N.Ö., Burgenland: Pf. Traar und Dr. Steinbrecher, für Steiermark: Frais [recte: Fraiß], für Kärnten: Fölsche, für O.Ö., Salzburg, Tirol: Florey. Die Aussprache hat die Bereitschaft des Bundes ergeben, die Zahl der Vikare zu vermehren, Religionslehrer und Gemeindeschwestern anzustellen."[174]

Die Satzungen, im April 1933 durch die Behörden nicht untersagt,[175] setzten die Eingliederung des österreichischen Hauptvereines als Glied des „Evangelischen Bundes zur Wahrung deutsch-protestantischer Interessen", der seinen Sitz jetzt in Berlin hatte, vollständig um. Das ergab eine Erweiterung

[173] K. Schwarz: Nazikirche?, 170.
[174] O. Muhr: Bericht des Vorsitzenden des österreichischen Hauptvereines des EB an die o. Hauptversammlung zu Leoben 1934, 6; in: Archiv/EB-Ö: Fasc. Verschiedenes 1918–1938.
[175] Nach österreichischem Vereinsrecht wurden (und werden) Vereine nicht genehmigt, sondern erhalten ihre Rechtsform durch deren Konstituierung. Die Behörde, der die Satzungen wie die Proponentenliste allerdings vorgelegt werden muss, hat jedoch das Recht auf Untersagung einer Vereinsgründung bzw. Satzungsänderung.

der Bundesarbeit: „Zu den alten Aufgaben der Wahrung deutsch-protestantischer Interessen in Österreich gesellte sich die neue, das Arbeitsprogramm des Evangelischen Bundes (Wartburgprogramm) nach den Weisungen des Zentralvorstandes auch in Österreich zu verwirklichen."[176] – Der „Zweck des Vereines" (2. Satz) war auch 1933 seit der ersten Satzung des Jahres 1903 wortwörtlich gleich geblieben, und auch die „Mittel zur Erreichung des Vereinszweckes" (3. Satz) entsprachen im Wesentlichen denen der ersten Satzung.

„Was will der Evangelische Bund?", fragt nun ein Flugblatt wohl aus dem Jahr 1933 oder 1934. „Der Evangelische Bund will das Erbe der Reformation gegenüber den Gefahren und Gegnern, die es von außen und innen bedrohen, dem deutschen Volke wahren und mehren. Der Evangelische Bund will also durch ‚sittlich-religiöse Kräfte überall den das deutsche Volkstum zersetzenden Mächten entgegentreten', und erstrebt ‚die Erhaltung der sittlichen Lebenswerte in Ehe und Familie, Arbeit und Beruf'. Er hält sich dem politischen Getriebe fern, pflegt aber ‚staatsbürgerliches Verantwortungsgefühl' und die Liebe zur deutschen Heimat. Auf diesen Gebieten des sittlichen und nationalen Lebens erstrebt er ein friedliches Einvernehmen und Zusammenarbeiten der evangelischen und katholischen Volksgenossen. Er will keine Störung des konfessionellen Friedens [...]."[177]

Im langjährigen Arbeitsgebiet des Evangelischen Bundes gab es durch die Änderung der gesellschaftspolitischen Lage in Österreich, aber möglicherweise auch durch die Rezeption des Wartburgprogramms und bessere Einsicht auch eine Änderung. Im Wartburgprogramm heißt es: „Wir bekämpfen die Kirchenaustrittsbewegung [...]. Wir unterstützen alle Bestrebungen, die dem evangelischen Christentum und der evangelischen Kirche Entfremdeten wiederzugewinnen."[178] Die Betreuung der Übertrittswilligen bzw. Übergetretenen ging dabei in den bekannten Bahnen weiter. Das Flugblatt „Strich drunter" von Otto Beck wurde 1934 mit der beachtlichen Auflage von 8.000 Stück verteilt, Pfarrer Gerhard Fischer gründete das Zwei-Groschen-Blatt „Der Protestant", das allerdings ab 1935 – nach dem Februarputsch – nach staatlicher Untersagung nur mehr als fallweises Flugblatt unter verschiedenen Verfassern weiter bestehen konnte.[179] Die mediale Arbeit, die zunehmend eine (partei-)politische Dimension bekam, wurde aber durch staatliche Maßnahmen immer mehr erschwert.[180]

Beim Flugblatt „Strich drunter – und neu beginnen!" geht es nicht um einen Kirchenaustritt, sondern um die Gewinnung einer evangelischen Überzeugung. „Es wird jedem ohneweiters klar sein, daß man mit dem rechtlich vollzogenen Eintritt in die evangelische Kirche noch lange kein evangelischer Christ im vollen Sinne des Wortes ist. Aber werden kannst und sollst Du es von Tag zu Tag mehr."[181] Und dann erfolgt eine liebevolle Beschreibung des religiösen Lebens der evangelischen Kirche ohne jegliche politische Aussage. Ganz im Gegenteil distanziert man sich von parteipolitischen Fragen, um dann doch auf die Frage des Volkstums zu kommen: „Unsere evangelische Kirche in Österreich hat niemals gestattet, daß das Gotteshaus zum Ort der Austragung politischer Kämpfe und Leidenschaften werde; parteipolitische Betätigung in Predigt und Unterricht ist ihren Amtsträgern darum grundsätzlich fremd. Sie will aber eine Volkskirche sein und nimmt eben darum an den großen, das ganze Volk bewegenden Fragen – beratend, fördernd, warnend, – lebendigen Anteil. Ebenso klar und eindeutig ist ihre Stellung zum Volkstum. Sie duldet keine Vergötterung von Blut und Rasse, aber sie betrachtet das Volkstum [...] als ein uns von Gott anvertrautes Gut, ja

[176] Hauptverein des EB-Ö, Wie es zur Gründung des Evangelischen Bundes kam, [1]; Flugblatt im Archiv/EB-Ö: Fasc. 1933–1938. Zum Wartburgprogramm vgl. Fleischmann-Bisten/Grote: Protestanten auf dem Weg, 99ff.

[177] Hauptverein des EB-Ö, Wie es zur Gründung des Evangelischen Bundes kam, [1f.]; Flugblatt im Archiv/EB-Ö: Fasc. 1933–1938; alle zitierten Stellen in dieser Stelle des Flugblatts beziehen sich – allerdings nicht immer wortwörtlich – auf das Wartburgprogramm des EB (1921).

[178] Zit. nach: G. Arndt: EB, 15.

[179] Vgl. Chronik z. J. 1934.

[180] Die Chronik z. J. 1935 berichtet von einer 14-tägigen Haft für Pfr. Ludwig Mahnert wegen eines Aufsatzes im Innsbrucker Gemeindeblatt, außerdem das Verbot des Säemanns in den ersten drei Monaten des Jahres 1935, wobei dann eine verstärkte Vorlagepflicht weiter bestand.

[181] [O. Beck]: Strich drunter – und neu beginnen!, [1]; Flugblatt im Archiv/EB-Ö: Fasc. 1933–1938.

als das höchste irdische Gut, das zu pflegen Christenpflicht ist."[182]

Man erkannte sehr genau die Notwendigkeit der durch die Eintritte notwendig gewordenen Bauarbeiten und den Bedarf an Vikaren zur kirchlichen Betreuung und Sozialisierung der Neuprotestanten.[183] Othmar Muhr gab bei seinem Bericht auf der 40. Generalversammlung des Evangelischen Bundes in Frankfurt a. M. 1937 bedrückende Einblicke in die Situation der Kirche, nicht nur, was die Unterdrückung durch die staatlichen Behörden betrifft, sondern auch den Alltag der Arbeit. Muhr betreute eine Wiener Großstadtgemeinde von 16.000 Gliedern nur mit Hilfe zweier Vikare und einer Gemeindeschwester; zu seiner Arbeit gehörte selbstverständlich aber auch der Religionsunterricht. „Für die Größe der Kirchennot zwei [weitere] Beispiele: Die Wiener evangelische Gemeinde im 3. Bezirk zählt 12.000 Seelen und vermag diese nur in einen Betsaal einzuladen, der 100 Sitzplätze aufweist; die Wiener evangelische Gemeinde im 10. Bezirk hat sich in den letzten drei Jahren durch Eintritte verdoppelt, zählt 10.000 Seelen und verfügt nur über ein Friedhofskirchlein von 300 Menschen Fassungsraum."[184]

Diesen Missständen versuchte man ab 1937 durch Gründung von „Evangelischen Volksheimen" unter der Verantwortung der verschiedenen Ortsgruppen zu begegnen;[185] im November 1937 bestanden immerhin in Wien 16 solcher Einrichtungen als Tagesheimstätte, für Ausspeisung oder als Raum für Vorträge und Versammlungen. Mit der Inneren Mission wurden Grundsätze für die Arbeit in den Volksheimen aufgestellt.[186]

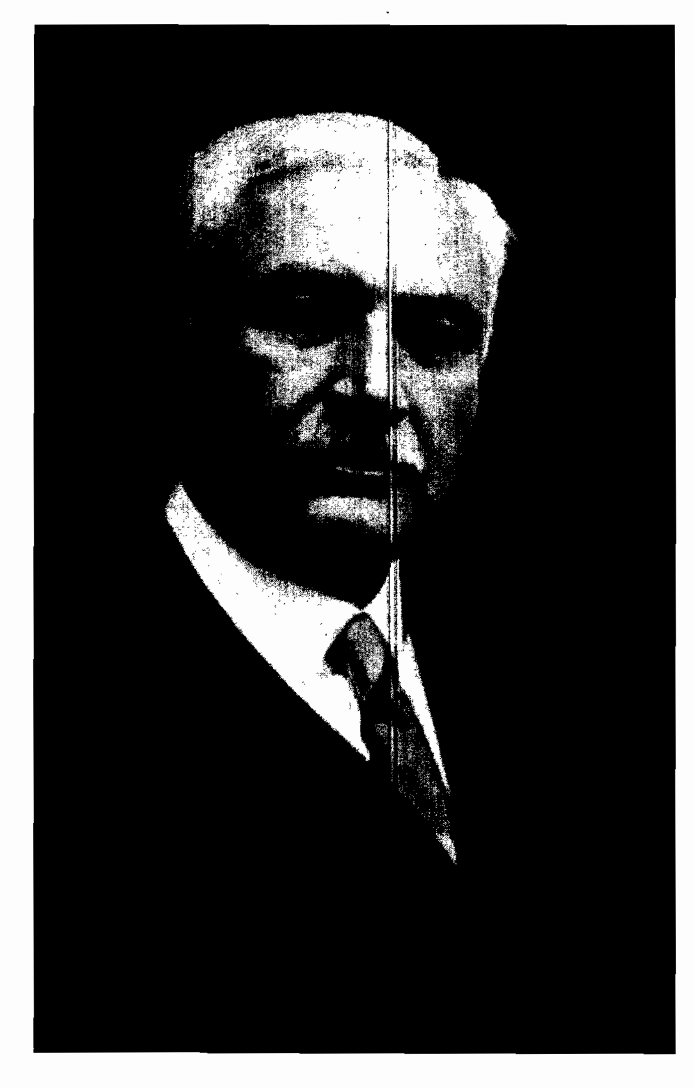
[182] [O. Beck]: Strich drunter – und neu beginnen!, [2]; Flugblatt im Archiv d. EB-Ö: Fasc. 1933–1938.
[183] Vgl. Chronik z. J. 1934.
[184] Muhr: Luthers Werk, 15f., hier: 16.
[185] Vgl. Sitzung der Hauptleitung am 6. Dez. 1937 (Protokoll); in: Archiv/EB-Ö: Fasc. Hauptleitung 1937.
[186] Vgl. Schreiben der Hauptleitung des EB-Ö an die Evang. Pfarrämter, Presbyterien und OG [= Ortsgruppen] des EB v. 20. Nov. 1937, beiliegend die „Grundsätze für die Führung der Volksheime des Evangelischen Bundes"; beides in: Archiv/EB-Ö: Fasc. Hauptleitung 1937 (Beil. z. Sitzung v. 24. Okt. 1937); vgl. auch die „Heim-Besuchsordnung" sowie die „Richtlinien für Heimwarte" in: Archiv/EB-Ö: Fasc. Hauptleitung 1938.

Seitens des Gesamtbundes wurden 1934 auch neue Vikarsgehälter genehmigt.[187] Als ein Beispiel dafür sei Gumpendorf, eine Wiener Gemeinde, genannt, wo Othmar Muhr Pfarrer war. Hier bedurfte es aufgrund der vielen Eintritte eines weiteren Hauptamtlichen, und die gesamte Jugendarbeit wurde neu strukturiert: „Die [...] Seelenzahl der Gemeinde (ist) auf fast 17.000 gestiegen und legt uns die ernste Verantwortung ausgiebiger Seelsorge auf. Mit Hilfe des Evangelischen Bundes soll ein zweiter Vikar berufen werden. Im Oktober und November wird eine Reihe von Vorträgen gehalten werden. [...] Die Arbeit an der Jugend geschieht in folgender Ordnung: Kinderkreis (Buben und Mädel bis 10 Jahre) [...] Knabenkreis (Buben bis 14 Jahre) [...] Mädelkreis (Mädel bis 14 Jahre) [...] Jungmädchenkreis (konfirmierte) [...] Jungmannenbund (konfirmierte) [...] Die Bibelstunde [...]."[188]

Wie groß das Interesse an der Evangelischen Kirche war, konnte man auch an der großen Lutherfeier der Wiener Evangelischen in der Gumpendorfer Kirche erkennen. Die Festrede hielt Oberkirchenrat Senior D. Erich Stökl. Die Feier musste mittels Lautsprecher auf den Platz vor der Kirche übertragen werden. Außerdem erfolgte auch eine Radioübertragung.[189] Dennoch musste aus verschiedenen Gründen – der politischen Lage in Österreich sowie der Finanzlage bei der Zentrale des Evangelischen Bundes in Berlin – die Vortragstätigkeit in den nächsten Jahren weitgehend eingestellt werden. Erst knapp vor dem Krieg lief sie wieder an, wobei die Themen hauptsächlich um das Verhältnis zwischen Kirche bzw. Religion und Staat sowie um die einheimische evangelische Kirchengeschichte kreisten.

Bei aller politischen Schlagseite der Vertreter (auch) des Evangelischen Bundes ist es bei der Durchsicht der verschiedenen Broschüren und Redekonzepte doch auffällig, wie wenig Tagespolitisches sich in ihnen findet. Im ersten Artikel – „Der Reichtum der evangelischen Kirche" – der ersten Nummer des „Protestanten" vom 14. April 1934, der vom na-

[187] Vgl. Chronik z. J. 1934.
[188] Der Gemeindebote Sept. 1934, 68; zit. nach: Nitsche: Kirchengeschichte im Spiegel der Presse, 34; andere Beispiele vgl. ebd. 33ff.
[189] Vgl. Chronik z. J. 1933.



Pfarrer Ludwig Mahnert war einer der profiliertesten Vertreter einer pro-nationalsozialistischen Positionierung des Evangelischen Bundes in Österreich im Gegenüber zum katholischen Ständestaat
Foto aus: Walter Endesfelder (Hg.): Evangelische Pfarrer im völkischen Freiheitskampf, Berlin 1939, vor S. 33

tionalsozialistischen Pfarrer Gerhard Fischer aus dem oberösterreichischen Thening sicherlich mit großer Sympathie seitens des Evangelischen Bundes herausgegeben wurde, finden sich als ein „Gruß an die Neueintretenden" keinerlei politische Anspielungen. Ganz in diesem Sinne sprach auch der Vorsitzende Othmar Muhr bei seinem Jahresbericht; er sprach sogar von „Missionsaufgabe".[190] Aber auf der gleichen Hauptversammlung musste Johannes Heinzelmann analysieren, dass die Evangelische Kirche in Österreich „mit 1934 [...] in eine neue Epoche eingetreten [ist], in die des Kampfes um die [1861 durch das Protestantenpatent] errungene Gleichberechtigung. [...] Die Lage der Kirche ist dadurch gekennzeichnet, dass alles im Werden begriffen ist und wir nichts Fertiges haben, die neue Kirchenverfassung ist noch nicht in Kraft getreten, das neue Protestantengesetz ist noch nicht vorhanden. Es wird darauf ankommen, wie weit die Gleichberechtigung von 1861 heute noch gilt."[191]

... und im Schatten der Geschehnisse

Das, was Superintendent Heinzelmann – nicht nur – auf der Hauptversammlung des österreichischen Evangelischen Bundes 1936 ansprach, bewirkte eine – gelinde gesagt – ambivalente Position vieler Evangelischer gegenüber dem Staat. Zunehmend wird die Frage virulent, wie angesichts der Schwierigkeiten mit dem Ständestaat das Verhältnis zum nationalsozialistischen Deutschland zu bewerten ist. Als durch den Evangelischen Bund für den November 1936 ein großer „Protestantentag" in Leoben geplant wurde, artikulierte der Ramsauer Pfarrer Jakob Ernst Koch seine Bedenken, dass „versteckte oder gehässige Ausfälle gegen die Regierung und Vaterl[ändische] Front gemacht werden". Othmar Muhr merkte aber dazu direkt auf dem Brief an: „Kein Mensch denkt

[190] Vgl. den „Jahresbericht des Vorsitzenden an die 31. Hauptversammlung am Sonntag, dem 28. Juni 1936 in der evang. Kirche zu Klagenfurt"; in: Archiv/EB-Ö: Fasc. 31. o. Hauptversammlung. Zit. ebd., 4.
[191] Zit. nach: Bericht über die 31. o. Hauptversammlung in Klagenfurt, 2; in: Archiv/EB-Ö: Fasc. 31. o. Hauptversammlung.

daran!" – Immerhin wird in Österreich die Verteilung der „Wartburg" zwischen Februar 1936 und August 1937 behördlich untersagt.[192]

Es ist kein Zufall, dass sich in den evangelischen Medien Österreichs – auch denen des Evangelischen Bundes – kaum eine Berichterstattung über den brandenden Kirchenkampf im Deutschen Reich findet,[193] während interessanterweise die offiziöse österreichische Presse, z.B. die „Reichspost", immer wieder Berichte darüber brachte; eine Ausnahme stellte der von Friedrich Ulrich herausgegebene „Säemann" dar, der allerdings in einer ideologischen Nähe zum Evangelischen Bund stand.[194] Auch eine Auseinandersetzung über die religiöse Gedankenwelt Alfred Rosenbergs, wie er sie in seinem 1930 erstmals erschienenen „Mythus des 20. Jahrhunderts" niedergelegt hatte, die auch den (reichsdeutschen) Evangelischen Bund „zu einer Antwort fordert",[195] wie sie dann in Fritz von der Heydts „Die Kirche Luthers zwischen Rom und Mythus" – 1939 bereits in 3. Auflage erschienen – gibt, findet sich nur am Rande.

In dieser „Neutralität" kann man durchaus auch ein Spiegelbild der Position des (reichsdeutschen) Evangelischen Bundes erkennen. Ganz im Sinne seines Grundsatzes „Sammeln und nicht zerstreuen" aus dem Wartburgprogramm versuchte man sich zunächst, trotz klarer Sympathien für die Deutschen Christen, neutral zu verhalten. Nachdem man seitens des Evangelischen Bundes sich inhaltlich dennoch dieser Position auch offiziell annäherte, und daraufhin zahlreiche Proteste erfolgten, nahm man dann endgültig unter der Präsidentschaft Heinrich Bornkamms – ab 1935 – eine kritische Haltung ein.[196]

Inhaltlich entfernte sich damit der österreichische Hauptverein von der Situation der reichsdeutschen Hauptvereine, die zunehmend unter den Erfahrungen mit dem National-

[192] Vgl. Fleischmann-Bisten/Grote: Protestanten auf dem Weg, 153.
[193] Vgl. Nitsche: Kirchengeschichte im Spiegel der Presse, 51ff.; Stoffers: Lichter der Heimat, 26f.
[194] Vgl. Dantine: Der Säemann, 14ff.
[195] EB – Reichsgeschäftsstelle, Schreiben Anfang März 1938; in: Archiv/EB-Ö: Fasc. 1933–1938.
[196] Vgl. Fleischmann-Bisten/Grote: Protestanten auf dem Weg, 126ff. u. 141ff.

sozialismus auf Distanz zu diesem gingen.[197] Von den zwei Hauptstoßrichtungen des Evangelischen Bundes dieser Zeit – gegen Katholizismus und das gottgläubige Neuheidentum – erkannte man in der reichsdeutschen Situation die Herausforderung zunehmend nur mehr im Neuheidentum;[198] eine Herausforderung, die in Österreich ab 1933 nahezu als irrelevant eingestuft und auch gar nicht erkannt wurde. In Österreich verblieb man in erster Linie bei der alten Frontstellung gegen den Katholizismus, die die Vertreter des österreichischen Evangelischen Bund blind machte gegenüber den Fragen rund um das nationalsozialistische Neuheidentum.

Bereits 1933 formierte sich auch in Österreich eine Gruppe Deutscher Christen; ihre Richtlinien waren den reichsdeutschen ähnlich und wurden unter Federführung des Salzburger Pfarrers Gerhard Florey erarbeitet;[199] wichtige Träger waren überdies Hugo Fleischmann, der sich als Gefangenenseelsorger v.a. der inhaftierten Nationalsozialisten hervortat,[200] und Pfr. (Ernst) Gottfried Meyer. Es formierte sich in Österreich aber auch eine Gegenbewegung, ähnlich der Bekennenden Kirche; in Österreich erhielt sie die Bezeichnung „Jungreformatorische Bewegung". Ihr führender Vertreter war Jakob Ernst Koch, Pfarrer und Senior in der Ramsau. Die Jungreformatorische Bewegung löste sich aber 1935/36 – ähnlich wie ihre Gegengruppierung – selbst auf.[201]

Im Neujahrshirtenbrief 1934 des Vertrauensmannes der Evangelischen Kirche, Heinzelmann, warnte dieser vor der Bildung von Parteiungen (Glaubensbewegung „Deutsche Christen", Jungreformatorische Bewegung) und der Teilhabe am deutschen Kirchenkampf.[202] Es war Heinzelmann umgekehrt um ein einigermaßen geregeltes Zusammenleben mit dem Ständestaat zu tun. Als es um den Beitritt der evangelischen

[197] Vgl. Fleischmann-Bisten/Grote: Protestanten auf dem Weg, 146f.
[198] Vgl. Fleischmann-Bisten/Grote: Protestanten auf dem Weg, 150f.
[199] Die entsprechenden Quellen in: Reingrabner/Schwarz: Quellentexte, Nr. 20–26: 95–114 (für die DC) und Nr. 31 u. 43: 121–126 u. 151–153 (für die Jungref. Bewegung).
[200] Vgl. Fleischmann: Seelsorge bei den „Garstenern"; in: Endesfelder: Evang. Pfarrer im völkischen Freiheitskampf, 59–70.
[201] Vgl. Achs: Evang. Kirche, 101ff.
[202] Vgl. K. Schwarz: Kirche zwischen Kruckenkreuz und Hakenkreuz, 111.

Pfarrerschaft zur Vaterländischen Front ging, bemühte er sich in Unterhandlungen u. a. mit Oberst Walter Adam um erträgliche Beitrittsbedingungen. Bedenken wegen einer Unvereinbarkeit einer Mitgliedschaft bei der Vaterländischen Front und dem evangelischen Bekenntnis wurden auch als Ergebnis einer Konferenz der kirchentragenden Instanzen, zu der auch der Vorsitzende des Evangelischen Bundes eingeladen war, vorgebracht.[203] Als schließlich dennoch ein Ergebnis erreicht war und rund drei Viertel der Pfarrer der Vaterländischen Front beitraten, war Heinzelmann nicht unter ihnen.[204] Er nahm eine Mittelstellung zwischen den bekennenden Nationalsozialisten und den erklärten Befürwortern des Ständestaats innerhalb der evangelischen Pfarrerschaft Österreichs ein.

Vor allem für die Jahre nach 1936 ist durch die äußeren Geschehnisse eine Politisierung auch innerhalb der Bundesarbeit unverkennbar. Man stand zunehmend in der sehr schwierigen Situation, dass das offizielle Österreich die Evangelischen unterdrückte, und das Deutsche Reich, dem man sich national verbunden fühlte, zunehmend im Zuge des Nationalsozialismus kirchenkritischer wurde. Manche der österreichischen Pfarrer – wie Ernst Jakob Koch – entschieden sich für eine Zusammenarbeit mit dem Ständestaat, viele jedoch – unter ihnen auch führende Vertreter des Evangelischen Bundes – wähnten die Lösung im Anschluss an das Deutsche Reich in der euphorische Hoffnung, dass der Protestantismus in Deutschland gewissermaßen Nationalreligion sei, und dass es deshalb möglich sei bzw. sein müsse, das evangelische Christentum in irgendeiner Weise mit den Religionsvorstellungen des Nationalsozialismus, denen man sich nicht unbedingt verbunden fühlte, zumindest in einem Nebeneinander zu verbinden.[205]

[203] Vgl. K. Schwarz: Kirche zwischen Kruckenkreuz und Hakenkreuz, 116.
[204] Vgl. K. Schwarz: Kirche zwischen Kruckenkreuz und Hakenkreuz, 113.
[205] Vgl. z.B. Emmerich Lindeck, der von Prof. Hoffmann „der Bekenntniskirche zu nahe stehend" eingeschätzt wurde (So im Protokoll der Sitzung der Hauptleitung am 20. Sept. 1938; in: Archiv/EB-Ö: Fasc. Hauptleitung 1938), bei seinem Vortrag über „Deutsche Art und christlicher Glaube" auf der 32. o. Hauptversammlung des Evangelischen Bundes 1937 in Bernstein. In: Wiener Neueste Nachrichten v. 30. Okt. 1937; vgl. ebenfalls Bericht über die 32. o. Hauptversammlung zu Bernstein im Burgenland, 3; in: Archiv/EB-Ö: Fasc. 32. o. Hauptversammlung.

1938 – wenige Tage nach dem Anschluss – glaubte man seitens der Hauptleitung des Evangelischen Bundes, dass man dem Protestantismus im Deutschen Reich damit „dienen" könne, „indem wir vielleicht dazu helfen, die Frontenbildung im Kirchenstreit aufzulockern".[206]

Der Evangelische Bund und die Evangelische Kirche

Beim Evangelischen Bund fanden sich zahlreiche Personen, die bestimmend für die evangelische Kultur der Zwischenkriegszeit waren. Nur ein paar Namen seien partes pro toto genannt. Othmar Muhr, der Vorsitzende des Evangelischen Bundes in den Jahren 1934 bis 1956, hatte als Konsenior der Wiener Pfarrgemeinde A.B. und ab 1939 als Wiener Senior – nach der damaligen Kirchenverfassung einem heutigen Superintendenten vergleichbar – eine durchaus anerkannte Position in der Kirche inne. Seine Stellung in der Kirche wurde neben seinem Vorsitzendenamt des Evangelischen Bundes und des Konsenioratsamtes noch dadurch unterstrichen, dass er als Synodaler an entscheidenden Weichenstellungen wie bspw. dem Beschluss der Kirchenverfassung von 1931 teilnahm.[207]

Langjähriges Vorstandsmitglied des Bundes war der Währinger Pfarrer Egon Hajek, der nicht nur Mittelpunkt eines beachtlichen Literaturkreises war, sondern zu den führenden Kirchenmusikern seiner Zeit gehörte.[208] Neben Univ.-Prof. Hoffmann war der Evangelische Bund noch mit einem anderen Wissenschafter besonderen Formats verbunden: mit Hans Koch, der Professor an Fakultäten dreier Fachrichtungen war. Er war allerdings 1934 nur kurz im Vereinsvorstand, weil dann seine Berufung nach Königsberg erfolgte. Er war auch an der Gründung des Pressverbandes rege beteiligt. Als es 1933 um die Eingliederung der österreichischen

[206] Sitzung d. Hauptleitung am 28. März 1938 (Protokoll); in: Archiv/EB-Ö: Fasc. Hauptleitung 1938.
[207] Zu Muhr vgl. u.v.a. Reingrabner: Othmar Muhr, in: Eine Wolke von Zeugen – Glaube und Heimat 1995, 42–45.
[208] Vgl. Reuter: Kirchenmusik in Österreich; Unterköfler: Zwischen zwei Welten.



Die Evangelische Akademikergemeinschaft unter ihrem Meinungsführer Robert Kauer sen. war eine nationalsozialistische Vorfeldorganisation innerhalb der Evangelischen Kirche in der Zeit des Ständestaates
Foto aus: Walter Endesfelder (Hg.): Evangelische Pfarrer im völkischen Freiheitskampf, Berlin 1939, nach S. 32

Evangelischen Kirche in die deutsche ging und der Oberkirchenrat wenig Aktivitäten zeigte, wurde er von informellen Leitungspersönlichkeiten der Kirche, die zumeist allesamt wie bspw. Paul Spanuth in Leoben dem Evangelischen Bund angehörten, „als Verbindungsoffizier der österreichischen Kirche" zu Landesbischof Konrad Meiser nach München gesandt.[209] Hans Koch ist eine der schillerndsten Persönlichkeiten der evangelischen Kirchengeschichte Österreichs im 20. Jahrhundert.[210]

Eine andere bedeutende Persönlichkeit war der langjährige Schriftführer des Evangelischen Bundes, Georg Traar. Seit 1923 war er in der Jugendarbeit tätig und wurde Vorsitzender der „Kreuzfahrer", des österreichischen Zweiges des „Bibelkreises" (und des der Deutschen Jugoslawiens) und schließlich 1929 Jugendpfarrer. Nach dem Krieg wurde Traar schließlich – gewissermaßen als Nachfolger Muhrs – Wiener Superintendent. Obwohl er dem Vorstand des Evangelischen Bundes angehörte, „stand (er) 1938 der Bekennenden Kirche nahe".[211]

Als sich die Deutschen Christen in Österreich Ende 1934 auflösten, wurden ihre Vertreter in anderen Vereinen tätig und verbreiteten dort ihr Gedankengut; dazu muss auch der Evangelische Bund gezählt werden. Gerhard Florey war ab 1936 im Vorstand des Evangelischen Bundes. 1936 bekam er wie Ernst Gottfried Meyer die goldene Luthermedaille des Evangelischen Bundes.

Ein besonderes Augenmerk galt der Akademikerschaft. 1935 wurde eine „Evangelische Akademikergemeinschaft (E.A.G.)" als „Hilfsorgan"[212] des Vorstandes gegründet. Das Gründungsdatum ist mit seiner Nähe zum nationalsozialistischen Putschversuch sicherlich nicht zufällig, ebenso wie die Bemerkung, dass „rechtskundige Mitglieder besonders wert-

[209] Schreiben P. Spanuth an H. Koch v. 6. Juli 1933; zit. nach: Begusch: Von der Toleranz zur Ökumene, 530.
[210] Zu Koch vgl. K. Schwarz: Hans Koch.
[211] Zu Traar vgl. u.v.a. Reingrabner: Georg Traar, in: Eine Wolke von Zeugen – Glaube und Heimat 1991, 43–46, hier: 46.
[212] So das Rundschreiben des EB-Ö vom 6. Mai 1935 über die Gründung der EAG; in: Reingrabner/Schwarz: Quellentexte, Nr. 62: 193–195, hier: 193.

voll" sind.[213] Bald wurden die Ziele und Interessen aber allgemeiner. Die Arbeit hatte gewissermaßen den Charakter einer evangelischen Rechtshilfe.

Vorsitzender der Evangelischen Akademikergemeinschaft war der Mediziner Univ.-Prof. Dr. Franz Hamburger. Aktiv war neben Univ.-Prof. Richard Hoffmann außerdem Robert Kauer, der nach 1938 interimsmäßig die Geschäfte des Präsidenten des Oberkirchenrates wahrnahm. Robert Kauer nahm ab Mitte der Dreißigerjahre regelmäßig an den Sitzungen des Vorstandes des Evangelischen Bundes teil. Überdies suchte man Kontakte zu führenden Persönlichkeiten, zu denen Sektionschef Dr. Robert Kerber gehörte, der – obzwar evangelisch – als Christlichsozialer zwischen März 1933 und Juli 1934 Bundesminister unter Dollfuß und Schuschnigg war.[214]

Zunehmend wurde aus der Evangelischen Akademikergemeinschaft ein intellektueller Kreis, der sich im Hintergrund zukunftsweisende Gedanken über die Evangelische Kirche unter dem Nationalsozialismus machte. Führender Kopf dabei scheint Robert Kauer gewesen zu sein. Nicht unwesentlich unter dem Einfluss der Evangelischen Akademikergemeinschaft[215] plante man seitens des Evangelischen Bundes für November 1936 einen „Protestantentag" in Leoben, der aber aus politischen Gründen abgesagt wurde.[216] Der dann in weiterer Folge 1937 mit sehr starker Beteiligung in Graz unter der Leitung von Pfarrer D. Friedrich Ulrich und dem Grazer Kurator Dr. Fritz Meldt abgehaltene sog. „Gemeindetag" brachte die Wünsche der deutschlandorientierten evangelischen Kreise unverhohlen zum Ausdruck.[217]

Es war auch die Evangelische Akademikergemeinschaft unter Mitarbeit Univ.-Prof. Richard Hoffmanns, eines langjährigen Vorstandsmitgliedes des Evangelischen Bundes, die eine theologische Grundlegung zur „Kirchenerneuerung" – so im Originaltitel des Dokuments – mit deutschchristlich-häretischen Inhalten,[218] wie sie sich auch bei den Deutschen Christen findet, erarbeitete.

Auch auf einer „Evangelischen Pfarrer- und Juristenbesprechung" im Jänner 1937 in Salzburg fasste man zukunftsorientierte Pläne für die Weiterentwicklung der Evangelischen Kirche.[219] Dieses Vorhaben richtet sich offenbar nicht nur gegen den Oberkirchenrat, sondern auch gegen den Vertrauensmann der Superintendenten, Johannes Heinzelmann. Ist es vermessen, in dem Gedanken, „auf anderen Wegen" zu gehen, den innerkirchlichen Umschwung des Jahres 1938 vorgeprägt zu sehen, als der – allerdings bereits 70 Jahre alte – Präsident des Oberkirchenrates, Dr. Capesius, zurücktreten (bzw. seine Ruhestandsversetzung einreichen) musste, und damit den Platz für Dr. Robert Kauer frei machte?

Immunschwäche gegenüber dem Nationalsozialismus

Zwei Entwicklungen sind von Bedeutung: Hatte es in der Monarchie eine agitatorische Parallelstellung zwischen der alldeutschen Propaganda und der Evangelischen Bewegung ge-

[213] So das Rundschreiben des EB-Ö vom 6. Mai 1935 über die Gründung der EAG; in: Reingrabner/Schwarz: Quellentexte, Nr. 62: 193–195, hier: 193. Zur politischen Ausrichtung der EAG vgl. Schwarz: „Fall Reisner".

[214] Ab 11. 3. 1933: Bundesminister für soziale Verwaltung (in der Regierung Dollfuß I); ab 23. 9. 1933 mit der sachlichen Leitung der Angelegenheiten der inneren Verwaltung (also gewissermaßen Innenminister) und ab 1. 5. 1934 bis 10. 7. 1934 der administrativen Angelegenheiten des Bundesamts für Statistik (in der Regierung Dollfuß II – Schuschnigg I) betraut. Nach: http://www.aeiou.at/aeiou.encyclop.b/b913664.htm; Abfr. v. 24. Juli 2002. Er wirkte z.B. bei der Evang. Genossenschaft, die 1935 von Othmar Muhr initiiert worden war, mit. Vgl. Reingrabner/Schwarz: Quellentexte, Nr. 65: 208–211.

[215] Vgl. Schreiben Fr. Hamburger an O. Muhr v. 9. Juli 1936; in: Archiv/EB-Ö: Fasc. Protestantentag in Leoben, Gemeindetag in Graz.

[216] Vgl. Schreiben O. Muhr an Sup. J. Heinzelmann, Senior P. Spanuth und Pfr. Fr. Ulrich v. 11. Sept. 1936; in: Archiv/EB-Ö: Fasc. Protestantentag in Leoben, Gemeindetag in Graz.

[217] Vgl. u.v.a. Art. „Evangelischer Gemeindetag in Graz"; in: Mitteilungen aus dem Leben der evangelischen Gemeinden im Lande Salzburg 7+8/1937, [3]; zusammenfassend Begusch: Von der Toleranz zur Ökumene, 543f.

[218] Die „Gedanken zu den Besprechungen betreffend die Kirchenerneuerung, verfasst von Mitgliedern der Akademikergemeinschaft im Evangelischen Bund für Österreich" [= Univ.-Prof. Dr. Franz Hamburger, Univ.-Prof. Dr. Richard Hoffmann] in: Reingrabner/Schwarz: Quellentexte, Nr. 63: 195–200.

[219] Vgl. Evangelische Pfarrer- und Juristenbesprechung 3. Jänner 1937–Protokoll; in: Reingrabner/Schwarz: Quellentexte, Nr. 94: 269–271.

geben, so zerbrach diese in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. In der Zeit des Ständestaates nun ergab sich eine gewissermaßen erzwungene Affinität zwischen der Evangelischen Kirche, der Sozialdemokratie und zunehmend dem Nationalsozialismus, bei der sich aber keine gegenseitige propagandistische Schützenhilfe ergab.

Die andere Beobachtung, der schon oben nachgegangen worden ist, bezieht sich auf die Evangelische Kirche selbst: Hatte es in den Tagen der Monarchie eine gewisse Spannung zwischen der Arbeit des Evangelischen Bundes und der Kirchenleitung gegeben, so kann spätestens für die Zeit des Ständestaates konstatiert werden, dass der Evangelische Bund zu einem wichtigen Bereich der Evangelischen Kirche selbst geworden war. Eine Differenzierung kann nicht mehr getroffen werden: Vertreter und Sympathisanten der Evangelischen Bundes sind nun selbst in kirchenleitenden Funktionen; allerdings nicht im Oberkirchenrat. Eine eigenständige Linie des Evangelischen Bundes in der Zwischenkriegszeit innerhalb der Evangelischen Kirche Österreichs ist deshalb zwangsweise immer unscharf; das ist aber keine methodische Schwäche, sondern ein Charakteristikum der Bundesarbeit in jenen Jahren.

Daran schließt sich aber ein dritte Beobachtung an: Der Oberkirchenrat war nach wie vor eine staatliche Behörde, die eine Mittlerstellung zwischen dem Staat und der Evangelischen Kirche wahrzunehmen hatte, die mit der Verhärtung der politischen Lage in den Dreißigerjahren zunehmend schwieriger wurde. Dadurch entstand zwangsläufig eine gewisse Konkurrenzsituation auch zwischen dem Evangelischen Bund, der eine tragende Funktion der Evangelischen Kirche einnahm, und dem Oberkirchenrat; eine Situation, die zwischen Zusammenarbeit und Gegeneinander breit gefächert sein konnte. Wie die Arbeit des Evangelischen Bundes unter maßgeblicher Hilfestellung durch die Evangelische Akademikergemeinschaft sehr deutlich zeigt, fungierte der Evangelische Bund in manchen Bereichen als Vertretung der Kirche gegenüber der staatlichen Kirchenleitung in Form des Oberkirchenrates.

Auf die Impulse bei der Medienarbeit, die 1937 mit der Schaffung eines Pressereferenten in der Person Georg Traars weitergeführt werden konnte,[220] wurde schon eingegangen, und auf zahlreichen entscheidenden Dokumenten der Kirche

unterzeichnet neben den offiziellen kirchenleitenden Organen, neben dem Obmann des Pfarrervereins auch der Vorsitzende des Evangelischen Bundes.[221] Mitte der Dreißigerjahre wurde in einer Gemeinde sogar der Antrag gestellt und erwogen, die Mitgliedschaft beim Evangelischen Bund bzw. beim Gustav-Adolf-Verein als Voraussetzung für die Übernahme eines Presbyteramtes festzuschreiben.[222]

Eine schwierige Frage ergibt sich gerade angesichts der Übertritte aus nationalsozialistischen Beweggründen nach der politischen Einstellung der Pfarrerschaft und dem Einfluss der Los-von-Rom-Geistlichen. Eine nähere Betrachtung der Zentren der Übertritte in der Zeit des Ständestaates zeigt, dass die Übertritte in jenen Gemeinden stattfanden, in denen der Pfarrer dem Nationalsozialismus – offen oder informell – nahe stand.[223] In der Steiermark war das bspw. Leoben. Hatte Leoben 1938 fast 700 Eintritte zu verzeichnen, so waren es in Schladming neun, in der Ramsau einer, in Gröbming drei.[224]

Es ist auffällig, dass die drei bedeutenden Exponenten der Pfarrerschaft, die sich offen dem Nationalsozialismus anschlossen, ehemalige Los-von-Rom-Geistliche waren.[225] Paul Spanuth, Senior in Leoben, bekannte sich zwar zum Nationalsozialismus, war aber bestrebt, Politik und Religion auseinander zu halten.[226] Bekannt ist noch immer das Gerücht über die Schüsse aus der Kirche während des Juliputsches 1934. Am 25. Juli waren in Leoben die Kirche und das Pfarrhaus massivem Gewehrbeschuss ausgesetzt. Es wurde behauptet, dass aus dem Turm der Kirche geschossen worden sei.

[220] Vgl. Schreiben Fr. von der Heydt an d. Herren Vorsitzenden der Hauptvereine des EB u. d. Hauptvereins-Pressereferenten v. 15. Febr. 1937; in: Archiv/EB-Ö: Fasc. Hauptleitung 1937 (Beil. z. Sitzung v. 5. April 1937).

[221] Z. B. auf der erlassmäßigen Mitteilung einer vom OKR an den Führer gesandten Dankadresse wegen der Einführung des reichsdeutschen Eherechtes in Österreich; in: Reingrabner/Schwarz: Quellentexte, Nr. 132: 336f.

[222] Vgl. Eder: Eigenart, Organisation und Leben, 215.

[223] Zu einer Typologie des Protestantismus in der Zwischenkriegszeit vgl. u.v.a. K. Schwarz: Fünfzehn Thesen.

[224] Vgl. Rampler: Pfarrer 28.

[225] Vgl. u.v.a. G. P. Schwarz: 12ff.

[226] Vgl. Rampler: Pfarrer, 363.

Wenn gleich die Aussagen Spanuths und der Untersuchungskommission besagen, dass nicht aus der Kirche geschossen wurde, so ist doch symptomatisch, dass überhaupt ein solches Gerücht aufkommen konnte.[227]

Die Rolle der Evangelischen Kirche während des nationalsozialistischen Putsches 1934, bei dem Bundeskanzler Dollfuß ermordet wurde, führte zu großen Kontroversen. Neben dem Fall Spanuth nannte in einer öffentlich ausgestrahlten Rundfunkansprache der staatlicherseits zur Untersuchung eingesetzte Oberst Walter Adam zehn weitere anhängige Fälle;[228] die meisten davon verliefen allerdings im Sand. Betroffen waren u.a. wieder einmal Pfarrer Ludwig Mahnert aus Innsbruck, der sogar in mehrmonatige Haft genommen wurde,[229] und Pfarrer Gerhard Fischer, der bekennender Nationalsozialist war und vor deren Verbot bereits der NSDAP beigetreten war.[230] – Es war der Vertrauensmann der Superintendenten, Johannes Heinzelmann, der Vorsitzende der Disziplinarbehörde der Kirche, der bemüht war, die betroffenen Geistlichen zu rehabilitieren.[231]

Waren zwar viele der in diesem Zusammenhang Genannten Mitglieder des Evangelischen Bundes, so findet sich jedoch unter ihnen kein Spitzenfunktionär des Bundes. Dass die betroffenen Pfarrer jedoch durchaus die Sympathien des Vereinsvorstandes hatten, ist schon allein daraus ersichtlich, dass zu ihren Gunsten über den reichsdeutschen Evangelischen Bund eine Öffentlichkeitspropaganda durchgeführt wurde. Offenbar hat der österreichische Evangelische Bund die Berliner Leitung des Bundes zu einer Öffentlichkeitsarbeit veran-

[227] Vgl. Rampler: Pfarrer, 363f.
[228] Vgl. Reingrabner/Schwarz: Quellentexte, Nr. 48: 159–164. Vgl. weiters Chronik z. J. 1934, wo die Rundfunkansprache stellenweise wortwörtlich wiedergegeben wird, was die Bedeutung der Geschehnisse unterstreicht. Vgl auch u.v.a. Begusch: Von der Toleranz zur Ökumene, 534ff.
[229] Vgl. Mahnert: Evangelisch und deutsch in Innsbruck; in: Endesfelder: Evang. Pfarrer im völkischen Freiheitskampf, 19–38.
[230] Vgl. K. Schwarz: Kirche zwischen Kruckenkreuz und Hakenkreuz, 114.
[231] Vgl. K. Schwarz: Kirche zwischen Kruckenkreuz und Hakenkreuz, 115.

lasst, denn Oberst Adam nahm in seiner Rundfunkansprache auf den „vom Berliner ‚Evangelischen Bund' ausgehenden Angriff gegen Österreich"[232] Bezug, ohne ihn jedoch zu erwidern. – Der Druck der österreichischen Behörden gegen Vertreter der Evangelischen Kirche in Österreich hatte auch eine internationale Solidaritätswelle mit der Evangelischen Kirche und der Übertrittsbewegung zur Folge.[233]

Wie hoch die tatsächliche illegale Mitgliedschaft der Pfarrer bei der NSDAP in den Jahren bis 1938 war, ist heute nicht mehr zu erheben. Die verschiedenen Schätzungen gehen von einer Zahl zwischen rund 50 Prozent und 70 Prozent aus,[234] sind aber allesamt unsicher, bedenkt man, dass offene politische Bekenner wie Mahnert nie der NSDAP angehört haben. Damit geben die Zahlen eher die Sympathisanten an. Umgekehrt muss bedacht werden, dass 1937 ungefähr die gleiche Zahl – 75 Prozent der Pfarrer – der Vaterländischen Front beitrat;[235] ideologisch sind diese Organisationen nicht miteinander vereinbar, und die Zahlen stammen jeweils aus der Zeit, in der eine Mitgliedschaft en vogue war.

Auch Johannes Heinzelmann, durchaus prononcierter Kritiker des Nationalsozialismus, war „Los-von-Rom-Geistlicher"; und Ehrenmitglied des Evangelischen Bundes. Seine Position gegen Alfred Rosenbergs „Mythus des 20. Jahrhunderts" brachte ihn in eine Gegenposition zum Nationalsozialismus und zu den Deutschen Christen. Als er 1936 das Ehrendoktorat der Theologischen Fakultät von Halle erhielt, betonte er bei seinen Dankesworten die „Staatstreue" als „Aufgabe" der Kirche, „ohne darüber den Zusammenhang mit dem gesamtdeutschen Volk und der großen evangelischen

[232] Zit. nach: Reingrabner/Schwarz: Quellentexte, Nr. 48: 159–164, hier: 164. Erste Berichterstattung in der D.E.K. im Art. Evangelische Nöte im heutigen Österreich; in: D.E.K. 35/1934, 1f.; auf diesen Artikel nahm Adam auch Bezug; vgl. Art. Der Wiener Rundfunk gegen die „Deutsch-Evangelische Korrespondenz"; in: D.E.K. 40/1934, 2. Neben diesen erschien aber eine ganze Reihe weiterer Artikel, die sich auf die Beteiligung Evangelischer am Putsch bezogen.
[233] Vgl. Art. Der Weltprotestantismus und die evangelische Bewegung in Österreich; in: D.E.K. 40/1934, 3f.
[234] Vgl. Rampler: Pfarrer, 368f.; K. Schwarz: Politischer Diskurs, 176.
[235] Vgl. K. Schwarz: Kirche zwischen Kruckenkreuz und Hakenkreuz, 113.

Mutterkirche zu verlieren".[236] Ihm ging es um die Gleichberechtigung und Einheit der Evangelischen Kirche im ständestaatlichen Österreich.[237] – Ein Schlaglicht auf die doch vorhandene Breite der Positionierung des Evangelischen Bundes wirft jedoch, dass Heinzelmann dieses Ehrendoktorat im Rahmen der Generalversammlung des Evangelischen Bundes anlässlich seiner 50-Jahr-Feier in Erfurt, seiner Herkunftsstadt, bekam.[238]

Gegen den Vorwurf einer nationalsozialistischen Ausrichtung der österreichischen Evangelischen Kirche wandte sich Heinzelmann, der Vertrauensmann der österreichischen Superintendenten, vehement, wobei er dennoch das Verhängnis der politischen Versponnenheit der Evangelischen Kirche nennt: „Davon, daß die evangelische Kirche den Nationalsozialismus begünstige, kann keine Rede sein. Sie will grundsätzlich, im bewußten Gegensatz zur römisch-katholischen Kirche, eine überpolitische Größe sein; dem entspricht ihre tatsächliche Haltung. Daß jene Meinung entstehen konnte, hat zwei Gründe. Einmal ist nicht zu leugnen, daß zu unserer Kirche zahlreiche Männer und Frauen gehören, die ihrer Gesinnung nach dem Nationalsozialismus nahe stehen. Ebenso wenig kann in Abrede gestellt werden, daß sich unter den Übergetretenen eine erhebliche Anzahl von Nationalsozialisten befinden, die durch den Anschluß an unsere Kirche einer politisch eingestellten (für die sie eben die römisch-katholische halten) entrinnen wollen. Daher besonders nennt man in katholischen Kreisen Österreichs unsere Kirche die ‚Nazikirche'. Ferner entstand jenes Gerede infolge davon, daß sich unter unseren Pfarrern eine kleine, aber sehr rege Gruppe ‚Deutsche Christen' gebildet hat, die sämtlich Nationalsozialisten waren. Diese Gruppe hat sich indes, damit nicht auch in unserer Kirche Streit entstehe, aufgelöst und betätigt sich kirchenpolitisch nicht mehr."[239]

[236] Joh. Heinzelmann: Die evangelische Kirche im neuen Österreich; in: D.E.K. 42/1936, 4; auch in: Wartburg 12/1936, 440f.
[237] Vgl. u.v.a. G. P. Schwarz: 54ff.
[238] Vgl. u.v.a. Flugschrift des EB-Ö mit dem Titel „50 Jahre Evangelischer Bund", [3]; in: Archiv/EB-Ö: Fasc. 50-Jahr-Feier Erfurt.
[239] Art. Ist die evangelische Kirche in Österreich eine „Nazikirche"?; in: D.E.K. 9/1937, 3.

Man muss also zumindest eine mangelnde Sensibilität der betont national denkenden Pfarrerschaft gegenüber dem aufkommenden Nationalsozialismus konstatieren. Auf Grund ihrer Einstellung wirkte gerade die in der Tradition des 19. Jahrhunderts stehende deutschnational denkende Pfarrerschaft nichts weniger als immunisierend gegenüber dem Ungeist des Nationalsozialismus. Das auch vom Evangelischen Bund vertreten Gedankengut bot hier Grundlagen, auf denen der Nationalsozialismus innerhalb der Evangelischen Kirche Österreichs aufbauen konnte,[240] ohne dass dieses Gedankengut mit jenem identisch gewesen wäre. Der Nationalsozialismus knüpfte – z.T. scheinbar und berechnend – an Traditionen des 19. Jahrhunderts an, wie bspw. der nationalistischen Geschichtsschreibung, an Romantik und Historismus, an die Vererbungs- und Rassenlehre mit ihrem Antisemitismus,[241] den Kulturpessimismus usf., indem er die „Erfüllung" dieser so verstandenen deutschen Geschichte im „Tausendjährigen Reich" verhieß.[242] Dazu gehörte aber zweifelsfrei auch ein Schönerer'sches Erbe: die Hoffnung auf die „Wiederkunft" Bismarcks und auf einen starken Führer wie auch die Kampfbetonung nach germanischem Vorbild.

Schon in den Tagen der Monarchie, fortgeführt in der Ersten Republik, hatte man immer wieder betont, dass es sich beim nationalen Standpunkt um keinen politischen im Sinne eines parteipolitischen Standpunktes handelte. Das entsprach durchaus dem, was bspw. der Berliner Generalsuperintendent Otto Dibelius in den Jahren der Weimarer Republik auf die Formel gebracht hatte, dass die evangelische Kirche „über den Parteien" stünde.[243]

[240] Vgl. A. Wandruszka in: K. Schwarz: Kirche zwischen Kruckenkreuz und Hakenkreuz, 118f.
[241] Vgl. K. Schwarz: Nazikirche?, 168. Auch innerhalb der Katholischen Kirche war der Antisemitismus vertreten, z.B. im Werk „Das Judentum und die Schatten des Antichrist" vom katholischen Pfarrer Gaston Ritter, in Graz 1933 in 2. Auflage mit bischöflichem Placet erschienen. Vgl. Heer: Glaube des Adolf Hitler, 211 u.ö.
[242] Vgl. Majer: Nationalsozialistisches Rechtssystem, 36. Vgl. aber auch die Polemik gegen das „römische" und „jüdische" Recht und die Aufgabe der Rechtstradition, vgl. ebd., 134f.
[243] Vgl. K. Schwarz: Politischer Diskurs, 179, der allerdings mit seiner Beurteilung dieses Ausspruches als „pastorale Klugheit" zu kurz greift.

Sah man aber sein evangelisches und nationales Gedankengut in den Tagen der Monarchie am ehesten durch die Alldeutschen vertreten, so empfand man jetzt zunehmend eine Nahebeziehung zur NSDAP. Dieser Prozess wurde indirekt durch die Haltung der Christlichsozialen unterstützt, die damit die national denkenden Evangelischen in das Lager der NSDAP drängte.[244]

Georg Traar gibt ein gutes Beispiel, wie Evangelische ihrem deutschnationalen Standpunkt verhaftet blieben, aber in „Naivität" (K. Schwarz) nicht erkannten, dass „das großdeutsche Element längst vom Nationalsozialismus assimiliert war".[245] Aus heutiger Sicht stellt sich jedoch auch die Frage, wieso führende Personen wie bspw. Othmar Muhr, der durch seine laufenden Kontakte zu den reichsdeutschen Stellen des Evangelischen Bundes die Situation in Hitlerdeutschland in ihrer ganzen Problematik kennen musste, dennoch seine Einblicke nicht übertrug.

1936 wurde das „Freundschaftsabkommen" zwischen dem Deutschen Reich und Österreich von der Hauptversammlung des österreichischen Evangelischen Bundes in der Hoffnung „aufs wärmste begrüßt", „daß nun auch den berechtigten Anliegen der Evangelischen Kirche Österreichs von Seiten der Bundesregierung mehr Beachtung geschenkt wird".[246] Hitlerdeutschland wurde als Ausweg aus der unbefriedigenden konfessionellen Situation in Österreich beurteilt.

Im Ausklang des Ständestaates spielte die Evangelische Akademikergemeinschaft des Evangelischen Bundes wieder eine bedeutende Rolle im Hintergrund. Der Neujahrshirtenbrief 1938 von Johannes Heinzelmann[247] entfachte heftige Kontroversen. Er stellte darin die Gefahren für die Religion in Österreich den Zuständen im Deutschen Reich gegenüber und behauptete, dass in Österreich nicht das Christentum selbst in

[244] Vgl. K. Schwarz: Politischer Diskurs, 170. – Diese These ist nicht erst nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebracht worden, sondern lässt sich sehr deutlich auch aus den Quellen der Jahre nach 1933 erschließen.
[245] K. Schwarz: Politischer Diskurs, 174.
[246] Zit. aus dem Bericht über die Hauptversammlung 1936 in Klagenfurt; in: D.E.K. 29/1936, 1–3, hier: 1.
[247] In: Reingrabner/Schwarz: Quellentexte, Nr.107: 294–297.

Gefahr wäre, sondern die Geltung eines evangelischen Bekenntnisses. Anders wäre es im Deutschen Reich, wo die Religion als solche bedroht sei.

Als Vertreter der Evangelischen Akademikergemeinschaft wurde am 9. Jänner Robert Kauer nach Villach gesandt, um Heinzelmann den Rücktritt nahe zu legen.[248] – Am 16. Jänner trat Johannes Heinzelmann als Vertrauensmann der Evangelischen Kirche zurück – zwei Monate vor dem Einmarsch der reichsdeutschen Truppen in Österreich. Trotzdem arbeitet er aber weiterhin im Vorstand des Evangelischen Bundes mit, der auch seinen Dank und sein Vertrauen als Superintendent ausspricht.[249]

Als sich dann auf Druck der Behörden der Oberkirchenrat zu einer Empfehlung entschloss, bei der geplanten Volksabstimmung über einen allfälligen Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich pro Ständestaat zu stimmen, erfolgte bereits unter maßgeblicher Beteiligung der Evangelischen Akademikergemeinschaft am nächsten Tag, dem 11. März 1938, eine „Erklärung" von führenden Evangelischen, in der der Oberkirchenrat zum Rücktritt aufgefordert wurde. Bereits am 12. März 1938 erfolgte der Rücktritt des Präsidenten, Dr. Viktor Capesius, und des geistlichen Oberkirchenrates, Hofrat D. Johannes Molin; parallel dazu erfolgte die Bestellung von Dr. Robert Kauer zum Präsidenten des Oberkirchenrates und von Dr. Hans Eder, dem oberösterreichischen Superintendenten, als geistlichen Leiter der Kirche; Kauer war zudem Mitglied des obersten Parteigerichtes.[250] Am 13. März 1938 erfolgte der Anschluss, am 17. März wurde von den reichsdeutschen Behörden die Entschließung vom 12. März bestätigt und endgültig verfügt.[251] Damit war ein Vorstandsmitglied des Evangelischen Bundes an der Spitze der höchsten kirchlichen Instanz.

[248] Vgl. zu diesem Treffen zwischen Heinzelmann und Kauer K. Schwarz: Besser mit Christus fallen ..., 40, wo auch die Tagebuchaufzeichnungen Hermine Cloeters über die Besprechung des Treffens in der nachfolgenden Sitzung der Evangelischen Akademikergemeinschaft zitiert werden.
[249] Vgl. Sitzung der Hauptleitung v. 28. Febr. 1938 (Protokoll); in: Archiv/EB-Ö: Fasc. Hauptleitung 1938.
[250] Vgl. Lichter der Heimat 4/1938, 26.
[251] Vgl. Reingrabner: Der März 1938, 30ff.

Der Hauptverein des Evangelischen Bundes fand übrigens dann nichts dabei, Aufrufe für die Volksabstimmung am 10. April 1938 zu verteilen, in denen offen das Votieren für den Anschluss beworben wurde.[252] – Ähnliche Aufrufe erfolgten auch von der Kirchenleitung.[253]

„Die ‚natürliche Deutschlandorientierung' der Protestanten (Robert Kauer) hatte sich durch die Legitimationskrise der Ersten Republik zur großdeutschen Anschlussoption verdichtet, die im März 1938 von den Nationalsozialisten eingelöst wurde."[254]

IV. VERFLECHTUNGEN (1938–1945)

„Bejahung – Ernüchterung – Verweigerung" (O. Bünker)

Otto Bünker charakterisiert die Stellung der evangelischen Pfarrerschaft zum Nationalsozialismus mit „Bejahung – Ernüchterung – Verweigerung". „Nicht in den Enunziationen der Kirchenleitung, wohl aber im Verkündigungsdienst der Kirche gab es Verweigerung: sie hat sich hier – von Einzelfällen abgesehen – der ideologischen Verfremdung verweigert. Der politischen Angepaßtheit steht eine ideologische Verweigerung gegenüber."[255]

Die 33. o. Hauptversammlung des Evangelischen Bundes 1938 fand bereits nach dem Anschluss statt. Der Bericht des Vorsitzenden Othmar Muhr ist ein Aufatmen über das Ende des Ständestaates. Anfänglich war aber die Euphorie über den vollzogenen Anschluss groß, wie nicht nur die in großer Anzahl versandten Grußtelegramme zum Ausdruck bringen. Von einer an Häresie grenzenden Feier kann nur gesprochen werden, wenn in Wien-Währing – u.a. durch den Evangelischen

[252] Flugblatt „An alle evangelischen Deutschen in Österreich! v. 21. März 1938 und „An alle evangelischen Deutschen in Österreich" v. 1. April 1938; beide in: Archiv/EB-Ö: Fasc. Hauptleitung 1938.
[253] Vgl. z.B. die Öffentlichmachung des Aufrufes in „Der Säemann, 4/1938, 54; oder „Lichter der Heimat" 5/1938, 34.
[254] K. Schwarz: Politischer Diskurs, 174.
[255] K. Schwarz: Nazikirche?, 178.

Bund veranstaltet – anlässlich des Pfingstfestes des Jahres 1938, an dem das Geschenk des Heiligen Geistes gefeiert werden sollte, eine „Heim-ins-Reich-Feier" abgehalten wird.[256] Und aus den verschiedenen Grußtelegrammen spricht „Anbiederung" (Karl Schwarz).[257]

Mit dem Einmarsch deutscher Truppen in Österreich änderte sich viel im Bild der Evangelischen Kirche. Einer der augenscheinlichsten und für die Kirche am schwierigsten zu tragender Umstand war der, dass ein Siebentel aller Evangelischen aus der Kirche austrat, darunter drei Pfarrer, zehn Vikare und 33 Theologiestudenten.[258] Bereits im Dezember 1938 musste man sich seitens der Kirchenleitung mit den Austritten aus der Kirche beschäftigen.[259] Allein in der Wiener Superintendenz, die allerdings die Bundesländer Wien, Niederösterreich, Steiermark und Kärnten umfasste, traten nach dem Anschluss rund 33.000 Mitglieder aus; einen deutlichen Rückgang verzeichnete man auch bei Kasualien, v.a. Trauungen und Konfirmationen. Gleichzeitig sank die Eintrittsziffer rapide ab.

Bei manchen alten Los-von-Rom-Protestanten, wie z. B. bei dem durchaus nicht liberalen Wilhelm Dantine sen. in Leoben, stellte sich nach der Reichskristallnacht 1938 tiefes Erschrecken ein.[260] Er betonte im Oktober 1938 gerade die Wichtigkeit des gesellschaftlich-kirchlichen Konsenses im Kampf gegen die nationalsozialistische Weltsicht und ortete hier – als ehemaliger Los-von-Rom-Agitator – Defizite gerade

[256] Die Einladungen in: Archiv/EB-Ö (als Beil. z. Hauptleitung v. 21. Juni 1938): Fasc. Hauptleitung 1938. Vgl. Der Gemeindebote Juni 1938, 41; zit. in: Nitsche: Kirchengeschichte im Spiegel der Presse, 48 – Fußnote 175). Solche Denkmuster finden sich bereits früher: Schon 1933 hatten man anlässlich der Machtergreifung Hitlers in Deutschland von „Pfingsten der Gegenwart" gesprochen; vgl. Lichter der Heimat 6/1933, 41; zit. in: Stoffers: Lichter der Heimat, 21. Im „Säemann" 4/1933 wird die Machtergreifung als „Ostern" und „Auferstehung unseres Volkes" interpretiert; vgl. Dantine: Kirchengeschichte im Spiegel der Presse, 14f.
[257] K. Schwarz: Politischer Diskurs, 178.
[258] Vgl. K. Schwarz: Kirche zwischen Kruckenkreuz und Hakenkreuz, 119 u. Anm. 37; Begusch: Von der Toleranz zur Ökumene, 552f.
[259] Vgl. Erlass des OKR Z 5883 v. 22. 12. 1938; in: Reingrabner/Schwarz: Quellentexte, Nr. 152: 358–360.
[260] Vgl. K. Schwarz: Nazikirche?, 169.

in den Los-von-Rom-Gemeinden: „[...] ein nachhaltiger Widerstand gegen diesen Geist [des Nationalsozialismus] kann nicht von den paar Geistlichen, sondern nur von den Gemeinden ausgehen, u[nd] da wird es mit unseren traditionslosen Übertrittsgemeinden schlecht aussehen".[261]

Sehr bald mussten die Deutschnationalen alter Prägung, die nicht unwesentlich mit der Los-von-Rom-Bewegung verbunden waren, erkennen, dass ihr weltanschaulicher Standpunkt nicht in der NSDAP politisch umgesetzt wurde. – Theologisch blieb man seinem evangelischen Bekenntnis – in der Form, wie man es auch vorher vertreten hatte – jedoch treu, und es finden sich keine Veränderungen in den Positionierungen. Das, was in den Jahren nach dem Zusammenbruch der Monarchie als „Stagnation" zu beurteilen war, brachte nun zunehmend eine Distanzierung zum Nationalsozialismus.

Bei einer Pfarrerzusammenkunft am 5. Mai 1938 in Villach, bei der auch Robert Kauer, der Leiter der Evangelischen Kirche Superintendent Hans Eder und Superintendent Johannes Heinzelmann anwesend waren, wurde die neue kirchliche Situation besprochen. Robert Kauer wollte dabei nicht mehr auf die Kirchenverfassung von 1931 zurückgreifen, sondern: „Die KV [= Kirchenverfassung] von 1891 ist heute viel wertvoller, weil sie eine staatliche Oberbehörde setzt [...]."[262] – Offenbar wollte Kauer als Staatsbeamter weiterhin – ähnlich wie Capesius, nur unter einem anderen Regime – in einer straff hierarchisch organisierten Kirche Präsident sein. Jedoch wurde von Berlin aus nicht im Sinne Kauers entschieden; überdies wuchs der innerkirchliche Druck gegen Kauer immer mehr an.[263] Im Februar 1939 erfolgte eine Reihe von Gesetzesänderungen, die die Evangelische Kirche auf eine neue Rechtsgrundlage stellten. Das „Gesetz über die Rechtsstellung des evangelischen Oberkirchenrates" vom 8. Mai 1939 verfügte, dass „der Oberkirchenrat in Wien eine Dienststelle der österr[eichischen] evang[elischen] Landeskirche" wird, dass

[261] Schreiben W. Dantine sen. an W. Dantine jun. v. 12. 10. 1938; zit. nach: K. Schwarz: Nazikirche?, 185–187, 186.
[262] Bericht über die Pfarrerzusammenkunft am 5. Mai 1938 in Villach; Faksimile in: Achs: Evang. Kirche, Anh. 21.
[263] Vgl. Reingrabner: Der März 1938, 33f.

außerdem alle Bestimmungen des Protestantenpatentes von 1861, die eine Verbindung von Staat und Kirche enthielten, aufgehoben seien.

Mit 1. Mai 1939 war bereits die Einführung des Kirchenbeitrages zur Finanzierung der Kirche erfolgt. Die Kirchenleitung wurde ganz im Sinne der Kirchenverfassung von 1931 aus der Verantwortung des Staates entlassen, ohne dass jedoch der Staat seine Einflussnahme auf die Kirchenleitung eingestellt hätte. – Ende April 1939 demissionierte Robert Kauer als Präsident des Oberkirchenrates; ihm folgte – als Angestellter der Landeskirche – Dr. Heinrich Liptak. Kauer nahm eine Stelle am Reichsgericht in Leipzig an.[264]

Ausprägungen der Los-von-Rom-Bewegung im Denken Adolf Hitlers?

Methodisch ganz von der Immunschwäche des österreichischen Protestantismus gegenüber dem Nationalsozialismus sind die Auswirkungen der Los-von-Rom-Bewegung auf das Gedankengut Adolf Hitlers und die Ideologie des Nationalsozialismus zu unterscheiden. Auch wenn Hitler als Jugendlicher mit den Alldeutschen sympathisierte, fand er keinen positiven Zugang zur Los-von-Rom-Bewegung oder gar zur Evangelischen Bewegung.[265] Gerade hierin also entfernte sich der Katholik Hitler vom romfreien Schönerer. Die Distanz Hitlers zur Los-von-Rom-Bewegung ist ein Erbe Luegers; wie Hitler seinen Antisemitismus auch auf die Haltung der Katholischen Kirche zurückführte.[266]

Manches scheint gerade durch Guido Lists Gedankenwelt vorgeprägt, wie bspw. die Nürnberger Rassengesetze in seinen ario-germanischen Ideen oder das mystisch elitäre Selbstbild der SS im Hohen Armanen Orden (HAO).[267] War das religiöse Gedankengut vieler NSDAP-Größen durch Gruppierungen

[264] Vgl. Reingrabner: Heinrich Liptak, in: Eine Wolke von Zeugen – Glaube und Heimat 1993, 44–46, hier: 45.
[265] Vgl. Kern: Hitler, 33f.
[266] Vgl. Heer: Glaube des Adolf Hitler, 260f., 277ff.
[267] Vgl. Goodrick-Clarke: Okkulte Wurzeln, 61f.

wie die Thule-Gesellschaft, des Germanenordens oder die Edda-Gesellschaft[268] im Anschluss an Jörg Lanz von Liebenfels und List okkult angereichert,[269] so distanzierte sich Hitler zunehmend von diesen Zirkeln[270] und polemisiert gegen diese. – Von Interesse ist die in der Literatur wenig thematisierte Beziehung Hitlers zu Erich von Ludendorff und dessen kirchenkämpferischer Gattin Mathilde.

Michael Kardinal Faulhaber, der Erzbischof von München-Freising, berichtete 1939 über Hitlers Gedanken zum Verhältnis zwischen Weltanschauung und Religion: „Hitler hat zweifellos früher die Auffassung gehabt, Weltanschauung sei keine Religion. Aber in der Weiterentwicklung ist die Weltanschauung des Nationalsozialismus Religion geworden."[271] Interessant ist ein Sitzungsbericht vom 14. August 1943 über die geplante Religionspolitik nach dem Endsieg. Hitler wurde hier zum religiösen Heilsbringer, zum Messias – man findet nichts dabei, dieses hebräische Wort zu verwenden – hochstilisiert.[272] In dem Vorschlag, den Hitler in einer eigenhändigen Kurzbeurteilung als „ersten brauchbaren Entwurf" guthieß, war geplant: „Sofortige und bedingungslose Abschaffung sämtlicher Religionsbekenntnisse nach dem Endsieg [...] mit gleichzeitiger Proklamierung Adolf Hitlers zum neuen Messias. [...] Der Führer ist dabei als ein Mittelding zwischen Erlöser und Befreier hinzustellen – jedenfalls aber als Gottgesandter, dem göttliche Ehren zustehen."[273] – Eine größere Abkehr vom Christentum konnte es nicht geben.

[268] Vgl. Goodrick-Clarke: Okkulte Wurzeln, v.a. 112–166.
[269] Vgl. Goodrick-Clarke: Okkulte Wurzeln, 195f., wo übersichtartig von H. T. Hakl einzelne NS-Größen behandelt werden.
[270] Himmler und Bormann bemühten sich eifrig, Hitler auf ihre gegenchristliche Linie öffentlich (!) festzulegen. Hitler trat solchen Bemühungen aber immer entgegen. Vgl. Heer: Glaube des Adolf Hitler, 344.
[271] Zit. nach: Heer: Glaube des Adolf Hitler, 504.
[272] Was wiederum an Guido List und Lanz-Liebenfels erinnert, vgl. Goodrick-Clarke: Okkulte Wurzeln, 78ff. u. 88ff. Auch die „totale" Kriegsführung erhält unter diesem Aspekt eine neue Dimension, wie auch die Vision eines „Tausendjährigen Reiches".
[273] Zit. nach Daim: Lanz, 221. Der ganze Entwurf (auch als Faksimile) in: Daim: Lanz, 221ff.

Parallel mit dem Ablehnen einer Demokratie geht die Totalisierung des Staates unter einem Führerprinzip, verbunden mit einer Monopolstellung der NSDAP,[274] das auch auf die Kirchen angewandt wurde, die allein dem Volksgedanken dienen sollten. Schönerers alldeutsches Denken beinhaltete vom System her bereits einen solchen totalitären Anspruch – wie es allein schon der Begriff „alldeutsch" ausdrückt –, der auch die Religion umfasste.

Ein Interessenkonflikt mit der Evangelischen Bewegung war also von Anfang an angelegt. Hitler ortete das bereits in „Mein Kampf": „Der Protestantismus vertritt von sich aus die Belange des Deutschtums besser [als andere Konfessionen]." Doch beschränkt sich diese Verteidigung auf innere Belange und ist defensiv. Hitler zog daraus den Schluss: „So wird der Protestantismus immer für die Förderung alles Deutschtums an sich eintreten, sobald es sich um Dinge der inneren Sauberkeit oder auch nationale Vertiefung, um die Verteidigung deutschen Wesens, deutscher Sprache und auch deutscher Freiheit handelt, da dieses alles ja fest in ihm selber begründet liegt; er bekämpft aber auf das feindseligste jeden Versuch, die Nation aus der Umklammerung ihres tödlichen Feindes zu retten, da seine Stellung zum Judentum nun einmal mehr oder weniger dogmatisch festgelegt ist."[275]

Der Evangelische Bund versuchte in diesem Spannungsfeld eine Spagatstellung zwischen nationaler Überzeugung in seiner konkreten Ausformulierung des Nationalsozialismus und dem Festhalten an theologischen Grundpositionen. Univ.-Prof. Dr. Gustav Entz referierte 1940 bspw. zum Thema „Ist das Christentum wirklich Judentum für das Volk?".

Als ein Höhepunkt der Geschichte des Evangelischen Bundes sollte das Jahr 1939 gestaltet werden: Die 42. Generalversammlung des Evangelischen Bundes wurde für 24. bis 28. August 1939 in Wien ausgeschrieben: „Zum 1. Mal kehrt der

[274] Zum Führerprinzip vgl. Majer: Nationalsozialistisches Rechtssystem, 77–116. Zum (macht-)politischen Monopol der NSDAP bis hin zum Verlust staatlicher Eigenständigkeit vgl. ebd., 209ff.
[275] Hitler: Mein Kampf, 123.

Ev[angelische] Bund mit einer Jahresversammlung in Wien ein."[276] Rund 500 Gäste wurden erwartet, und als Tagungsort hatte man sogar die Hofburg reservieren können.

Das Programm war beeindruckend: Neben zahlreichen internen Sitzungen waren große Vorträge in der Hofburg u.a. vom berühmten Werner Elert. Auffällig ist auch sowohl in den Gottesdiensten, als auch während der Tagung selbst die intensive künstlerische Ausgestaltung, bei der u.a. der auch als Kirchenmusiker bekannte Währinger Pfarrer Egon Hajek tätig wurde.

Im Zuge der Generalversammlung kam auch der Präsident des österreichischen Oberkirchenrates, Dr. Heinrich Liptak, zur „Lage der evangelischen Kirche in Österreich" zu Wort. Die Rede ist deshalb beachtlich, weil sie keineswegs mehr vor Euphorie geprägt ist. „Der Umschwung vom März 1938 wurde von unseren Glaubensgenossen [...] mit heller Freude begrüßt [...]. Die neue Zeit brachte natürlich auch uns mancherlei neue Erfordernisse, sie brachte Neuerungen, die uns Freude machten, und solche, die Schmerzen bereiteten."[277] – Und dann zählt der Oberkirchenratspräsident sehr ausführlich und mit erkennbarer Anteilnahme alle negativen Entwicklungen seit 1939 auf: Auflösung des evangelischen Schulwesens, Auflösung weiter Teile des evangelischen Vereinswesens und die Änderung der finanziellen Grundlage der Kirche durch Einführung des Kirchenbeitrags.[278]

Als Ausweg durch den Wegfall des Vereinswesens wurden die betreffenden Arbeitsgebiete in die Tätigkeit der Kirche selbst übernommen.[279] Liptaks Ausweg aus diesem Problemkreis ist die vermehrte Konzentration auf die Glaubensverkündigung als durchaus positiver Ansatz. Auch erste Erkenntnisse brachte Liptak zur Sprache: „[...] daß die Kirche bisher diese Arbeit nicht ernst genug genommen hat."[280] Das neue

[276] Chronik z. J. 1939.
[277] Liptak: Lage der evang. Kirche, 31.
[278] Zusammenfassend zu den Einschränkungen gegenüber der Evangelischen Kirche am Beispiel der Steiermark nach 1938 vgl. Begusch: Von der Toleranz zur Ökumene, 551ff.
[279] Vgl. EB, Berlin, Verhandlungsbericht über die Sitzung des Zentralvorstandes des EB am 11. u. 12. April 1940, 5; in: Archiv/EB-Ö: Fasc. Zenralvorstand, 11. April 1949.
[280] Liptak: Lage der evang. Kirche, 31.

Ziel muss sein: „Ausbreitung des Gotteswortes mit allen Kräften und auf jede mögliche Weise."[281] – Noch im Juni 1938 hatte es in einem „Aufruf an die Angehörigen der Evangelischen Kirche A.u.H.B. in Österreich", den neben dem Präsidenten des Oberkirchenrates Kauer auch Othmar Muhr als Vorsitzender des Hauptvereins für Österreich des Evangelischen Bundes unterzeichnete, geheißen: „Die finsteren Mächte der Gegenreformation vernichteten das evangelische Schulwesen vollständig."[282] – Nun wurde es durch den Nationalsozialismus vernichtet.[283]

Man hatte schon früher bemerken müssen, dass für viele Evangelische Österreichs unerwartet neue Schwierigkeiten aufgetreten waren. Noch bei der Hauptleitungssitzung im April 1938 war man geteilter Meinung, ob jetzt eine neuerliche Übertrittsbewegung einsetzen würde oder nicht.[284] Ein Flugblatt des Evangelischen Bundes in Graz aus der Feder Friedrich Ulrichs wurde Ende 1938 mit dem Titel „Warum bin und bleibe ich evangelisch?" veröffentlicht; es sollte die Evangelischen in der Austrittsbewegung bei der Kirche halten.[285] Noch in erkennbarer Anschlusseuphorie gab im Jahre 1939 der Evangelische Bund – Herausgeber war Walter Endesfelder – eine ansehnliche Publikation über „Evangelische Pfarrer im völkischen Freiheitskampf der Ostmark und des Sudentenlandes" heraus, in der in nationalsozialistischem Geist die Ereignisse des Ständestaates aufgearbeitet wurden. – Der

[281] Liptak: Lage der evang. Kirche, 32.
[282] Der Aufruf in Archiv/EB-Ö: Fasc. 1933–1938.
[283] Im Juni 1938 wurde bekannt, dass die konfessionellen Schulen in die öffentliche Schulverwaltung aufgenommen würden. Offensichtlich hatte die Nachricht Beunruhigung ausgelöst, denn der Oberkirchenrat war beruhigte, er meinte, dass die konfessionellen Schulen nicht notwendig wären, da es keine katholische Vormachtsstellung mehr gab. Diese Erklärung war auch von den Synodalausschüssen, der Evangelisch-Theologischen Fakultät und dem Zentralausschuss der Gustav-Adolf-Vereine unterzeichnet – aber nicht vom Evangelischen Bund. (Vgl. Der Säemann 7–8/1938, 92; die Dokumente in: Reingrabner/Schwarz: Quellentexte, Nr. 130: 328–334).
[284] Vgl. Sitzung d. Hauptleitung am 24. April 1938 (Protokoll); in: Archiv/EB-Ö: Fasc. Hauptleitung 1938.
[285] Vgl. Nitsche: Kirchengeschichte im Spiegel der Presse, 36. Das Flugblatt in: Der Gemeindebote 11. Dez. 1938, 2; Begusch: Von der Toleranz zur Ökumene, 548.

Evangelische Bund im Sudentengau wurde 1939 dann aufgelöst,[286] und 1940 fiel Endesfelder im Krieg.

Als Beauftragter für das Vereinswesen wurde im April 1938 der Präsident des Oberkirchenrates, Robert Kauer, bestellt,[287] der bereits im Mai 1938 überdies in den Zentralvorstand des Evangelischen Bundes gewählt wurde.[288] – Der Evangelische Bund war einer der wenigen kirchlichen Vereine, die weiter Bestand hatten; von rund 320 evangelischen Vereinen blieben bloß 40 bestehen.[289] Die Auflösung betraf aber auch das Jugendwerk, dem der Schriftführer des Evangelischen Bundes, Georg Traar, als Jugendpfarrer der Kirche besonders verbunden war.

„Angesichts der Entwicklung, die nach der Okkupation Österreichs eintrat, in der die ‚volkstreuen' Evangelischen nicht anders behandelt wurden als die Katholiken und ihre Kirche, ist deutlich zu merken, daß [Franz] Hamburger auf die Geschehnisse keinen direkten Einfluß mehr nehmen wollte. Er zählte wohl auch zu jenen, die merkten, daß das, was sie als ein Eintreten für die Sache Jesu gehalten haben, von anderen mißbraucht wurde."[290] 1938 – bereits nach dem Anschluss – wurde ihm die silberne Luthermedaille des Evangelischen Bundes verliehen.[291]

Nahezu tragisch liest sich der Briefverkehr zwischen Franz Hamburger und Othmar Muhr von Mai und Juni 1939. „Mit schwerem Herzen melde ich Ihnen meinen Austritt aus dem evangelischen Bund [...], weil ich mich in der heutigen Zeit nicht mehr dazu verstehen kann, in einer Vereinigung mitzuarbeiten, die bestimmte Lehren, die meiner Ansicht nicht zu dem Wesen des positiven Christentums gehören, als wesentliche Bestandteile des Evangeliums betrachtet."[292] Um was es

[286] Vgl. u.a. das Schreiben zur Verständigung A. Jesch an O. Muhr v. 6. April 1939; in: Archiv/EB-Ö: Fasc. Vorstand 1939 (Beil. z. Sitzung v. 8. Mai 1939).
[287] Vgl. Liptak: Die neue Rechtslage, 163.
[288] Vgl. Fleischmann-Bisten/Grote: Protestanten auf dem Weg, 156.
[289] Vgl. Nitsche: Kirchengeschichte im Spiegel der Presse, 18.
[290] Reingrabner: Franz Hamburger, in: Eine Wolke von Zeugen – Glaube und Heimat 1995, 40–42, hier: 41.
[291] Vgl. Chronik z. J. 1938.
[292] Schreiben Fr. Hamburger an O. Muhr v. 27. Mai 1939; in: Archiv/EB-Ö: Fasc. Vorstand 1939 (Beil.z. Sitzung v. 9. Okt. 1939).

sich näher handelt, wird aus dem Antwortbrief Muhrs sehr deutlich, der Bekenntnischarakter hat: „[...] ich bekenne offen, dass auch ich einer jener evang[elischen] Geistlichen bin, die ohne den Erlösungstod Christi nicht auskommen. Für mich lautet die Frage entscheidend: Selbsterlösung oder Erlösung durch eine von Gott für diesen Zweck gesandte Persönlichkeit? [...] Darum glaube ich auch den Erlösungstod Jesu Christi. Das sündige Geschöpf kann nicht durch eigene Kraft aus seiner Sünde heraus. ‚Das Gute, das ich will, das tue ich nicht; sondern das Böse, das ich nicht will, das tue ich.' Röm. 7,19. Ich empfinde die christlichen Grundgedanken vom stellvertretenden Leiden, Kämpfen, Sterben, vom Opfer, der Selbstaufopferung und der Beweisführung der Wahrheit durch das unschuldige Sterben voll und ganz mit meiner deutschen Art in Übereinstimmung [...]."[293]

Franz Hamburger wurde durch dieses Bekenntnis zwar nicht umgestimmt, tat aber seinerseits ein Bekenntnis im Sinne der Deutschen Christen, das aus heutiger Sicht durchaus ein positives Licht auch auf die evangelische Pfarrerschaft der Zeit wirft: „Ich weiss, dass der evangelische Bund für evangelisches Christentum und Deutschtum arbeitet; aber unter dem evangelischen Christentum verstehen eben doch so gut wie alle evangelischen Geistlichen und auch Sie den Standpunkt, dass zum Christentum auch ganz besonders die Grundgedanken gehören vom ‚stellvertretenden Leiden, Kämpfen und Sterben, vom Opfer, der Selbstaufopferung und der Beweisführung der Wahrheit durch das unschuldige Sterben'. Ich bin im Gegensatz zu Ihnen der Meinung, daß gerade dies meiner Einstellung und, wie ich glaube, auch der Einstellung vieler anderer ernster Nationalsozialisten widerspricht."[294]

Dass sehr bald auch innerhalb der pronationalsozialistisch eingestellten Evangelischen eine Ernüchterung einkehrte und eine Besinnung auf echt christliche Werte, erkennt man auch bei Othmar Muhr, von dem (unwidersprochen) erzählt wird, „daß er, der durchaus antisemitische Äußerungen von sich ge-

[293] Schreiben O. Muhr an Fr. Hamburger v. 1. Juni 1939; in: Archiv/EB-Ö: Fasc. Vorstand 1939 (Beil. z. Sitzung v. 9. Okt. 1939).
[294] Schreiben Fr. Hamburger an O. Muhr v. 10. Juni 1939; in: Archiv/EB-Ö: Fasc. Vorstand 1939 (Beil. z. Sitzung v. 9. Okt. 1939).

geben hat, während des Zweiten Weltkrieges auf dem Dachboden der Gustav-Adolf-Kirche [d.h. Wien-Gumpendorf, wo Muhr Pfarrer war], der kaum zugänglich war, zwei jüdische Frauen versteckt hielt, bis ihnen die Flucht aus Wien gelingen konnte".[295]

Franz Hamburger war der erste der Aktivisten der letzten Jahre, der den Evangelischen Bund verließ. Auf Grund der Umstrukturierung des Hauptvereines musste Karl Fraiß verabschiedet werden.[296] Manche mussten den Evangelischen Bund verlassen, weil für Funktionsträger in der NSDAP eine Mitgliedschaft bei einem konfessionellen Verein unzulässig war. Robert Kauer verließ den Vereinsvorstand dann Juni 1939 seiner Versetzung nach Leipzig wegen.[297] – Alles ein paar Monate vor der großen Generalversammlung des Bundes in Wien. 1940 schied Kauer aus dem Zentralvorstand „mit ernster Begründung" aus.[298] 1940 legte auch – wohl aus Interesselosigkeit in dieser politischen Lage – Dr. Neuwirth das Amt des Obmannstellvertreters des österreichischen Hauptvereines nieder, auch wenn er in der Hauptleitung verblieb.[299]

Der Schatten des Krieges

Zu einem abschließenden Höhepunkt sollte die 42. Generalversammlung des Evangelischen Bundes vom 24. bis 28. August 1939 in Wien werden. Aber: „Bei der Abendveranstaltung am Samstag, dem 26. August, wurde die erste Mobilmachung des Heeres bekannt, der Präsident D. Bornkamm

[295] Reingrabner: Othmar Muhr, in: Eine Wolke von Zeugen – Glaube und Heimat 1995, 42–45, hier: 45. Ähnliches z. B. auch für Pfr. Josef Rudolf Beck, vgl. meinen Aufsatz.
[296] Vgl. Schreiben O. Muhr an K. Fraiß v. 9. Mai 1939; in: Archiv/EB-Ö: Fasc. Vorstand 1939 (Beil.z. Sitzung v. 9. Okt. 1939).
[297] Vgl. Schreiben O. Muhr an R. Kauer v. 6. Juni 1939 und das Antwortschreiben R. Kauer an O. Muhr v. 15. Juni 1939; beide in: Archiv/EB-Ö: Fasc. Vorstand 1939 (Beil. z. Sitzung v. 9. Okt. 1939).
[298] So das Protokoll der Sitzung der Hauptleitung am 3. Juli 1940, ohne dass ersichtlich wäre, was man unter dieser „ernsten Begründung" verstehen soll. Das Protokoll in: Archiv/EB-Ö: Fasc. Vorstand 1940.
[299] Vgl. Sitzung der Hauptleitung am 30. Sept. 1940 (Protokoll); Archiv/EB-Ö: Fasc. Vorstand 1940.

gedenkt im Schlußwort des Ernstes der Stunde für Volk und Vaterland. Die Sonntagsgottesdienste können nicht mehr planmäßig gehalten werden, weil einige der auswärtigen Pfarrer abreisen. Die Versammlung am Nachmittag in der Gumpendorfer Kirche erfreut sich guten Besuches, wenn auch über ihr die Unruhe des Krieges lagert. Zur Schlußveranstaltung in Währing und zum Ausflug am Montag kommt es nicht mehr."[300]

Ab 1940 wurden dann keine Hauptversammlungen mehr abgehalten, sondern die Versammlung fand zwischen 1940 und 1944 in Form eines Vortragsabends in verschiedenen Kirchen Wiens statt.

Nach behördlichem Verbot musste auch Friedrich Ulrich aus Graz, der 1938 noch heftig für den Nationalsozialismus votiert hatte, die Herausgabe der von ihm herausgegebenen Zeitung „Der Säemann" einstellen.[301] Trotz allem konnte im Verlag des Berliner Evangelischen Bundes 1940 noch ein Buch über die Evangelische Kirche in Österreich – so noch immer der offizielle Name – herausgegeben werden. Es fällt aber auf, dass kein Spitzenvertreter des österreichischen Evangelischen Bundes als Autor fungiert, aber der einstige Vertreter der Jungreformatorischen Bewegung, Jakob Ernst Koch.

Die 1940 erfolgte Initiative des Zentralvorstandes in Berlin, einen „Luthertag" als „Tag des Evangelischen Bundes" einzuführen, konnte trotz Sympathien durch viele Gemeinden nicht mehr so recht umgesetzt werden.[302] Ein Blick in die Jahresberichte der Ortsgruppen bzw. Gemeindegruppen, wie sie jetzt hießen, z.B. über das Jahr 1941 zeigt ein eher ein Bild des Desinteresses weiter Teile der Kirche angesichts der Zeitumstände. Das 1940 beschlossene neue Programm des Evangelischen Bundes („Wittenberger Programm") fand – zumindest beim österreichischen Hauptverein – keine Umsetzung mehr.

[300] Chronik z. J. 1939.
[301] Nach dem Bericht Sup. Johannes Heinzelmanns an die 20. Superintendentialversammlung der Wiener Evangelischen Superintendenz A.B.; in: Reingrabner/Schwarz: Quellentexte, Nr. 213: 442–458, hier v.a. 457.
[302] Vgl. die verschiedenen Schreiben und Berichte in: Archiv/EB-Ö: Fasc. Vorstand 1940, eig. Akt und als Beil. z. Sitzung v. 18. Febr. 1940.

Zunehmend stärker macht sich auch bemerkbar, dass immer mehr Pfarrer im Kriegsdienst waren. 1941 wurde vom Zweigverein Oberösterreich („Oberdonau“)-Salzburg-Tirol sowohl der Vorsitzende Gerhard Florey, als auch der Kassier, Dagobert Weber, eingezogen. Die Leitung der Zweigvereines übernahm zwischenzeitlich O. Muhr von Wien aus mit.[303] 1943 musste Muhr bei einer Zentralvorstandssitzung berichten, dass „genau 100 Pfarrer und Vikare eingezogen (sind), nur knapp 80 sind noch vorhanden, und diese sind stark überaltert. [...] Die Verluste kirchlicher Räume wirkten sich für die Diaspora verheerend aus. [...] Auch die Zahl der Aus- und Eintritte ist kennzeichnend für die Lage [...].“[304]

Über Weisung des Reichsministers für die kirchlichen Angelegenheiten wurde mit Erlass des Oberkirchenrates vom 16. November 1942 das Verlesen von Namenslisten Gefallener am Totensonntag in Gottesdiensten untersagt,[305] und am Totensonntag 1944 musste man schon feststellen, dass „Ernst und Schrecken des Krieges [...] nun auch über unsere engere Heimat hereingebrochen (sind). Der Volkssturm ist aufgeboten. Männer, Frauen und Jugend stehen am Wallbau. Endlose Flüchtlingszüge aus dem Südosten durchziehen unsere Gemeinden. Stadt und Land leiden zunehmend unter dem Feindterror. Viele haben Haus und Hof, Hab und Gut verloren und aus der Heimat flüchten müssen. Immer mehr Opfer fordert dieser erbarmungslose Krieg draußen an der Front und daheim. Täglich sind wir alle, auch unsere Frauen und Kinder, vom Tode bedroht.“[306]

[303] Vgl. die Schreiben O. Muhr an L. Mahnert, an H. Fleischmann, an Evang. PfrAmt Eferdings/OÖ, alle v. 8. Sept. 1941; in: Archiv/EB-Ö: Fasc. Vorstandssitzungen 1941 (Beil. z. Sitzung v. 26. Sept. 1941).
[304] O. Muhr nach dem Verhandlungsbericht über die Sitzung des Zentralvorstandes am 29. u. 30. Juni 1943; in: Archiv/EB-Ö: Fasc. Zentralvorstand 29. u. 30. Juni 1943.
[305] Evang. OKR Zl. 6711/42 v. 16. Nov. 1942; in: Archiv/EB-Ö: Fasc. 1938–1945.
[306] „An die Gemeinden zur Verlesung am Totensonntag 1944“. Evang. OKR A.u.H.B. G.L. 270 v. 16. Nov. 1944; in: Archiv/EB-Ö: 1938–1945.

Dazu kam die immer kritischere Haltung der NSDAP gegenüber der Arbeit des Evangelischen Bundes. Bereits 1942 galt der Evangelische Bund als höchst unzuverlässig; er sollte nach Kriegsende „höchstwahrscheinlich aufgelöst werden“.[307]

Die Bundesarbeit wurde durch die Zeiterscheinungen immer mehr erschwert und versiegte schließlich 1944 nahezu endgültig. Mit dem Jahr 1944 endet die Chronik des österreichischen Evangelischen Bundes mit der Mitteilung, dass Ludwig Mahnert, der Vorkämpfer der Evangelischen Bewegung und Protagonist einer dem Nationalsozialismus aufgeschlossenen Richtung der Evangelischen Kirche, in Innsbruck bereits 1943 gestorben war.[308]

ARCHIVE UND BIBLIOGRAPHIE

Archive

Archiv des EB-Ö [= Archiv/EB-Ö]: ist z.Zt. in St. Pölten in den Räumlichkeiten der Evang. Superintendentur A.B. in Niederösterreich untergebracht.
Archiv des EB: im Konfessionskundlichen Institut des EB in Bensheim/Hessen.

Genannte Jahresberichte:

Jahresbericht erstattet bei der Hauptversammlung in Reichenberg am 15. August 1906 (= Sonderdruck aus „Die Wartburg“ Nr. 55 vom 31. August 1906)
Jahresbericht erstattet bei der Hauptversammlung in Marburg a. d. Drau am 15. August 1907, gedr. im Archiv/EB-Ö: Fasc. 1903–1918
Vom österreichischen Kriegsschauplatz. Eine Jahresrückschau über 1907 (= Mitteilungen des deutsch-evang. Bundes für die Ostmark 1908. 1. Stück, Sonderdruck aus der Wartburg, VII. Jg. Nr. 1, vom 3. Jan. 1908), München 1908

[307] Zit. nach: Fleischmann-Bisten/Grote: Protestanten auf dem Weg, 163.
[308] ... für die Zeit bis 1945. Sie setzt 1948 wieder ein, um dann endgültig 1953 bzw. 1956 zu enden.

Friedrich Hochstetter: Jahresbericht erstattet bei der am 1. November 1909 in Wien abgehaltenen 6. o. Bundeshauptversammlung, Wien 1909
ders.: Jahresbericht erstattet bei der am 15. August 1910 in Leoben abgehaltenen 7. o. Bundeshauptversammlung, Wien 1910
ders.: Jahresbericht des Deutsch-Evangelischen Bundes für die Ostmark der 9. o. Bundes-Hauptversammlung zu Bielitz am 12. und 13. Oktober 1912, Wien 1913
ders.: Jahresbericht erstattet vom Bundesobmanne; in: Jahres-Bericht des Deutsch-Evangelischen Bundes für die Ostmark erstattet in der 10. o. Bundes-Hauptversammlung zu Warnsdorf am 20. und 21. September 1913, Wien 1913, 3–8

Weitere Quellen:

K. Aebi/Th. Bertheau/H. Glarner/E. Geyer/R. Grob (Hg.) [= *Robert Kauer*]: Die Gegenreformation in Neu-Österreich. Ein Beitrag zur Lehre vom katholischen Ständestaat, Zürich 1936
G. Arndt: Der Evangelische Bund, o. O. o. J. [1926?]; in: Archiv/EB-Ö: Fasc. 1903–1918
Ausweisung und Nichtbestätigung evangelischer Geistlicher in Österreich 1899–1904 (= FEB 232/ 233), Leipzig 1905
Bericht an die auf den 19. Oktober 1913 einberufene *neunte Generalsynode* des Augsburgischen und Helvetischen Bekenntnisses, erstattet v. k.k. evang. Oberkirchenrate A. und H.B., Wien 1913
Bericht über die *I. o. Generalsynode* der evangelischen Kirche A.B. in der Republik Österreich (1925) (...), verf. von H. *Rieger* und Aug. *Kirchert* (...), Wien 1931
Chronik zur Geschichte des Evangelischen Bundes in Österreich, umfasst die Jahre 1903 bis 1956 (?), vermutlich von *Othmar Muhr* zusammengestellt (ungedr. Manuskript), Archiv/EB-Ö: Fasc. 1903–1918
D.E.K. = *Deutsch-Evangelische Korrespondenz*, Wochenzeitung im Verlag des Evangelischen Bundes
Karl Paul Eckardt: Ein Patriarch erzählt. Lebenserinnerungen des 1. Seniors der Steiermark, hgg. v. B. H. *Zimmermann* (= Schild u. Schwert 4), Graz o.J. [1953]
Hans Eder: Luthers Evangelium in der deutschen Südostmark; in: Kiel 1938. Reden und Vorträge der 41. Generalversammlung des Evangelischen Bundes in Kiel vom 30. Juni bis 4. Juli 1938, Berlin 1938, 56–62
ders. (Hg.): Die Evangelische Kirche in Österreich. Blüte, Not und neuer Aufbau, Berlin 1940
ders.: Eigenart, Organisation und Leben der Evangelischen Kirche A. und H.B. in Österreich; in: H. Eder (Hg.), Die Evangelische Kirche in Österreich. Blüte, Not und neuer Aufbau, Berlin 1940, 174–216
Walter Endesfelder (Hg.): Evangelische Pfarrer im völkischen Freiheitskampf der Ostmark und des Sudetenlandes, Berlin 1939
Karl Fraiß: Führer durch die evangelische Steiermark, Gaisfeld bei St. Johann ob Hohenburg 1927

Hans Hartmeyer: Der Protestantismus und die Tagespresse. Vortrag gehalten auf der 10. o. Bundes-Hauptversammlung zu Warnsdorf am 21. September 1913 (= Schriften des Deutsch-Evangelischen Bundes für die Ostmark. 1913, 1. Stk.), Wien 1913
Othmar Hegemann: Eine „Religionsstörung" in Österreich. Drei gerichtliche Urteile wegen angeblicher Übertretung des § 303 des Str.-G.-B. (= Schriften des Deutsch-evangelischen Bundes für die Ostmark 1912, 1. Stück), Wien 1912
Johannes Heinzelmann: Aus meinem Leben; in: EvDia 23 (1941), 14–24 u. 40–49
Fritz von der Heydt: Die evangelischen Bewegung in Österreich. Sammlung, Berlin 1934 [Berlin ²1938]
ders.: Gute Wehr. Werden und Wirken und Wollen des Evangelischen Bundes. Zu seinem 50-jährigen Bestehen, Berlin 1936
ders.: Das Evangelium in Österreich (= Heliand 19), Berlin 1938
Adolf Hitler: Mein Kampf, 2 Bde. (in 1), München ²⁹⁶⁻²⁹⁹1938
Friedrich Höchstetter: Die Los von Rom-Bewegung und ihre Gegner (= Flugschr. d. „Alldeutschen Tagblattes" 1), Wien ²1906
ders.: Die rechtliche Stellung der Evangelischen in Österreich. Vortrag auf d. 2. Hauptversammlung d. D.E.B.f.d.O. zu Eger am 1. Nov. 1905 in Eger (= FEB 238), Leipzig 1905
ders.: Unser Verhältnis zu den nichtdeutschen Evangelischen in Österreich. Vortrag bei der 4. Hauptversammlung des D.E.B.f.d.Ostmark zu Marburg, 15. August 1907 (= Schriften des Deutsch-evangelischen Bundes für die Ostmark 1. Reihe, 1. Stück, Sonderabdruck aus: Die Wartburg, VI. Jg. Nr. 44, 45 u. 46, vom 1., 8. und 15. Nov. 1907), München 1907
ders.: Auf Vorposten! Fröhliche und ernste Erinnerungen aus Arbeits- und Kampfesjahren im Dienste der evangelischen Kirche in Österreich, Berlin 1927
Johannes Hollnsteiner: Die Kirche Österreichs. Ihre Eigenart und ihre Sendung (= SchrR d. kath. Akademikergemeinschaft i. Österreich 2), Wien–Innsbruck 1935
Hans Jaquemar: Innere Mission. Das Werden und Wirken der organisierten christlichen Liebestätigkeit in der Evangelischen Kirche Österreichs, Wien 1951
Hans Koch: Kyr Theodor und andere Geschichten, Wien o.J. [1967?]
Heinrich Liptak: Das evangelische Österreich, Laa a. d. Th. o.J. [1935]
ders.: Die Lage der evangelischen Kirche in Österreich; in: Reden und Vorträge des 42. Generalversammlung des Evangelischen Bundes in Wien vom 24. bis 27. August 1939, Berlin 1939, 29–34
ders.: Die neue Rechtslage der Kirche; in: H. *Eder* (Hg.), Die Evangelische Kirche in Österreich. Blüte, Not und neuer Aufbau, Berlin 1940, 140–173
Friedrich Meyer: Die Förderung der evangelischen Bewegung in Österreich. Ansprache bei d. 21. Generalversammlung d. Evang. Bundes in Braunschweig am 6. Okt. 1908, o.O. [Leipzig] o.J. [1908]

ders.: Zur Förderung der evangelischen Kirche in Österreich. Vortrag; in: Reden und Vorträge geh. bei d. 22. Generalversammlung d. Evangelischen Bundes. 24. bis 27. Sept. 1909 in Mannheim, Halle/Saale 1909, 21–44

ders.: Zur Förderung der evangelischen Kirche in Österreich; in: Reden und Vorträge gehalten bei der 23. Generalversammlung des Evangelischen Bundes (25. bis 28. September 1910) in Chemnitz, Halle (Saale) 1910, 21–30, 22f.

Max Monsky: Im Kampf um Christus. Erlebnisse und Erfahrungen (...), Wien o.J. [1956?]

Othmar Muhr: Luthers Werk heute in Österreich; in: Frankfurt 1937. Reden und Vorträge der 40. Generalversammlung des Evangelischen Bundes in Frankfurt a. M. 3.–6. Sept. 1937, Berlin 1937, 13–17

ders.: Evangelischer Bund in Österreich; in: Deutsches Pfarrerblatt 14/1938, 233f.

Protestantismus und Klerikalismus. Aus einem Gespräch (= Sonderabdruck aus: „Die Wartburg", VI. Jg. Nr. 31, vom 2. Aug. 1907), München 1907

Gustav Reingrabner/Karl Schwarz (Hg.): Quellentexte zur österreichischen evangelischen Kirchengeschichte zwischen 1918 und 1945 (= JGPrÖ 104+105/1988+1989), Wien 1988/89

Sammlung der allgemeinen kirchlichen Verordnungen [...], 42. Jg. (1915), Wien 1916

Paul *Spanuth*: Der Evangelische Bund ein Erzieher zur protestantischen Gesinnung in Deutsch-Österreich; in: Reden und Vorträge gehalten bei der 25. Generalversammlung des Evangelischen Bundes (3. bis 7. Oktober 1912) in Saarbrücken, Berlin 1912

Friedrich Ulrich: Unsere Neuprotestanten und was wir ihnen schuldig sind (= Flugschriften des Evangelischen Bundes zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen 296, XXV. Reihe, 8), Halle (Saale) 1910

Vorstandsblatt des Evangelischen Bundes; in: Bibl. EB – Bensheim: EB 4.01]

Bernhard H. Zimmermann: Evangelisch in Österreich, Graz o.J. [2·1951]

Genannte und weiterführende Sekundärliteratur:

Christine Achs: Die Evangelische Kirche in Österreich von 1918 bis 1938 unter Berücksichtigung der politischen Verhältnisse (= Dipl.Arbeit phil. Manuskr.), Wien 1997

Lothar Albertin: Nationalismus und Protestantismus in der österreichischen Los-von-Rom-Bewegung um 1900 (= Diss. phil. Manuskr.), Köln 1953

H. Andics, Der Staat, den keiner wollte. Österreich 1918–1938, Wien 1962

Peter F. Barton: Evangelisch in Österreich. Ein Überblick über die Geschichte der Evangelischen in Österreich (= STKG II/ 11), Wien–Köln–Graz 1987

Ferdinand Barth: Der Evangelische Bund in Hessen und Nassau. Skizze der Entwicklung eines Landesverbandes; in: G. *Maron* (Hg.), Evangelisch und Ökumenisch. Beiträge zum 100jährigen Bestehen des Evangelischen Bundes, Göttingen 1986, 322–342

Heimo Begusch: Von der Toleranz zur Ökumene; in: *K. Amon/M. Liebmann* (Hg.), Kirchengeschichte der Steiermark, Graz 1993, 466–609

Ernst Bruckmüller: Sozialgeschichte Österreichs, Wien–München 1985

Otto Bünker, 1938: Bejahung, Ernüchterung, Verweigerung; in: GLAUBE UND HEIMAT 1988, 59–62

Wilfried Daim: Der Mann, der Hitler die Ideen gab. Jörg Lanz von Liebenfels, Wien 3·1994

Olivier Dantine: Österreichische Kirchengeschichte im Spiegel der Presse. „Der Säemann" in den Jahrgängen 1930 bis 1940 (= Hausarbeit pro Ministerio Manuskr.), Bruck a. M. 2002

Walter Fleischmann-Bisten/Heiner Grote: Protestanten auf dem Weg. Geschichte des Evangelischen Bundes (= BenshH 65), Göttingen 1986

Walter Fleischmann-Bisten: Die Orientierung der österreichischen Protestanten nach dem „Reich" 1903 bis 1938 – dargestellt am Beispiel des „Evangelischen Bundes zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen"; in: JGPrÖ 112 (1996), 119–136

Helmut Gamsjäger: Die Evangelische Kirche in Österreich in den Jahren 1933 bis 1938 unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen der deutschen Kirchenwirren (= Diss. phil. Manuskr.), Wien 1967

Nicholas Goodrick-Clarke: Die okkulten Wurzeln des Nationalsozialismus, Graz–Stuttgart 1997

Heiner Grote: Art. „Los-von-Rom-Bewegung"; in: TRE 21, 469–471

[H.] Hafenbrack / [W.] Wolf / [P.] Weiland: Kirche und Öffentlichkeit verpflichtet: Evangelische Pressedienste Deutschland, Schweiz, Österreich; in: *G. Maron* (Hg.), Evangelisch und Ökumenisch. Beiträge zum 100jährigen Bestehen des Evangelischen Bundes, Göttingen 1986, 302–311

Friedrich Heer: Der Glaube des Adolf Hitler. Anatomie einer politischen Religiosität, Wien 2·1998

Lothar Höbelt: Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882–1918, Wien–München 1993

ders.: Die „Los-von-Rom-Bewegung"; in: Etudes Danubiennes 10/1994, 43–53

Jochen-Christoph Kaiser: Der Evangelische Bund und die Politik 1918 bis 1933; in: G. *Maron* (Hg.), Evangelisch und Ökumenisch. Beiträge zum 100jährigen Bestehen des Evangelischen Bundes, Göttingen 1986, 174–191

Erich Kern: Adolf Hitler und seine Bewegung. Der Parteiführer, Göttingen–Preuß. Oldendorf 1970

Rudolf Leeb, Der österreichische Protestantismus und die Los-von-Rom-Bewegung; in: *J. Dantine/Kl. Thien/M. Weinzierl* (Hg.), Protestantische Mentalitäten, Wien 1999, 195–224

Joachim Lell: Verworrene Zeit – Pflicht zur Theologie: Heinrich Bornkamm; in: G. *Maron* (Hg.), Evangelisch und Ökumenisch. Beiträge zum 100jährigen Bestehen des Evangelischen Bundes, Göttingen 1986, 73–92

Georg Loesche: Geschichte des Protestantismus im vormaligen und im neuen Österreich, Wien [3]1930

Ingrid Macher: Austritte aus der Katholischen Kirche unter dem Nationalsozialismus am Beispiel der „Stadt der Volkserhebung" Graz (= Dissertationen d. Karl-Franzens-Universität 99), Graz 1995

Diemut Majer: Grundlagen des nationalsozialistischen Rechtssystems. Führerprinzip, Sonderrecht, Einheitspartei, Stuttgart–Berlin–Köln–Mainz 1987

Gerhard May: Unsere Kirche im Wandel der Gegenwart; in: *G. May* (Hg.), Die Evangelische Kirche in Österreich, Göttingen 1962, 5–40

Kurt Meier: Der Evangelische Kirchenkampf, 3 Bd., Göttingen 1984

Armin Müller-Dreier: Konfession in Politik, Gesellschaft und Kultur des Kaiserreichs. Der Evangelische Bund 1886–1914 (= Religiöse Kulturen der Moderne 7), Gütersloh 1998

Paul Nitsche: Österreichische Kirchengeschichte im Spiegel der Presse. „Der Gemeindebote" der Wiener evangelischen Pfarrgemeinde A.B. Die Jahrgänge 1930–1940 (= Hausarbeit pro Ministerio Manuskr.), St. Pölten 2002

Herbert Rampler: Evangelische Pfarrer und Pfarrerinnen der Steiermark seit dem Toleranzpatent. Ein Beitrag zur österreichischen Presbyteriologie (= FGLSt 40), Graz 1998

Gustav Reingrabner: Eine Wolke von Zeugen; in: GLAUBE UND HEIMAT aller Jahrgänge von 1980–1999

ders.: Der Evangelische Bund und die Los-von-Rom-Bewegung in Österreich; in: *G. Maron* (Hg.), Evangelisch und Ökumenisch. Beiträge zum 100jährigen Bestehen des Evangelischen Bundes, Göttingen 1986, 258–271

ders.: Protestanten in Österreich. Geschichte und Dokumentation, Wien–Köln–Graz 1981

ders.: Die Anfänge des Evangelischen Bundes in Österreich; in: SEB 105/1986, 14–22

ders.: Der März 1938 in der Evangelischen Kirche in Österreich; in: Amt und Gemeinde 1988, 30–37

ders.: Georg Ritter von Schönerer und der Protestantismus; in: SEB 113/1988, 8–20

ders.: Motive des Konfessionswechsels; in: Evangelische in Österreich. Vom Anteil der Protestanten an der österreichischen Kultur und Geschichte (= Katalog z. Ausstellung i. d. Österr. Nationalbibliothek, Wien), Wien 1996, 119–122

Thomas Reuter: Evangelische Kirchenmusik in Österreich. Studien zu ihren Organisationsformen und Persönlichkeiten im 20. Jahrhundert – mit besonderer Berücksichtigung des Wirkens von Egon Hajek (= Diss. phil. Manuskr.), Wien 1995

Oskar Sakrausky: Die Deutsche Evangelische Kirche in Böhmen, Mähren und Schlesien 1919 – 1939 nach dem Tagebuch ihres ersten und letzten Kirchenpräsidenten D. Erich Wehrenfennig, 6 Bde., Heidelberg–Wien o.J. [1989ff.]

Gerhard Peter Schwarz: Ständestaat und Evangelische Kirche von 1933 bis 1938. Evangelische Geistlichkeit und der Nationalsozialismus aus der Sicht der Behörden von 1933 bis 1938 (= Dissertationen d. Karl-Franzens-Universität 76), Graz 1987

Karl Schwarz: Johannes Heinzelmann. Skizzen zu seiner Biographie und seinem Wirken; in: Neues aus Alt-Villach 15 (1978), 115–135

ders.: Der konfessionelle Übertritt – ein staatskrichenrechtliches und grundrechtspolitisches Problem der Ständestaatsära; in: JGPrÖ 98 (1982), 264–285

ders.: Die Sever-Ehe; in: JGPrÖ 100 (1984), 147–149

ders.: Summepiskopat oder Kirchenhoheit? Anmerkungen zum „protestantischen Staatskirchentum" in Österreich; in: *Fr. Pototschnig/A. Rinnerthaler* (Hg.), Im Dienst von Kirche und Staat (= KuR 17) Wien 1985, 157–181

ders.: Kirche zwischen Kruckenkreuz und Hakenkreuz; in: Amt und Gemeinde 1985, 95–98 u. 109–121

ders.: Der Notbischof. Anmerkungen zu Johannes Heinzelmanns gesamtkirchlichen Vertrauensamt in den Jahren 1934 bis 1938; in: JGPrÖ 102/103 (1986/87), 151–178

ders.: Vor fünfzig Jahren. Die Evangelische Kirche in Österreich im Jahre 1937; in: SEB 107/1987, 3–22

ders.: Besser mit Christus fallen ... Bemerkungen zum Neujahrshirtenbrief 1938 des Notbischofs D. Johannes Heinzelmann; in: Amt und Gemeinde 1988, 38–43

ders.: Die Ehescheidung – zwischen biblischer Weisung und säkularer Praxis. Zur Rechtslage in Österreich im 19. und 20. Jahrhundert; in: *H. H. Schmid/J. Mehlhausen* (Hg.), Sola Scriptura, Gütersloh 1991, 240–250

ders.: Die „Trutzprotestanten" im „christlichen" Ständestaat. Eine zeitgeschichtliche Situationsanalyse von Johannes Heinzelmann; in: *H. Paarhammer/A. Rinnerthaler* (Hg.), Scientia canonum (= FS Fr. Pototschnig), München 1991, 101–124

ders.: Bibliographie zur Kirchlichen Zeitgeschichte in Österreich; in: Evang. Arbeitsgemeinschaft f. Kirchl. Zeitgeschichte – Mitteilungen 14 (1994), 45–85

ders.: Zum Gedenken: Ein Landsknecht Gottes. Zur Erinnerung an Hans Koch (1894–1959); in: Zeitweiser der Galiziendeutschen 1994, Stuttgart 1994, 25–38

ders.: Von der Ersten zur Zweiten Republik: Die Evangelischen in Österreich und der Staat; in: JGPrÖ 110/111 (1994/95), 241–254

ders.: Der Anti-Rosenberg-Hirtenbrief 1937/38 des evangelischen Superintendenten D. Johannes Heinzelmann; in: *R. Zinnhobler* u.a. (Hg.), Kirche in bewegter Zeit (= FS M. Liebmann), Graz 1994, 355–368

ders.: Gerhard May: Vom volksdeutschen Vordenker zum österreichischen Bischof; in: Das Wort 3/1994+95, 6–15

ders.: Hans Koch (1894–1959) – ein Landsknecht Gottes aus Osteuropa; in: R. Waneck (Hg.), Wartburg-Argumente. Schriftenreihe Akademische Verbindung Wartburg 3, Wien 1995, o.S.
ders.: Der „Fall Reisner". Eine Wiener Hörfunksendung (1936) ruft Widerspruch hervor; in: *J. Mehlhausen* (Hg.), ... und über Barmen hinaus. Studien zur Kirchlichen Zeitgeschichte (= FS C. Nicolaisen), Göttingen 1995, 318–333
ders.: Das österreichische Eherecht als Konversionsmotiv; in: Evangelische in Österreich. Vom Anteil der Protestanten an der österreichischen Kultur und Geschichte (= Katalog z. Ausstellung i. d. Österr. Nationalbibliothek, Wien), Wien 1996, 123–125
ders.: Fünfzehn Thesen zum Protestantismus in Österreich im 20. Jahrhundert; in: *Kl. Thien/S. Lindeck-Pozza* (Hg.), Erfahrungen aber bringt Hoffnung. Erinnerungen evangelischer Zeitzeugen, Wien o.J. [1996], 21–44
ders.: Aus der Geschichte lernen: Die Evangelische Kirche im Jahr 1938 – eine Nazikirche?; in: M. *Bünker*/Th. *Krobath* (Hg.), Kirche: Lernfähig in die Zukunft? (= FS J. Dantine z. 60. Geburtstag), Innsbruck–Wien 1998, 165–191
ders.: „... Wie verzerrt ist nun alles!" Die Kirchen und der Anschluß Österreichs an Hitlerdeutschland im März 1938; in: *G. Besier* (Hg.), Zwischen „nationaler Revolution" und militärischer Aggression. Transformationen in Kirche und Gesellschaft 1934–1939 (= Kolloquien des Hist. Kollegs 48), München 1999, 167–191
ders.: Der Untergang der Donaumonarchie und seine Auswirkungen auf den Protestantismus. Ein Überblick; in: *P. Švorc/M. Danilák/H. Heppner*, Vel'ká politika a malé regióny. Malé regióny vo vel'kej politike, vel'ká politika v malých regiónoch. Kapartský priestor v medzivojnovom období (1918–1939), Prešov–Graz 2002, 30–48
ders.: Der österreichische Protestantismus im politischen Diskurs des 20. Jahrhunderts. Anmerkungen zu Affinitäten, Optionen und Aporien; in: Amt und Gemeinde 2002, 170–184
Franz Sertl: Die Freidenkerbewegung in Österreich im zwanzigsten Jahrhundert (= DUW 5), Wien 1995
Ralf Stoffers: „Lichter der Heimat" – evangelische Kirchenzeitung für Kärnten – in den Jahren 1930–1940 (= Hausarbeit pro Ministerio Manuskr.), Trebesing 2002
Karl-Reinhart Trauner: Wurzeln der Los-von-Rom-Bewegung unter besonderer Berücksichtigung der akademischen Kreise Wiens (= Dipl. Arb. theol. ev. Manuskr.), Wien 1991
ders.: Die Wahrmund-Affäre. Der Einfluß der römisch-katholischen Kirche auf die Universitäten und das letzte Aufflackern der Los-von-Rom-Bewegung (= Wr. Fliegende Blätter Okt. 1992)
ders.: Vom Antikatholizismus zur Sorge um den evangelischen Gemeindeaufbau. Die ersten zehn Jahre des Evangelischen Bundes (1903–1913) (= SEB 132/1993)
ders.: Zur Gründungsgeschichte des Evangelischen Theologenheimes in Wien (= GR 10), Gols 1994

ders.: Zum Stichwort Los-von-Rom; in: SEB 127/1992, 3–14
ders.: Die studentische Los-von-Rom-Bewegung; in: JGPrÖ 107/108 (1991/92), 137–165
ders.: „Los von Rom" versus „Hin zum Evangelium"; in: Amt und Gemeinde 1993, 81–83
ders.: „Treue um Treue". Josef Rudolf „Giselher" Beck, Oblt (1893–1944); in: SEB 140/1995, 3–34
ders.: Die eine Fakultät und die vielen Völker. Die Evangelisch-Theologische Fakultät zu Wien im nationalen Spannungsfeld der Habsburgermonarchie; in: *K. Schwarz/F. Wagner* (Hg.), Zeitenwechsel und Beständigkeit. Beiträge zur Geschichte der Evang.-Theol. Fakultät in Wien 1821–1996 (= SchrR d. Universitätsarchivs Wien 10), Wien 1997, 71–98
ders.: „Los-von-Rom!" in Graz; in: HJStG 27+28 (1998), 85–108
ders.: Die Los-von-Rom-Bewegung. Gesellschaftspolitische und kirchliche Strömung in der ausgehenden Habsburgermonarchie, Szentendre 1999
Herbert Unterköfler: Zwischen zwei Welten. Anmerkungen zur kulturellen Identität der Evangelischen in Österreich; in: Geistiges Leben im Österreich der Ersten Republik (= Wiss. Kommission zur Forschung d. Geschichte d. Republik Österreich 10), Wien 1986, 311–369
Jakob Wolfer: 70 Jahre Evangelischer Bund in Österreich; in: SEB 19+20 [53+54]/1973, 3–16
Franz Zangerl: Der „Evangelische Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen", gegründet 1887 (= Hausarbeit theol. ev. Manuskr.), Wien 1983

Der Autor:

DDr. Karl-Reinhart Trauner, Militäroberkurat, Militärpfarrer für den Bereich Wien und stellvertretender Militärsuperintendent, Vorstandsmitglied des Evangelischen Bundes in Österreich, VPW-Kaserne, Breitenseerstraße 61, A-1140 Wien; karl.trauner@a1.net



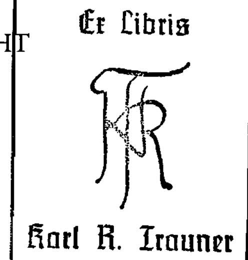
KARL-REINHART TRAUNER/
BERND ZIMMERMANN (HG.)

100 Jahre Evangelischer Bund in Österreich

Probleme und Chancen in der Diaspora-Arbeit

V&R

VANDENHOECK & RUPRECHT
IN GÖTTINGEN



BENSHEIMER HEFTE
Herausgegeben vom Evangelischen Bund
Heft 100

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei
Der Deutschen Bibliothek erhältlich.

Umschlaggestaltung: Reinhart Braun, Berlin
Herstellung: Ph. Reinheimer GmbH, Darmstadt
ISSN-Nr. 0522-9014
ISBN 3-525-87191-0

INHALT